Free21
Credible news mounted on paper

Magazin
Nr. 3, 6. Jg., Juni 2019
Im Netz: www.free21.org

Pressefreiheit unter Arrest:

Die Rufmordkampagne gegen Julian Assange hat eine lange Liste von Vorwürfen generiert, die von den Mainstream-Medien meist unkritisch verbreitet werden. Die australische Journalistin Caitlin Johnstone hat alle Verleumdungen identifiziert, mit denen der wichtigste Journalist unserer Zeit zum Schweigen gebracht werden soll und einzeln widerlegt. In einer Gemeinschaftsarbeit von sechs Freiwilligen wurde dieser Text ins Deutsche übersetzt. Wir stellen ihn hier in Auszügen vor. Der Fall Assange dient als Blaupause für das zukünftige Vorgehen gegen unliebsame Journalisten und die Pressefreiheit.

Seite 4

Das **Säureattentat** auf sich selbst

Die Linke hat ein Problem durch Aktivitäten der sogenannten Antideutschen, die mit Infamie und Gewalt den politischen Dialog verhindern und Kritiker mundtot machen wollen.
Von Dirk Pohlmann.

▶ SEITE 9

Solidaritätsappell mit den **Gelbwesten**

Französische Künstler haben ihre Solidarität mit den Gelbwesten in einem feurigen Appell formuliert. Warum ist so etwas nicht von der deutschen Kulturszene zu erwarten?
Von Tobias Riegel

▶ SEITE 20

70 Jahre **NATO:** Kein Grund zum Feiern

Das transatlantische Militärbündnis rechtfertigt seine Existenz durch drei fragwürdige Gründungsnarrative, mit deren Hilfe verborgen wird, dass die Nato ein Offensivbündnis ist.
Von Hermann Ploppa.

▶ SEITE 26

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 3, 6. Jg., Juni 2019

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.,
c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin,
Karl-Lade-Str. 36a,
E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Holger Bartholz

ViSdPR: Holger Bartholz,
c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a,
Telefon: +49 176 57 91 28 83
E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz:
Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte der Coverbilder auf Seite 1 dieses Magazins:

Bild Nr. 1: http://somersetbean.com/free-assange + das Knastgitter ist vom Schuft®
Bild Nr. 2: Pixabay.de, gemeinfrei
Bild Nr. 3: flickr / Patrice Calatayu, Lizenz: CC BY-SA 2.0 4.
Bild Nr. 4: Illustration: Helmuth Ellgaard, CC BY-SA 3.0

TITEL

4 **Die Rufmordkampagne gegen Julian Assange**

Die Liste der Vorwürfe, die man in den Mainstream-Medien gegenüber Julian Assange lesen kann, ist lang. Die australische Journalistin Caitlin Johnstone hat alle Verleumdungen identifiziert und widerlegt. *Von Caitlin Johnstone, in Auszügen vorgestellt von Andrea Drescher*

HINTERGRUND

18 **Stellungsnahme der Gelbwesten zur Gewalt am 16. März 2019**

Es ist erledigt: Der 16. März bleibt unter den wichtigen Daten der sozialen Bewegung der Gelbwesten (Gilets Jaunes) eingraviert. *Von Ollie Richardson*

39 **Odessa 2.Mai 2014: Aufklärung durch Augenzeugen nicht überall erwünscht**

Ein Interview mit Oleg Muzyka, einem der Überlebenden der Ereignisse von Odessa, bei dem insgesamt 48 Menschen – davon 42 im Gewerkschaftshaus – ermordet und hunderte schwer verletzt wurden. *Von Andrea Drescher*

43 **Das alternative Skripal-Narrativ**

Der Autor dieses Textes bietet eine interessante alternative Erklärung der Skripal-Affaire an, die viele Ungereimtheiten und offenkundige Falschdarstellungen seitens der britischen Behörden und der Medien in einem anderen Licht erscheinen lassen. Wir erfahren hier viel über mögliche Hintergründe und Ursachen, die man so noch nicht miteinander in Verbindung gebracht präsentiert bekommen hat. *Von Michael Antony*

GEOPOLITIK

26 **Siebzig Jahre NATO: Kein Grund zum Feiern**

Das transatlantische Militärbündnis rechtfertigt seine Existenz durch drei fragwürdige Gründungsnarrative. *Von Hermann Ploppa*

31 **Wikileaks enthüllt die militärische Nutzung des IWF und der Weltbank durch die USA als „unkonventionelle" Waffen.**

Die so genannte „Unabhängigkeit" von Finanzinstitutionen wie Weltbank und IWF ist eine Illusion. *Von Whitney Webb*

34 **Der Mittäter**

Auch Deutschland missachtet in Syrien das Völkerrecht. *Von Gerhard Baisch*

GESELLSCHAFT / MEDIEN

9 **Die Linke beherrscht eines perfekt: das Säureattentat auf sich selbst**

Von Wikipedia bis Bayern, von Sahra Wagenknecht bis Koblenz, die Linke hat ein Problem. *Kommentar von Dirk Pohlmann.*

13 **Nützliche Angstmacher**

Die angebliche Terrorzelle „Sauerland-Gruppe" könnte ein Fake gewesen sein. *Von Elias Davidsson*

20 **Solidaritätserklärung französischer Künstler mit den Gelbwesten**

Französische Künstler lassen sich „nicht für dumm verkaufen" – die deutsche Kulturszene dagegen schweigt überwiegend zum Sozialen. *Von Tobias Riegel*

23 **Alternative Medien vorgestellt**

#5: Das Blog luftpost-kl.de von Wolfgang Jung und Fee Striefler. *Von Andrea Drescher*

24 **Wie der Bundestag mit der IT-Lobby an der „Welt ohne Bargeld" arbeitet**

Ein Bundestagsausschuss hat ein IT-Beratungsunternehmen beauftragt, den Weg zur „Welt ohne Bargeld" näher zu beleuchten. *Von Norbert Häring*

Pressefreiheit unter Arrest

Liebe Leserinnen und Leser,

während wir unseren normalen Alltagsbeschäftigungen nachgehen und nach Tagesschau und Spielfilm infogetainmented ins Bett schlurfen, gibt es Menschen, die für unser Recht auf Information im Gefängnis sitzen oder im Exil sind: Julian Assange, Chelsea Manning, Edward Snowden.

Wikileaks hat bereits tausende brisanter Dokumente über die Verbrechen der Politiker und deren Machtinstrumente Militär und Finanzen veröffentlicht. Wikileaks ist eines der letzten Hindernisse gegen journalistisches Mittelmaß. Wenn diese kleine Insel auch noch untergeht und Julian Assange in einem amerikanischen Gefängnis verschwindet, dann ist der letzte Rest Pressefreiheit nur noch Geschichte.

Wie soll der Bürger sich ein Bild von der Welt machen, wenn die sogenannten Nachrichten einseitig und kampagnengesteuert sind und investigativer Journalismus weltweit verfolgt und geächtet wird?

Schauen wir einmal, wie unsere Gesellschaft in den Medien dargestellt wird, können wir den Kampagnen entweder glauben ODER eine Gesellschaft sehen, die von Demagogen, Opportunisten und Gauklern bestimmt wird und wo Kriegsverbrechen keine mehr sind – nur noch Kollateralschäden – es sei denn, man kann sie dem Gegner in die Schuhe schieben.

Aber Moral können die Massenmedien ansonsten richtig gut. Jeder kleine Radiomoderator ist heutzutage politisch korrekt und erzieht seine Hörer: Wer sich jetzt nicht gegen CO2 engagiert, gegen alles Rechte, gegen Hatespeech, gegen Intoleranz und für Minderheiten, der ist hoffnungslos von gestern. Und bloß nicht stehenbleiben und mal genauer hinschauen, hier gibt es nichts zu sehen! Wir haben es doch gerade erklärt, wie die Sachlage ist. Wer jetzt noch Fragen stellt, ist mindestens ein Populist aus der Filterblase der Desinformation. Wir sind die Guten!

Der eine schaut entnervt und kopfschüttelnd weg, während andere zu Empörungs- und Wutausbrüchen neigen. Und alle sind so schön abgelenkt durch die täglich neuen Tiere, die gerade wieder durchs Dorf getrieben werden, verfolgt von diesen Medien, die, wenn überhaupt, höchstens bildhafte Einzelfall-Reportagen mit kleinen Ausschmückungen veröffentlichen, aber nie Fakenews. Lügenpresse? Entenpresse.

Die vielen informellen Baustellen halten uns ganz schön auf Trab: Die einen sorgen sich um das so demokratische Europa als Bollwerk gegen Klima-Gau und rechte Horden und als Friedensgarant noch dazu. Die anderen wollen mit Schulstreik und Petitionen Klima statt Natur retten, ohne die Ursachen endlich ehrlich an der kapitalen Wurzel zu packen oder einfach mal bei sich anzufangen und den Kleiderschrankinhalt, Flüge mit CO2-Ablasshandel oder ihr neuestes Handy zu hinterfragen. Dank der Medien wissen wir über alles total gut Bescheid, mehr geht schon gar nicht mehr. Geistige Vollbeschäftigung nährt die Illusion der Informiertheit. Leider kommt dann oft der informelle Durchfall.

Um das gesellschaftliche Chaos nicht nur fühlbar, sondern auch diskutabel zu machen, fehlt es nicht an Daten und Fakten, sondern es fehlt leider an geradlinigen Charakteren. Julian Assange hat auch zu wenige Sympathisanten, die mediale Klospülung funktioniert sehr gut. Bald werden die Gerichte entscheiden, dass das keine Journalisten sind, sondern schlimme Geheimnisverräter. Dann ist endlich Ruhe …

Holger Bartholz

Fördermitglied für Free21 werden:

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. **Der Fördermitgliedsbeitrag beträgt 5,– Euro pro Monat.** Eine jährliche Spendenbescheinigung gibt es natürlich auch.

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften **in Höhe von monatlich 5,– Euro** einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Die Rufmordkampagne gegen **Julian Assange**

Die Liste der Vorwürfe, die man in den Mainstream-Medien gegenüber Julian Assange lesen kann, ist lang. Allerdings sind die meisten davon weit hergeholt und nicht durch Fakten belegbar. Die Autorin Caitlin Johnstone hat sich die Mühe gemacht, diese in dem Artikel „Entlarvung aller Verleumdungen über Julian Assange" zusammenzufassen und entsprechend zu widerlegen.

von Caitlin Johnstone, vorgestellt von Andrea Drescher

Die Journalistin Caitlin Johnstone ist auf alles Bekannte im Zusammenhang mit Julian Assanges Verhalten eingegangen – es kommen ja immer wieder neue Diffamierungen an die Öffentlichkeit, um Assange zu diskreditieren. Zum Zeitpunkt der Übersetzung ihres Artikels (Stand 15.5.19), der vollständig online unter <http://www.free21.org/entlarvung-aller-verleumdungen-von-julian-assange> zu lesen ist, ging es um folgende Anwürfe:

1. „Er ist kein Journalist."
2. „Er ist ein Vergewaltiger."
3. „Er hat sich in der Botschaft vor Vergewaltigungsvorwürfen versteckt."
4. „Er ist ein russischer Agent."
5. „Er wird wegen kriminellen Hackens verfolgt, nicht wegen Journalismus."
6. „Er sollte einfach nach Amerika gehen und die Suppe auslöffeln. Wenn er unschuldig ist, hat er nichts zu befürchten."
7. „Er hatte sich vor dem Gerichtstermin gedrückt, da mussten die Briten ihn festnehmen."
8. „Er ist ein Narzisst/ein Größenwahnsinniger/ein Idiot."
9. „Er ist ein scheußliches, schreckliches Monster wegen X, Y und Z – aber ich denke nicht, dass er ausgeliefert werden sollte."
10. „Trump wird ihn retten und die beiden werden zusammenarbeiten, um den Tiefen Staat abzuschaffen. Entspannt euch, Ihr werdet schon sehen."
11. „Er hat Scheiße an die Wände geschmiert. Scheiße, Scheiße, Scheißer."
12. „Er stinkt."
13. „Er war ein schlechter Hausgast."
14. „Er arbeitete heimlich mit Don jr. zusammen."

Bild oben:
18. August 2014, Julian Assange. Foto: David G. Silvers. Außenministerium von Ecuador, wikimedia, CC BY-SA 2.0

Publiziert auf Free21 am 20.05.2019, 20:00 Uhr

15. „Er veröffentlicht nur Vertrauliches über Amerika."
16. „Er ist ein Antisemit."
17. „Er ist ein Faschist."
18. „Er war ein Trump-Unterstützer."
19: „Ich fand ihn eigentlich ganz gut, bis er die Wahl 2016 zerstörte." / „Ich hielt eigentlich nichts von ihm, bis er die Wahl 2016 rettete."
20. „Er hat Blut an seinen Händen."
21. „Er veröffentlichte die Details von Millionen türkischer Wählerinnen."
22. „Er unterstützte rechte politische Parteien in Australien."
23. „Er gefährdete das Leben schwuler Saudis."
24. „Er ist ein CIA-Agent/Limited Hangout."
25. „Er misshandelte seine Katze."
26. „Er ist ein Pädophiler."
27. „Er log bezüglich Seth Rich."
28. „Er hat niemals etwas über Trump geleakt."
29. „Er arbeitete heimlich mit Nigel Farage zusammen."

Allein die Vielfalt zeigt, dass man es darauf anlegt, kein gutes Haar an dem australischen Wikileaks-Gründer und Kämpfer für Presse- und Meinungsfreiheit zu lassen.

Ein kurzer Auszug aus der Einleitung:

„Die korrupte und von niemandem zur Verantwortung zu ziehende Macht benutzt ihren politischen [1] und medialen [2] Einfluss, um Assange zu diskreditieren .... Wenn alle dazu gebracht werden können ihn mit Hass und Ekel zu sehen, werden sie weit weniger geneigt sein, Wikileaks-Veröffentlichungen ernst zu nehmen, und sie werden weit mehr geneigt sein, Assanges Inhaftierung zuzustimmen. Und damit einen Präzedenzfall [3] für die zukünftige Verfolgung von Journalisten in aller Welt zu schaffen, die geleaktes Material publizieren. Jemand kann 100% die Wahrheit sagen, aber wenn man ihm misstraut, wird man nichts von dem glauben, was er sagt. … Diejenigen von uns, die Wahrheit und Licht schätzen, müssen diese Schmutzkampagne bekämpfen, um unsere Mitmenschen davon abzuhalten, einen großen Sprung in Richtung Orwell'scher Dystopie abzusegnen – und ein großer Teil dieses Kampfes besteht darin, gegen Desinformation und Diskreditierung zu argumentieren, wo immer sie auftauchen …"

Caitlin Johnstone hat einen Werkzeugkasten geschaffen, den man nutzen kann, um der Desinformation mit faktenbasierter Argumentation zu begegnen, in dem sie jeden einzelnen der genannten 29 Punkte analysiert und zerlegt hat.

Exemplarisch folgen hier einige Auszüge der Argumentation zu den gravierendsten Verleumdungen, die immer wieder gegen Assange zu finden sind. Neben der Behauptung, er sei kein Journalist, sind Vergewaltiger, Hacker, Russischer Agent, Antisemit und Faschist die heutzutage wohl gängigsten Begriffe, um seine Person medial zu zerstören.

1. Verleumdung: „Er ist kein Journalist."

„Doch, ist er [25]. Die Veröffentlichung relevanter Informationen, damit die Öffentlichkeit sich selbst über das Weltgeschehen informieren kann, ist das, was Journalismus ausmacht. Aus diesem Grund wurde Assange gerade erst mit dem GUE/NGL-Preis für „Journalisten, Whistleblower und Verteidiger des Rechts auf Information" ausgezeichnet [26], weshalb das Team von WikiLeaks viele renommierte

Preise für Journalismus eingeheimst hat [27] und weshalb Assange ein Mitglied der Australischen Medien-Gewerkschaft ist [28]. Erst als Menschen damit anfingen, ernsthaft die echten Gefahren zu betonen, die seine Verhaftung für die Pressefreiheit darstellt, wurde es Mode überall herumzublöken: „Assange ist kein Journalist.

Das Argument, wenn man es überhaupt so nennen kann, ist, da Assange ja keinen Journalismus in konventionellem Sinn ausübt, könne die fingierte Anklage gegen ihn [29] wegen seiner Rolle bei den Manning-Leaks auf keinen Fall eine Bedrohung für andere Journalisten auf der ganzen Welt darstellen, die geleakte Dokumente, welche Vergehen der US-Regierung aufdecken, veröffentlichen möchten. ... Da WikiLeaks jetzt das Label hat, das Pompeo sich ausdachte, kann es keinen Schutz der Pressefreiheit mehr genießen und sollte daher zerstört werden... Das nächste Mal, wenn sie jemanden anklagen wollen, weil er etwas Ähnliches getan hat wie Assange, werden sie es einfach tun, unabhängig davon, ob du glaubst, dass die nächste Person ein Journalist ist oder nicht ..."

2. Verleumdung: „Er ist ein Vergewaltiger."

„Das Feedback, das ich bei der Zusammenstellung dieses Artikels erhalten habe, deutet darauf hin, dass dies das ist, womit Assanges Verteidiger am meisten zu kämpfen haben, und das ist verständlich: Es ist eine komplexe Situation, die mehrere Regierungen, eine Fremdsprache, ein ausländisches Rechtssystem, viele juristische Fachbegriffe, viele verschiedene Personen, einige emotional heikle Themen und eine ausgiebige Menge an Informationen umfasst …

Das stärkste, einfachste und offensichtlichste Argument gegen die „Vergewaltiger"-Verleumdung ist, dass es sich um eine unbewiesene Behauptung handelt, die Assange [32] immer von sich gewiesen hat [33], und man müsste verrückt sein, um eine völlig unbewiesene Anschuldigung gegenüber einem bekannten Opfer von US-Geheimdiensten zu glauben. Es ist genauso dumm, wie unbewiesene Behauptungen über Regierungen zu

glauben, die Ziel eines US-Regimewechsels sind, wie etwa der Glaube, dass Saddam Massenvernichtungswaffen hatte …

Ich weiß, dass uns allen gesagt wurde, dass wir allen Frauen vorbehaltlos glauben müssen, die sagen, dass sie vergewaltigt wurden, und im Allgemeinen ist es eine gute Idee, die patriarchalische Gewohnheit unserer Gesellschaft aufzugeben, diejenigen nicht ernst zu nehmen, die sagen, dass sie vergewaltigt wurden. Aber sobald man das zu einer harten, strengen Regel macht, die keinen Spielraum mehr dafür lässt, die Pläne der Mächtigen in Frage zu stellen, kannst du hundertprozentig sicher sein, dass die Mächtigen anfangen werden, diese Regel zu benutzen, um uns zu manipulieren …“

Nach einer Zusammenfassung der Artikel über die Einzelheiten der schwedischen Ermittlungsverfahren weist Caitlin Johnstone darauf hin:

„Dies alles geschah nur wenige Monate, nachdem Assange die US-Kriegsmaschine mit der Veröffentlichung des Collateral Murder-Videos [39] erzürnt hatte, und es war bereits bekannt, dass US-Behörden auf der Jagd nach ihm waren [40] ...

Nachdem ein Haftbefehl erlassen wurde, setzte eine Oberstaatsanwältin namens Eva Finne ihre Autorität ein und hob diesen auf, und am 25. August ließ sie die Angelegenheit vollständig fallen und sagte, dass die Beweise „keinerlei Verbrechen enthüllten“ [44] ...

Am 30. September ging Assange freiwillig zur Polizei, um eine Aussage zu machen. In der Aussage sagte er dem Beamten, dass er befürchte, dass diese in der Expressen landen würde. Woher ich das weiß? Die vollständige Aussage wurde an die Expressen geleakt.

Assange blieb fünf Wochen in Schweden und wartete darauf, verhört zu werden, dann ging er nach Großbritannien, nachdem ihm ein Staatsanwalt gesagt hatte, dass man ihn nicht wegen eines Verhörs suchen würde.

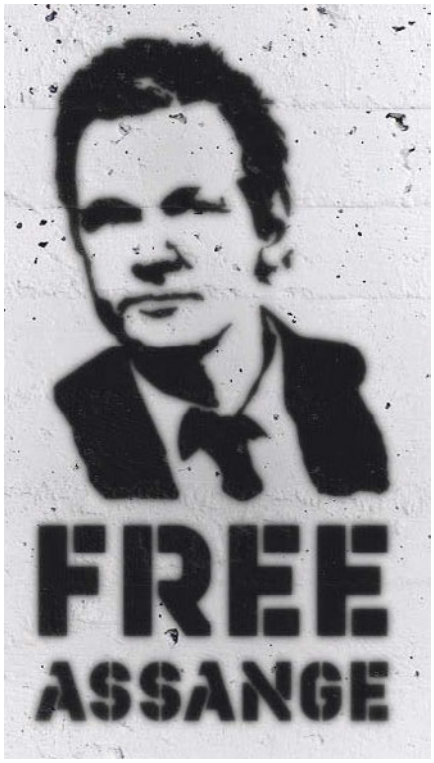
Nach der Abreise gab InterPol bizarrerweise eine Red Notice für Assange heraus, die normalerweise Terroristen und gefährlichen Kriminellen vorbehalten ist, nicht angeblichen Erstvergewaltigern. Diese äußerst unverhältnismäßige Reaktion ließ bei Assanges Rechtsabteilung sofort den Verdacht aufkommen, dass es sich

(Foto: Takver, www.flickr.com, CC BY-SA 2.0)

hierbei nicht nur um Vergewaltigungsvorwürfe handelte, und sie beschlossen, gegen seine Auslieferung nach Schweden zu kämpfen, aus Angst, dass es zu einer Auslieferung an die Vereinigten Staaten kommen würde, einem Land, das von WikiLeaks erst kurz zuvor mit äußerst peinlichen Leaks über Kriegsverbrechen in Verlegenheit gebracht worden war.

Im Dezember 2010 ging Assange wie vereinbart zu einer britischen Polizeistation und wurde verhaftet. Er verbringt zehn Tage in Einzelhaft und wurde auf Kaution freigelassen, dann verbrachte er 550 Tage unter Hausarrest mit einer elektronischen Fußfessel.

Wir wissen jetzt, dass bereits zu dieser Zeit eine Grand Jury in East Virginia eingerichtet worden war, um ein Verbrechen



zu finden, für das er gehängt oder zumindest bis zum Ende seines Lebens weggesperrt werden sollte. Assanges Anwälte waren sich dessen bewusst.

Der Oberste Gerichtshof Großbritanniens entschied, dass Assange an Schweden ausgeliefert werden sollte, die Schweden weigerten sich, die Zusicherung zu geben, dass er nicht an die USA ausgeliefert werden würde, und die USA weigerten sich, irgendeine Zusicherung dafür zu geben, dass sie seine Auslieferung und Anklage nicht fordern würden. Hätte eines der beiden Länder eine solche Zusicherung – wie von Amnesty International [45] gefordert – abgegeben, wäre Assange nach Schweden gereist und die ganze Qual wäre zu Ende gewesen.

Sie wurde nie beendet, weil es nie um Vergewaltigung oder Gerechtigkeit ging [46]. Es ging um die Auslieferung von Assange an die Vereinigten Staaten wegen seiner Veröffentlichungen …“

Nach zahlreichen weitere Details führt sie u.a. einen Artikel von Women Agains Rape im Guardian [69] ein. Dort findet man:

„Wir sind Women Against Rape, aber wir wollen nicht, dass Julian Assange ausgeliefert wird – seit Jahrzehnten kämpfen wir dafür, dass Vergewaltiger gefasst, angeklagt und verurteilt werden. Aber die Verfolgung von Assange ist eine politische.“

Und auch ihr Resümee überzeugt:

> „Schließlich bleibt die Tatsache bestehen, dass, selbst wenn Assange irgendwie der Vergewaltigung für schuldig befunden werden sollte, das Argument „er ist ein Vergewaltiger“ kein legitimer Grund dafür ist, eine US-Auslieferung und -Anklage zu unterstützen, die einen Präzedenzfall für die allseitige Bedrohung der Pressefreiheit schaffen würde ...“

4. Verleumdung: „Er ist ein russischer Agent.“

„Nicht einmal die US-Regierung behauptet, dass WikiLeaks die Veröffentlichung der E-Mails der Demokratischen Partei absichtlich mit dem Kreml koordiniert hat. Im Bericht von Sonderermittler Ro-

Publiziert auf Free21 am 20.05.2019, 20:00 Uhr

bert Mueller hieß es lediglich [74], dass Guccifer 2.0 die Quelle der E-Mails war, und dass Guccifer 2.0 eine Persona gewesen sei, die verdeckt von russischen Verschwörern betrieben wurde. Das Narrativ, Assange habe wissentlich insgeheim mit der russischen Regierung zusammen gearbeitet oder sei gar von ihr angeheuert worden, ist eine Wahnvorstellung, ein Produkt der übergeschnappten Russlandhysterie, welche sich in alle Ecken des politischen Mainstreamdiskurses ausgebreitet hat. Dafür gibt es keine Beweise und alle, die so etwas behaupten, sollten korrigiert und entlarvt werden …

Die einzigen, die behaupten, dass Assange ein russischer Agent sei, sind diejenigen, welche unglücklich sind mit den Enthüllungen von WikiLeaks, seien es die Kriegsverbrechen der USA oder die korrupten Manipulationen einiger Führer der Demokratischen Partei. Diese Verleumdung ist vollkommen gegenstandslos und sollte als solche behandelt werden."

5. Verleumdung: „Er wird als Hacker verklagt, nicht als Journalist."

„Nein, die Anklage richtet sich gegen seine journalistische Tätigkeit. Assange wird auf der Grundlage genau des selben Beweismaterials angeklagt [90], zu dem die Obama-Regierung Zugang hatte, als sie untersuchte, ob er wegen seiner Rolle bei den Manning Leaks angeklagt werden könnte. Die Regierung Obama entschied, dass Assange unmöglich auf Grundlage der Beweise belangt werden könnte [91], weil das die Pressefreiheit gefährden würde. Die Dinge, die Assange vorgeworfen werden, gehören zum journalistischen Alltag, wie auch Micah Lee und Glenn Greenwald von The Intercept erklärt haben [92]: Versuchen, einer Quelle dabei zu helfen, unerkannt zu bleiben, Maßnahmen ergreifen, um zu versuchen, ihre Kommunikation zu verbergen, und Manning ermutigen, mehr Material bereitzustellen. Das ist alles, was Assange vorgeworfen wird; in der Anklage selbst kommt ‚Hacking' nicht vor …

Der einzige Unterschied zwischen der Obama- und der Trump-Regierung ist, dass letztere eine erhöhte Bereitschaft

Whistleblower Edward Snowden (Foto: Laura Poitras Praxis Films, CC BY-SA 3.0)

aufweist, den Journalismus anzugreifen. Assange wird wegen seiner journalistischen Tätigkeiten verfolgt.

Außerdem gibt es allen Grund zu der Annahme, dass die neue Anklage, welche sich die Trump-Regierung aus den Fingern gesogen hat, nur ein Trick ist, um Assange auf den Boden der USA zu bringen, wo er mit weitaus schwereren Anklagen, einschließlich Spionage [98], vernichtet werden kann …

Wenn Assange, was viele erwarten, an die Vereinigten Staaten ausgeliefert wird, wird die Regierung eine Anklage wegen seiner angeblichen Beeinflussung der Wahl gegen ihn erheben können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Regierung weitere Klagen gegen Assange ausdenken wird.

Falls dies eintritt, wird Assange nicht fünf Jahre wegen Delikten am Computer hinter Gittern verbringen, was das Maximum der gegenwärtigen Anklage wäre; sie würden ihn jahrzehntelang wegsperren …"

16. Verleumdung: „Er ist ein Antisemit."

„Ja, ja, wir alle wissen inzwischen [136], dass jeder, der sich der imperialen Kriegsmaschine in irgendeiner Weise widersetzt, sowohl ein russischer Agent als auch ein Antisemit ist. Jeremy Corbyn weiß es [137], Ilhan Omar weiß es [138], wir alle wissen es.

Quellen:

[1] *<https://medium.com/@caityjohnstone/trying-to-change-the-system-from-within-is-like-trying-to-dry-your-hair-with-rain-71bac2211d6c>*

[2] *<https://caitlinjohnstone.com/2018/12/10/how-the-plutocratic-media-keeps-its-staff-aligned-with-establishment-agendas/>*

[3] *<https://medium.com/@caityjohnstone/the-us-government-wont-care-about-your-definition-of-journalism-after-the-assange-precedent-is-set-66ae974d23fe>*

[25] *<https://medium.com/@caityjohnstone/assange-is-not-a-journalist-yes-he-is-idiot-761fa437269f>*

[26] *<https://www.guengl.eu/assange-montarjemi-rui-pinto-win-gue-ngl-whistleblower-prize/>*

[27] *<https://wikileaks.org/What-is-WikiLeaks.html>*

[28] *<https://www.abc.net.au/news/2010-12-23/journalists-union-shows-support-for-assange/2383428>*

[29] *<https://medium.com/@caityjohnstone/how-you-can-be-certain-that-the-us-charge-against-assange-is-fraudulent-8eb0caa1c4f6>*

[32] *<https://www.abc.net.au/news/2016-12-07/julian-assange-goes-public-on-rape-allegations/8099276>*

[33] *<https://www.theguardian.com/media/2010/aug/22/wikileaks-julian-assange-denies-rape-allegations>*

[39] *<https://www.youtube.com/watch?v=5rXPrfnU3G0&feature=youtu.be>*

[40] *<https://www.cnet.com/news/wikileaks-editor-skips-nyc-hacker-event/>*

[44] *<https://de.scribd.com/document/80912442/Agreed-Facts-Assange-Case>*

[45] *<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2012/09/sweden-should-issue-assurance-it-won-t-extradite-assange-usa/>*

[46] *<https://www.thecanary.co/uk/analysis/2019/04/15/on-sky-news-an-inconvenient-fact-from-julian-assanges-lawyer-collapses-the-official-narrative/?fbclid=IwAR13jq35w8i0WRJrABGh-umD7LmRtMSBnKC6WwXP13PcDmxYLr-S01YsLZ_g>*

[69] *<https://www.theguardian.com/commentisfree/2012/aug/23/women-against-rape-julian-assange>*

[74] *<https://www.justice.gov/file/1080281/download>*

[90] *<https://medium.com/@caityjohnstone/how-you-can-be-certain-that-the-us-charge-against-assange-is-fraudulent-8eb0caa1c4f6>*

[91] *<https://theintercept.com/2018/11/16/as-the-obama-doj-concluded-prosecution-of-julian-assange-for-publishing-documents-poses-grave-threats-to-press-freedom/>*

[92] *<https://theintercept.com/2019/04/11/the-u-s-governments-indictment-of-julian-assange-poses-grave-threats-to-press-freedoms/>*

[98] *<https://www.smh.com.au/world/europe/us-may-add-espionage-to-assange-s-charge-sheet-reports-20190412-p51dpd.html?utm_medium=Social&utm_source=Twitter#Echobox=1555061206>*

[136] *<https://medium.com/@caityjohnstone/breaking-everyone-who-opposes-war-is-a-russian-antisemite-39fd8acf316a>*

[137] *<https://medium.com/@caityjohnstone/how-and-how-not-to-beat-a-smear-campaign-74e4e95c9306>*

[138] *<https://medium.com/@caityjohnstone/israel-lobby-refutes-omars-claims-about-its-immense-influence-by-exerting-its-immense-influence-2997d343377e>*

[139] *<https://www.theguardian.com/media/2011/mar/01/julian-assange-jewish-conspiracy-comments>*

[156] *<https://twitter.com/SMaurizi/status/965503438133096448>*

Diese Verleumdung ist schon eine Weile in der Welt, seit die Schlagzeilen 2011 plärrten [139], dass Assange sich nach einem Gespräch mit Private Eye Editor Ian Hislop über eine „jüdische Verschwörung" gegen ihn beschwert habe. Assange reagierte auf diese Behauptung wie folgt:

‚Hislop hat fast jede entscheidende Behauptung und Phrase verzerrt, erfunden oder falsch in Erinnerung behalten. Insbesondere ist die „jüdische Verschwörung" völlig falsch, dem Sinne und dem Wort nach. Es ist ernst und beunruhigend. Anstatt eine Verleumdung zu korrigieren, hat Herr Hislop nicht ganz überraschend versucht, eine Verleumdung mit einer anderen, ähnlich ausgerichteten, zu rechtfertigen. Dass er dafür berüchtigt ist und man ihm nachsagt, dass er als Folge davon im Vereinigten Königreich mehr Verleumdungsklagen erhalten hat als jeder andere Journalist, heisst nicht, dass es richtig ist. WikiLeaks fördert das Ideal des „Wissenschaftsjournalismus" – bei welchem dem Leser die zugrunde liegenden Beweise aller Artikel in der präzisen Reihenfolge zur Verfügung stehen, gerade um solche Verzerrungen zu vermeiden. Wir schätzen unsere starke jüdische Unterstützung und unser Personal, ebenso wie die Unterstützung von panarabischen Demokratie-Aktivisten und anderen, die unsere Hoffnung auf eine gerechte Welt teilen.'

‚Wir schätzen unsere starke jüdische Unterstützung und unser Personal.' Mann, was für ein Nazi …"

17. Verleumdung „Er ist ein Faschist."

„Im Gegensatz zu den meisten Assange-Verleumdungen findet man diese häufiger bei der politischen Linken als in der Mitte, und das verblüfft mich sehr. Die Forderung, dass Regierungen transparent sein sollen und mächtige Menschen zur Verantwortung gezogen werden müssen, ist doch keineswegs mit Faschismus vereinbar. Eigentlich ist es genau das Gegenteil.

Stephania Maurizi, italienische investigative Journalistin und langjährige WikiLeaks-Mitarbeiterin schrieb Micah Lee [156] im vergangenen Jahr folgendes auf Twitter: „Ich bin seit 2009 als Medienpartner tätig, ich spreche aus eigener Erfahrung: Ich habe ÜBERHAUPT NIEMALS Frauenfeindlichkeit oder Faschismus, die Entschuldigung von Vergewaltigung oder Antisemitismus erlebt. Ich habe Antifaschismus tief in meiner DNA, wegen der Folgen, die der Faschismus für meine Familie hatte."

Whistleblowerin Chelsea Manning (Foto: Tim Travers Hawkins, CC BY-SA 4.0)

Ich weiß wirklich nicht, wie die Leute das in ihrem Kopf hinkriegen. „Wisst ihr, wer der echte Faschist ist? Es ist der Typ, der von der gewalttätigsten und unterdrückerischsten Regierung der Welt hinter Gittern eingesperrt wurde, weil er sich gegen die Kriegsverbrechen dieser Regierung gestellt hat." Also wirklich …

Immer wenn mir jemand begegnet, der diese Verleumdung verbreitet, sage ich normalerweise etwas wie „Du weißt, dass es mächtige Regierungsdienste gibt, die dich das aus eigennützigem Interesse Glauben machen wollen, oder?" Assange wie einen Mann des rechten Flügels aussehen zu lassen, war enorm erfolgreich bei der Zerstörung seiner Unterstützung seitens der Linken, so dass ihm nur die Unterstützung der Rechten blieb. Diese ist häufig wertlos, wenn es um den Kampf der Trump Regierung gegen WikiLeaks geht. Teile und herrsche funktioniert."

Nicht nur was – auch wie diskutiert wird

Der Artikel von Caity Johnstone bietet aber auch hilfreiche Denkanstöße, wie und mit welchem Bewusstsein man Diskussionen führen sollte. Auch hier ein Auszug.

„Sei Dir klar darüber, dass es dein Ziel ist, die Desinformationskampagne selbst zu bekämpfen, nicht gegen die Person zu gewinnen, mit der du dich auseinandersetzst, oder diese umzustimmen.

Behalte im Hinterkopf, dass, mit wem auch immer Du gerade debattierst, derjenige wahrscheinlich gar nicht wirklich viel über den Hintergrund seiner eigenen Behauptungen weiß.

Denk daran, dass die Last der Beweisführung bei demjenigen liegt, der eine Behauptung aufstellt.

Weise andere bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass sie eine Rufmordkampagne weiterverbreiten.

Mach deutlich, dass es um Assanges Inhaftierung und Auslieferung geht.

Verlass dich so stark wie möglich auf Tatsachen und so wenig wie möglich auf Meinung."

Diese Denkweise ist sicher nicht nur im Kampf um die Rufmordkampagne gegen Assange geeignet, es lohnt sich, sich mit den Details näher zu beschäftigen. Die vollständige deutsche Übersetzung (Stand 15.5.2019) des lesenswerten Textes von Caitlin Johnstone findet man online unter http://www.free21.org/entlarvung-aller-verleumdungen-von-julian-assange

Autor: Caitlin Johnstone

über sich selbst: Schurkenjournalist. Bogan Sozialist. Anarcho-psychonaut. Guerilla-Dichter. Utopia prepper. Stolz 100 Prozent Leserfinanziert durch Patreon und Paypal. Viel Arbeit mit Hilfe von Soulmate/Mitverschwörer Tim Foley. Wenn Sie Caitlin direkt unterstützen möchten, besuchen Sie bitte ihre Website: **www.caitlinjohnstone.com**

Dieser Text wurde zuerst am 20. April 2019 auf Caitlinjohnstone.com veröffentlicht. ‹https://caitlinjohnstone.com/2019/04/20/debunking-all-the-assange-smears/› Übersetzt aus dem Englischen von Karin Baasch, Ute Brach, Andrea Drescher, Andreas Bertram-Weiss (www.ae911truth.ch), Fritz Kollenda (www.theblogcat.de) und Kirsten Grote. Vielen Dank für Euren Einsatz!

‹http://www.free21.org/?p=31994›

Bilder: Pixabay.de, CCo

Die Linke beherrscht eines perfekt: Das **Säureattentat** auf sich selbst.

Von Wikipedia bis Bayern, von Sahra Wagenknecht bis Koblenz, die Linke hat ein Problem.

Ein Kommentar von Dirk Pohlmann

Autor: Dirk Pohlmann

(geb. 1959) ist ein deutscher Drehbuchautor, Filmregisseur und freier Journalist. Seit 2004 beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit Geheimdienstoperationen im Kalten Krieg. Seit Herbst 2015 ist Pohlmann für das freie Journalistenportal KenFM als Reporter tätig.

Durch meine Recherchen zur Wikipedia und Feliks habe ich mich mit den Zuständen in der bayrischen Linken und den Aktivitäten der sogenannten Antideutschen beschäftigen müssen, zu denen Feliks gehört. Das Linke-Mitglied Feliks bearbeitet ja über 50 Politiker der Linken in der Wikipedia, und die kommen dort – je nachdem, wie nahe sie seinen politischen Positionen stehen – besser oder schlechter weg.

Ich habe ein internes Zersetzungspapier gelesen [1], in dem Handlungsanweisungen aufgeführt waren, wie man einige bayrische Linken-Mitglieder bekämpfen könnte. Die Methoden waren grundsätzlich unter der Gürtellinie und so perfide und widerlich, dass ich sie nicht referieren will. Mit einigen der darin benannten Linken-Politiker hatte ich Kontakt, denn sie wurden auch von Feliks in Wikipedia „bearbeitet". Sie berichteten über Nachtreten der Antideutschen gegen Parteigenossen, die an Krebs erkrankt waren, gezielt in dem Moment, in dem ihre Widerstandsfähigkeit aufgrund ihrer Chemotherapie am geringsten war. Von Zuständen, die sie buchstäblich krank machten. Sie berichteten, dass sich eine Gruppe führender bayrischer Linker traf, um eine Entscheidung zu treffen: Ob sie sich Angriffen aus den Reihen der Antideutschen und von Marx 21 weiter aussetzen wollten, die Schlammschlacht weiterführen wollten, mit allen Konsequenzen für die Psyche, oder hinschmeißen würden. Zwei Personen sprachen von der Wahl, entweder säurefester Machiavellist zu werden oder Mensch zu bleiben. Es folgte eine Austrittswelle.

Als Sahra Wagenknecht, die bei Weitem erfolgreichste Stimmenfischerin außerhalb der eigenen Parteigewässer, sich zurückzog, mit Stellungnahmen, die Mobbing als Ursache nicht abstritten, war ich deutlich an die bayrische Linke erinnert. Dass sie von Parteigenossen in die Nähe eines „nationalen Sozialimus" gerückt wurde, ihre Kritik an der Politik der offenen Grenzen als rechtsoffen, rassistisch und fremdenfeindlich bezeichnet wurde, dass ihr am zuverlässigsten ein Messer in den Rücken gestoßen wurde, wenn sie mit Par-

teigenossen im Raum war, das alles fällt unter die Kategorie Déjà-vu – in Bayern.

Mittlerweile treibt das von ihr nach dem Modell der britischen „Momentum"-Bewegung initiierte „Aufstehen" als brennendes, sinkendes Schiff auf den Parteigewässern. Ein schöner politischer Erfolg. Nur nicht für die Linke.

Die Bereitschaft der Antideutschen in der Linken, die eigenen Leute und Anhänger mit den übelst möglichen Beleidigungen zu attackieren, ist so phänomenal, dass man sich fragen kann, woher dieser Drang zur selbstzerstörerischen Sortenreinheit kommt.

Er ist flächendeckend vorhanden. Von Süd bis Nord, vom Bundestag bis in die Lokalpolitik.

Als ich im letzten Jahr von Sabiene Jahn nach Koblenz eingeladen wurde, um einen Vortrag über die Wikipedia-Recherchen von Markus Fiedler und mir zu halten, bekam ich diese antideutsche Aggressivität am eigenen Leib zu spüren.

Die Veranstaltungsreihe versteht sich als ein Forum, das Menschen in einen persönlichen meinungsbildenden Austausch bringen möchte. Es finden regelmäßig Buchlesungen, Vorträge, Filmvorführungen, Podiumsdiskussionen statt.

Es gab eine Gegendemonstration gegen die Veranstaltung, Ich wurde in einem – natürlich anonymen – Flugblatt einer „Antideutschen Initiative" in Koblenz, die gemeinsam mit Linken, Grünen und Mitgliedern der „Partei" gegen meinen Wikipedia-Vortrag bei „Koblenz im Dialog" demonstrierte, als lebenslanger Antisemit diffamiert, der sich jetzt an einem armen, jüdischen Wikipedia-Autoren abarbeite, dem unschuldigen Feliks. Die auf dem Flugblatt als verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes benannte Person existiert nicht. Ein beliebtes Mittel, es gibt ja ein ganzes Internetportal, das so funktioniert, nämlich Psiram. Übrigens mit Duldung und Unterstützung der Bundesregierung.

Ich wollte einige Demonstranten, noch in Unkenntnis des Flugblattes, das ich erst später zu Gesicht bekam, zur Diskussion nach dem Vortrag einladen, aber das wollten diese gar nicht. Es ging ihnen um Abgrenzung, Demonstration der Verachtung. Es lag ein Hauch von Scheiterhaufen in der Luft.

Die Musikerin, Sängerin und Initiatorin von „Koblenz im Dialog", Sabiene Jahn, zeigte mir Internetpamphlete dieser „Aktivisten", in denen sie unter der Gürtellinie, mit sadistisch sexuellen Untertönen, beleidigt wurde. Ihre Augen wurden mit Laserstrahlen gezeigt – ob ihre Augen zerstörerisch blickten oder ihre Augen mit den Strahlen zerstört werden, liegt im Auge des Betrachters, auf jeden Fall aber außerhalb des Bereichs der guten Sitten.

Sie bekam anonym ein Foto zugeschickt, von einer Person mit Mossad-T-Shirt und Sturmgewehr, auf dem stand: „Es ist nie nur Zufall." Ich bekomme ähnliche Mails, seit ich mich mit Wikipedia beschäftige, mit dem Hinweis, dass meine Adresse leicht festzustellen sei, und der Ankündigung, mich zu Hause zu besuchen, unter vier Augen, auf ein Glas blutroten Weins.

Dirk C. Fleck, Hermann Ploppa und Owe Schattauer berichteten Ähnliches und Schlimmeres von ihren Vorträgen in Koblenz.

Als jetzt die Friedensaktivistin Andrea Drescher einen Vortrag über ihr Buch „Wir sind Frieden" ankündigte [2] – es handelt von Friedensbewegten, vor allem Frauen, die oft jenseits der Öffentlichkeit fundamentale Friedensarbeit leisten [3], wurde sie unter Beschuss genommen. Von einem „Bündnis gegen Rassismus", dass ihr einen Ablassbrief vorlegte, in dem stand, wie sie sich von was und wem zu distanzieren habe, andernfalls würde es eine Demonstration gegen sie geben. Mit dem Unterton: „Wir können auch anders." Wahrscheinlich mit einem Flugblatt wie bei meinem Vortrag. Und Andrea Drescher, eine stets um Sachlichkeit und Fairness bemühte Person, kümmert sich besser – wie Hermann Ploppa – um Personenschutz, wenn sie das Ereignis unbeschadet überstehen will.

Das Bündnis gegen Rassismus tritt gemeinsam mit einer paramilitärischen, uniformierten Truppe der „Partei" von Martin Sonneborn auf [4]), die sich zur Wehrsport-Ausbildung in Lagern trifft, dabei bedrohlich, aber immer gerade so satirisch agiert, dass sie unter dem Schutz der Kunstfreiheit bleibt. Aber doch bedrohlich agiert. Aber als Satire betrachtet werden kann. Sie changiert zwischen diesen Anmutungen, um den Schutz der Satirefreiheit und die Bedrohlichkeit der Gewaltdrohung zu nutzen.

Andrea Drescher (Foto: Rolf Künster, Koblenz: Im Dialog, alle Rechte vorbehalten)

Der Mercedes-Bus einer Familie mit der Aufschrift „Friedensfahrzeug" wurde bei einem Vortrag von „Koblenz im Dialog" mit einem Davidsstern und dem Schriftzug „Anti-Friedensfahrzeug" besprüht. Das war wohl auch Satire. Oder Sachbeschädigung. Oder Satire.

Das „Bündnis gegen Rassismus" wird von der Linken in Koblenz, den Grünen und der „Partei" unterstützt, die dort jeweils von den Anti-Deutschen dominiert werden. Es gibt in Koblenz ganz offenbar einen legalen Arm dieser „Aktivisten" und einen operativen, der gewalttätig ist, paramilitärisch auftritt, Autos mit Farbe besprüht oder verleumderische Flugblätter verfasst.

Je nachdem, wie es gerade nützlicher ist. Der sich aber in beiden Ausprägungen immer für moralisch so überlegen hält, dass ihm deswegen ALLES erlaubt ist.

Ich erhalte mittlerweile, wie gesagt, auch Droh-E-mails von Leuten dieser Geisteshaltung, die ankündigen, mir zu Hause aufzulauern.

Mittlerweile haben Markus Fiedler und ich zwar vor Gericht mit der Auffassung

Publiziert auf Free21 am 28.05.2019, 6:00 Uhr

Recht bekommen, dass es im öffentlichen Interesse war, die Identität von Feliks aufzudecken, weil er als antideutsches Mitglied der Linkspartei, ehemaliger Bundestagskandidat der PDS, Freiwilliger der israelischen Streitkräfte und Unterstützer der rechtsextremen Netanjahu-Koalition in Israel, seine politischen Ansichten als lexikalische Wahrheit in der Wikipedia verbreiten kann, wo er von einem Netzwerk ähnlich gesinnter Wikipedia-„Schiedsrichter" geschützt wird.

Das interessiert die Leute der Initiative in Koblenz, die mich genau wie jetzt Andrea Drescher oder vorher Dirk C. Fleck und Hermann Ploppa diffamiert haben, aber herzlich wenig. Sie diffamieren jeden, der ihre kruden, totalitären Ansichten nicht exakt teilt, mit den übelsten Begriffen – und werden von ihren Parteien nicht daran gehindert. Im Gegenteil. Die Linke in Koblenz hat auf ihrer Webseite noch einmal ausdrücklich hervorgehoben, dass sie sich nicht von der Querfront „unterwandern" ließe [5].

Die größte Befürchtung der Koblenzer Linken ist nicht die Nähe zur politischen Beleidigung, zur Drohung und Gewalt, sondern die Unterwanderung ihrer Partei durch eine imaginäre „Querfront".

Erstaunlicherweise lebt der journalistisch aktive Arm der Antideutschen gut davon, in rechten Zeitungen, sehr gerne bei der Springerpresse, die Kriegspolitik der USA und Israels zu unterstützen. Sie attackieren von dort jeden, der sich gegen die Neocons stellt, in Regelmäßigkeit als antisemitischen und antiamerikanischen Verschwörungstheoretiker. Sie haben kein Problem damit, dass Präsident Netanjahu den rechtsextremen Flügel der AfD rechts überholt [6], 40.000 Kriegsflüchtlinge in Israel als „Eindringlinge" tituliert und sie vor die Wahl stellt, entweder mit 3500 Dollar Abschiebeprämie das Land zu verlassen oder lebenslang in israelischen Gefängnissen zu verschwinden. Auf diese kognitive Dissonanz reagieren sie mit dem probaten Mittel des Verschweigens.

Mit anderen Worten: Diese Leute bilden eine Querfront mit übelsten, rechtsextremen Politikern, sie sind Propagandisten der rechten Presse, wagen es aber, sich als links zu definieren und die Hoheit darüber einzufordern, was links ist. Diese Leute sind die Pest, als deren Heilung sie sich ausgeben.

Ich rufe deshalb dazu auf, dieses Konglomerat des politischen Sektierertums und der Gewaltbereitschaft des „Bündnisses gegen Rassismus" sowie der dort angeschlossenen Gruppen, egal ob paramilitärisch oder nicht, zu boykottieren und gegen sie zu demonstrieren. Sie sind eine Schande für die Grünen, Linken und die „Partei". Wie ist es möglich, dass solche Personen in diesen Parteien geduldet werden?

Das Buch von Andrea Drescher.

Ich rufe dazu auf, diese Frage bei den Linken, Grünen und der „Partei" zu stellen.

Ich rufe dazu auf, alle Personen, die an diesem und ähnlichen Aufrufen teilgenommen haben, nicht mehr zu wählen und sich dafür einzusetzen, dass auch andere dies nicht tun. Dezidiert immer, wenn politischer Diskurs durch Ausgrenzung im McCarthy-Stil beendet werden soll.

Wer auf diese Weise und mit Gewaltbereitschaft den politischen Dialog verhindern will, sollte keine öffentliche Verantwortung mehr übernehmen dürfen. Es ist Zeit, sich zu wehren.

Auf der nachfolgenden Seite lesen Sie die Antwort von Andrea Drescher auf das unsägliche Flugblatt des „Bündnisses gegen Rassismus". Ich solidarisiere mich ausdrücklich mit Andrea Drescher und Sabiene Jahn.

Quellen:

[1] Linke-Dossier gegen Parteigenossen: „Als sinister und verschlagen hinstellen", Artikel von Marlene Halser auf www.taz.de am 23.1.2012 unter <*http://www.taz.de/!5102447/*>

[2] „Wir sind Frieden" - Andrea Drescher im NuoViso Talk, Videobeitrag von NouViso.tv auf Youtube vom 18.09.2018 unter <*https://www.youtube.com/watch?v=QwNtXcdYYJ8*>

[3] Wir sind Frieden, Buch von Andrea Drescher, erschienen 2018 im BoD – Books on Demand, Norderstedt, ISBN 978-3-752-85168-7

[4] Die Miliz - MAdP Dachverband (Militärischer Arm der PARTEI), Präsenz auf www.facebook.de unter <*https://www.facebook.com/DieMiliz/posts/1877749792483236*> **Zugriff** am 25.05.2019

[5] DIE LINKE: Koblenz lehnt „Querfront" ab – Erneute Stellungnahme zu den Querfront Vorwürfen, o.A.d.Verf., auf www.die.linke-ko.de ohne Veröffentlichungsdatum, unter <*https://www.die-linke-ko.de/aktuell/*>, Zugriff am 25.05.2019

[6] Israel: no country for black people, Artikel von Azad Essa, auf www.iol.co.za am 24.01.2018 unter <*https://www.iol.co.za/news/opinion/israel-no-country-for-black-people-12900274?fbclid=IwAR0Q9O3mqUmHy1oRqXL0Vj3ODET5mX0U38-4cZjK81nfP_epIB7AJmdR7qs*>

[7] Reichsbürger Wolfgang Schäuble, Artikel von Andrea Drescher auf norberthaering.de am 5.12.2016 unter <*http://norberthaering.de/de/27-german/news/726-reichsbuerger-schaeulbe*>

[8] LIES (And the Lying Liars Who Tell Them), Buch im PDF-Format von Al Franken, 2004, verfügbar unter <*https://www.academia.edu/10530028/Franken_Al_-_Lies_and_The_Lying_Liars_Who_Tell_T<hem*>

[9] „Antisemitismus 2.0 oder: Darf man Israel kritisieren?" Gastbeitrag von Andrea Drescher auf gruppe42.com am 13.02.2018 unter <*https://gruppe42.com/2018/01/30/antisemitismus-2-0-oder-darf-man-israel-kritisieren-ein-gastbeitrag-von-andrea-drescher/*>

[10] Von journalistischen Coups, unterschiedlichen Blickwinkeln und der Abscheu vor Lügen, Interview von Andrea Drescher mit Andrej Nekrasov auf www. nachdenkseiten.de am 13.01.2019 unter <*https://www.nachdenkseiten.de/?p=48384*>

[11] Oleg Muzyka – „Ukraine: Fünf Jahre nach Odessa", Interview von LZ mit Oleg Musyka auf linkezeitung.de am 28.2.2019 unter <*https://linkezeitung.de/2019/02/28/koblenz-oleg-muzyka-ukraine-fuenf-jahre-nach-odessa/*>

[12] Facebook-Post von Koblenz: im Dialog am 22.3.2019 unter <*https://www.facebook.com/koblenzimdialog/posts/2224437080980165*>

Dieser Text wurde zuerst am 26.03.2019 auf www.kenfm.de unter der URL ‹https://kenfm.de/tagesdosis-26-3-2019-die-linke-beherrscht-eines-perfekt-das-saeure-attentat-auf-sich-selbst/› veröffentlicht. Lizenz: KenFM

‹http://www.free21.org/?p=32027›

Ich bin schuldig!

Ein offener Brief von Andrea Drescher

Liebes Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus – Koblenz“,

natürlich würde ich auch mit Ihnen auf der Straße stehen, da ich seit meiner Jugend als Antifaschistin aktiv war, heute noch bin und Ihr Motto daher teile. Aber ich fürchte, Sie werden auch gegen mich demonstrieren müssen. Denn ich bin schuldig. In vielerlei Hinsicht.

Ich bin schuldig, mit AFD-Anhängern zu sprechen. Immer wieder. Und nicht nur das. Auf Facebook bin ich sogar mit einem NPD-Stadtrat in Kontakt. Allerdings auch mit Marxisten und sogar Stalinisten. Und allem dazwischen. Weil ich der Meinung bin, dass man mit allen Menschen, die nicht aktiv zur Gewalt aufrufen, reden muss. Auch wenn ich sicher kein Anhänger dieser neoliberalen pseudo-alternativen Partei bin und den erheblichen braunen Bodensatz dort persönlich zum Kotzen finde. Aber man kann in Menschen keine andere Meinung „reinprügeln“ oder „reinbrüllen“ – man muss sich inhaltlich mit ihnen auseinandersetzen, ihre Meinung argumentativ zerlegen. Ist halt mühsam, aber in meinen Augen wirkungsvoller. Sollten bei meiner Lesung AFD-nahe Zuhörer dabei sein, nutze ich diese Gelegenheit sehr gerne, ihnen (m)eine alternative Sicht auf die Welt vorzustellen. Ist doch sehr viel sinnvoller, als sie Menschen mitzuteilen, die eh schon meiner Meinung sind, oder?

Ich bin schuldig, was Verschwörungstheorien angeht. Ich lese bzw. höre nämlich regelmäßig KenFM. Und noch viel schlimmer, ich habe sogar selbst bereits auf den Nachdenkseiten publiziert, und auf Rubikon und auf Free21 … – alles Publikationen, die in Ihren Augen wohl inakzeptable Medien sind. Schuldig.

Ich bin schuldig, mich mit dem Thema Reichsbürger beschäftigt zu haben. Nachzulesen bei Norbert Häring [7]. Mich irritierte nämlich, warum Leute, die ich persönlich kannte, die zwar etwas spinnert, aber gewaltfrei agieren, auf einmal zu Gewaltverbrechern hochstilisiert wurden.

Ich bin auch schuldig des Antisemitismus – und das in vielerlei Hinsicht. Das fängt schon damit an, dass mein Urgroßvater bis 1933 im Vorstand einer deutschen Bank war. Er kontrollierte damit eine Bank. Ich habe auch das Buch von Al Franken (jüdischer Kongressabgeordneter in den USA) „Lies and the lying liars who tell them“ gelesen. Es hat mir sehr zu denken gegeben. Ich empfehle Ihnen einen Blick auf Seite 86. Dass so etwas manchen Menschen zu denken gibt, kann ich nachvollziehen. Das Buch habe ich im Original vorliegen, weil ich zunächst annahm, das PDF sei ein Fake [8].

Und ich kritisiere Israel, was mich vermutlich zu einer der übelsten Antisemitinnen macht [9]. Es tut mir im Herzen weh, was aus dem Land wurde, in das ich in meiner Jugend als zionistisch angehauchte Idealistin emigrieren wollte.

Ich bin ebenfalls schuldig im Bereich der „Russland-Diplomatie“. So war ich 2016 bei der Druschba Berlin-Moskau mit dabei – auch wenn ich mich direkt(!) danach zurückzog, weil mir der Initiator bei näherem Hinsehen nicht zusagte. Aber ich spreche weiterhin mit Russen – so z.B. auch mit dem russischen Regierungskritiker Andrej Nekrasov, einem Freund des verstorbenen Alexander Litviniekos. Im Rahmen eines Interviews, das ich mit ihm führte und das bei den – oh weia – Nachdenkseiten erschien [10], hat er mir ein sehr differenziertes Russlandbild vermittelt. Das kann ich nur empfehlen.

Ich bin auch schuldig, was Rassismus angeht. Ich spreche mit allen Menschen, unabhängig von ihrer „Rasse“, Hautfarbe, Ethnie, Herkunft, Religion. Aber wenn sich ein Muslim wie ein A…loch verhält, kriegt er genauso mit mir Zoff wie jeder andere. Ich bekämpfe das Kopftuch, wenn Frauen gezwungen werden es zu tragen (übelster Rassismus, ich weiß) – und verteidige Kopftuchträgerinnen, die es tragen wollen.

Eine weitere Schuld meinerseits – ich bin ein klein wenig stolz darauf, als No-Name-Aktivistin mein Buch nach namhaften Autoren und Journalisten wie Matthias Bröckers, Dirk C. Fleck, Dirk Pohlmann, Hermann Ploppa oder Ernst Wolff bei „Koblenz im Dialog“ zu präsentieren. Wenn das die von ihnen kritisierten Antisemiten, Rassisten und Verschwörungstheoretiker sind, die dort auftraten – tja … ich bekenne mich schuldig.

Ansonsten bin ich definitiv schuldig, nicht aufgrund von unbelegten Behauptungen – Text-Quellen, Video-Hinweisen o.Ä. – von einer Person Abstand zu nehmen. Kontaktschuld ist für mich kein Argument. Ich habe erleben müssen, wie schnell man diffamiert wird. In Österreich hat ein linkes Medium behauptet, dass ich zu den Organisatoren der dortigen Pegida gehörte. Nachdem ich anhand von Youtube belegte, dass ich mit die erste hier war, die vor Pegida gewarnt(!) hat und auf rechtliche Folgen hinwies, kam es schnell zur Gegendarstellung. Auch weiß ich, dass es genügt, dass einem ein Rechter zuhört, um zum „Rechten“ gemacht zu werden …

Ihr Schreiben enthält Behauptungen ohne Belege. Was ich allerdings als belegt sehe, ist Ihr respektloser, herabwürdigender und menschenverachtender Umgang mit einem der überlebenden Opfer des Pogroms von Odessa bei der Veranstaltung am 18.3., zu der u.a. die „Linke Zeitung“ aufgerufen hat [11]. Das Video [12] lässt mich fassungslos zurück. Wenn das Ihre Vorstellung von „Vielfältig. Solidarisch. Antifaschistisch.“ ist, frage ich mich und Sie, ob wir die gleiche Sprache sprechen.

Ich bin schuldig. Sie müssen gegen mich demonstrieren. Sie könnten aber auch an der Lesung teilnehmen, die ich zugunsten von Kriegsopfern im Donbass, Jemen und Syrien durchführe. In Österreich sagt man „Durch’s red’n kumat Leit z’sam“. Ich halte davon sehr viel. Sie auch?

Mit freundlichen Grüßen
Andrea Drescher

Publiziert auf Free21 am 28.05.2019, 6:00 Uhr

Foto: Pexels, CCo

Nützliche **Angstmacher**

Die angebliche Terrorzelle „Sauerland-Gruppe“ könnte ein Fake gewesen sein.

von Elias Davidsson

Manches passt fast zu gut ins Konzept, um wahr zu sein. 2007 war die Öffentlichkeit in punkto „Terrorismus“ derart sensibilisiert, dass man auf die Aufdeckung einer deutschen Gefährdertruppe geradezu wartete. Die wurde dann auch prompt geliefert, als die GSG 9 im September drei junge Männer deutscher und türkischer Herkunft verhaftete. Angeblich planten sie einen Anschlag, und Deutschland hatte „seine“ eigene terroristische Schläferzelle. Doch die offizielle Version über die Vorgänge wirft peinliche Fragen auf.

Am 4. September 2007 überfiel die Antiterroreinheit GSG 9 ein Ferienhaus in Oberschledorn im Sauerland und verhaftete drei junge Männer, die von den Behörden verdächtigt wurden, einen Terroranschlag zu planen [1]. Es waren Fritz Gelowicz, Daniel Schneider und Adem Yilmaz. Ein vierter mutmaßlicher Komplize, Attila Selek, wurde im November 2007 in der Türkei, in Konya, verhaftet [2] und später nach Deutschland überführt [3]. Alle vier wurden angeklagt und zu langen Haftstrafen verurteilt. Diese Gruppe erhielt bald die Bezeichnung „Die Sauerland-Gruppe“.

Schon vor der Jahreswende 2006/7 sind mehrere Dutzend – laut einigen Quellen sogar mehr als einhundert – „Experten“ der CIA nach Deutschland eingereist, um die vier jungen Männer zu observieren. Darunter sollen nahkampferprobte Ex-Soldaten der Elitetruppe Navy Seals gewesen sein.

Sie sollen im nordrhein-westfälischen Neuss untergebracht worden sein, wo schon seit Jahren eine Kommandozentrale für ein geheimes Spionageprogramm von CIA, BND und Verfassungsschutz, „Projekt 6“, betrieben wurde [4]. Über die Anwesenheit der CIA-Teams seien nur das Bundesamt für Verfassungsschutz und das Bundesinnenministerium unterrichtet gewesen. Deutsche Behörden wollten diese Meldungen nicht kommentieren. Der Neusser Bürgermeister Herbert Napp, CDU, sagte nur, er hätte davon „nicht den Hauch einer Ahnung“ [5].

Presseberichten zufolge hatte die Sauerland-Gruppe über eine Zeitspanne von acht Monaten 720 kg 35-prozentiges Wasserstoffperoxid in zwölf 60-Liter-Behältern gekauft und die Behälter, zwei Stück auf einmal, in einem Mietwagen vom Händler in Hannover nach Freudenstadt in Ba-

Oben rechts Oberschledorn. Fotoflug Sauerland-Ost, Wissinghausen und Deifeld im Dittelsbachtal; oben links Referinghausen, oben rechts Oberschledorn; BlickrichTung Nordosten (Foto: Teta, wikimedia, CC-BY-SA 3.0)

den-Württemberg transportiert [6]. Diese wurden in einer gemieteten Garage gelagert [7]. Am 31. August 2007 mieteten sie ein Ferienhaus in Oberschledorn, um dort ihre Bomben zu basteln. Die bärtigen jungen Männer konnten keinen besseren Ort finden als ein verschlafenes Dorf, um aufzufallen [8].

Kurz nach der Verhaftung behaupteten die Behörden, dass die Gruppe ihre Bomben in Kneipen, Restaurants, Diskotheken und Flughäfen detonieren lassen wollten [9], unter anderem in Stuttgart, München, Köln, Frankfurt, Dortmund, Düsseldorf und in Ramstein, wo die USA eine riesige Militärbasis unterhalten [10].

Statt die Gruppe auf Grund des dringenden Verdachts schon früher zu verhaften, hatte die Polizei, laut eigenen Angaben, die Garage in Freudenstadt heimlich besucht und das Wasserstoffperoxid durch eine harmlose Lösung von nur drei Prozent ersetzt [11].

Die Gruppe war vor ihrer Verhaftung monatelang von hunderten Ermittlern aus mehreren deutschen und amerikanischen Diensten rund um die Uhr überwacht worden [12]. Die Telefongespräche der einzelnen Mitglieder wurden abgehört und ihre Wohnungen und Autos wurden verwanzt [13]. Die Überwachungsmaßnahmen der Gruppe sollen von der US-amerikanischen NSA initiiert worden sein [14].

US-Beamte sollen auch „subtilen Druck“ auf ihre deutschen Kollegen ausgeübt haben, damit diese die Gruppe als sehr gefährlich einstuften. Michael Chertoff, damaliger Chef des US-Heimatschutzministeriums, besuchte zu diesem Zweck den damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble in seiner Residenz in Gengenbach [15]. Auch Präsident Bush soll Kanzlerin Angela Merkel beim G-8-Treffen seine Sorge über die Sauerland-Gruppe zum Ausdruck gebracht haben [16].

Die verzögerte Festnahme war angeordnet, um den Fall politisch so gut wie möglich auszuschlachten. Nur nachdem die Möchtegern-Terroristen ihre Bombenbrühe zu kochen begannen, konnte Generalbundesanwältin Monika Harms die Verhaftungen als einen Erfolg bei der Vereitelung „eine[r] der bislang aus unserer Sicht schwerwiegendsten terroristischen Anschlagsplanungen in diesem Land“ bezeichnen [17]. Die Medien sprachen vom „gefährlichsten Terroranschlag in der deutschen Geschichte,“ der nur dank der Polizei, der Geheimdienste und der US-amerikanischen Freunde verhindert wurde [18].

Nachdem die Beschuldigten im Gerichtsverfahren lange schwiegen, beschlossen sie plötzlich, einer nach dem anderen, „ihre Motive zu erklären“ und ihr Vorhaben zu „beichten“ [19]. Gelowicz bestritt die Motivation, „einfach Ungläubige töten zu wollen.“ Er habe auch keinen Hass auf die westliche Kultur empfunden. Er soll dem Gericht gesagt haben, „Kernproblem [sei] die Palästina-Frage“ und die „Amerikaner als Schutzmacht Israels“ gewesen [20]. Von seinem Interesse für die Rechte der Palästinenser hat niemand zuvor etwas bemerkt.

Die vier Angeklagten wurden zu Haftstrafen zwischen fünf und zwölf Jahren verurteilt [21]. Ein nicht identifiziertes Mitglied der Gruppe, das ihnen Sprengzünder geliefert haben soll, wurde zu einer 5-jährigen Haftstrafe verurteilt, aber schon im Jahr 2012 freigelassen [22]. Attila Selek und Daniel Martin Schneider sind ebenfalls wieder auf freiem Fuß [23]. Noch Fragen?

Wer sämtliche Berichte über die Sauerland-Gruppe gelesen hat, kann nicht so seelenruhig zur Tagesordnung übergehen, denn sogar etablierte Medien äußerten Zweifel über die offizielle Darstellung der Fakten [24]. Waren weitere Komplizen im Spiel? Waren die vier Angeklagten wirklich fanatische Islamisten? Welche Rolle spielten die Geheimdienste hinter den Kulissen? Und ganz besonders: Warum agierten die Angeklagten so arglos, sogar nachdem sie sich ihrer Überwachung bewusst waren?

Auffällig und provokant

Am 31. Dezember 2006 – also nach der Einreise der CIA-Einsatzkräfte nach Deutschland – fuhren Fritz Gelowitz, Attila Selek, Ayhan T. und Dana Boluri [25] nach Hanau-Lamboy, wo das 18. US Corps Support Battalion stationiert ist [26]. Seit ihrer Abreise aus Frankfurt wurden sie von deutschen Agenten beschattet [27].

Im Observationsprotokoll, aus dem Der Spiegel zitiert, heißt es: Die Verdächtigen „umfahren mehrfach, dabei unter anderem auch im Schritttempo, das dortige Gelände der US-Armee. Dabei schauen sie aufmerksam in das Innere der Liegenschaften. Sie interessieren sich insbesondere für die Zu- und Abfahrtsmöglichkeiten“ [28]. Sie sollen auch zur Identitätskontrolle von der Polizei angehalten worden sein.

Publiziert auf Free21 am 10.05.2019, 18:00 Uhr

Laut der taz und anderer Medien soll Attila Selek etwa am 5. Januar 2007 seinen Wagen an einer roten Ampel plötzlich verlassen und die Reifen des Polizeiwagens, der ihm folgte, aufgeschlitzt haben [29]. Laut der Süddeutschen Zeitung war es Gelowicz, der so agierte: Einmal, das berichtete Gelowicz in seiner Aussage, seien ihnen die Leute vom Staatsschutz mit ihren Autos derart dicht auf die Pelle gerückt (sic), dass sie einem der staatlichen Verfolger den Reifen zerstochen hätten [30].

Am 6. Januar 2007 wurden die Wohnungen von Attila Selek, von Fritz Gelowicz und dessen Vater durchsucht [31]. Und im April 2007 durchsuchten Ermittler erneut Gelowicz' Wohnung [32]. Im Mai 2007 berichtete das Magazin FOCUS ausführlich über diese Durchsuchungen. Nur die Namen der Verschwörer wurden nicht genannt [33]. Die Gruppe ließ sich aber nicht von solchen Enthüllungen abhalten.

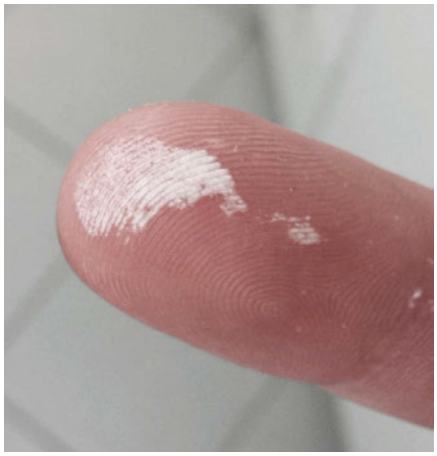
Im Mai 2007 – so Der Spiegel – soll ein Beobachtungsteam bemerkt haben, wie Adem Yilmaz und seine Freunde eine Schlägerei vor einer Disco in Darmstadt beginnen wollten. Als ihr Versuch scheiterte, liefen sie davon und begannen, die Reifen von amerikanischen Fahrzeugen aufzuschlitzen, bis eine Polizeieinheit eingriff [34]. Von einer Festnahme ist nichts bekannt.

In der Annahme, dass die Verschwörer FOCUS nicht gelesen hatten, musste Gelowicz' Beharrlichkeit noch einmal getestet werden: Im Juli 2007 soll ihn der Journalist Rainer Nübel von der Zeitschrift STERN besucht haben [35]. War Gelowicz deutschen Medien schon als „Möchtegern-Terrorist" bekannt?

Am Tag vor ihrer Verhaftung geriet die Gruppe in eine Verkehrskontrolle, bei der ihre Papiere überprüft wurden. Als der Polizist ihre Namen im Computer fand, soll er laut den Angeklagten gemurmelt haben: „Das BKA ist nochmal dran" und ließ sie weiterfahren [36].

Fand der Polizist einen Vermerk, wonach die Männer nicht belästigt werden sollten?

Die Mitglieder der Gruppe wussten, dass sie überwacht wurden [37]. Dass sie sich nicht vor einer Festnahme fürchteten und dass die Polizei sie auch nicht verhaftete, deutet auf ein gutes Zusammenspiel hin.



Wasserstoffperoxid verursacht neben Hornhautätzungen charakteristische Brandwunden, die verzögert sicherbar werden und allmählich stechende Schmerzen hervorrufen können, welche nach geraumer Weile wieder verschwinden, (Foto: Johannes Schneider, CC BY-SA 4.0)

Die offenkundige Unbekümmertheit der Verschwörer veranlasste die New York Times zu folgendem Kommentar: „Es ist schwer sich vorzustellen, wie Herr Gelowicz, nach so viel Aufmerksamkeit durch die Polizei, immer noch denken konnte, erfolgreich zu sein" [38].

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) fragte ihrerseits „Waren die angeblichen Terroristen rücksichtslos, dumm oder haben sie weiterhin ihre Handlung trotz der Überwachung fortgesetzt, um von anderen Aktivitäten abzulenken" [39]? Auch die Bild-Zeitung fragte, warum die angeblichen Terroristen – die sich ihrer Überwachung bewusst waren – ihre Verschwörung fortsetzten [40]. Das waren gute Fragen, auf die die Journalisten aber keine Antworten geben konnten oder wollten.

Die V-Leute im Umfeld der Sauerland-Gruppe

Nachträglich gehörten mit Sicherheit zumindest drei V-Leute ins Umfeld der vier Mitglieder der Sauerland-Gruppe.

Yahia Youssif

Ab 2003 soll Dr. Yehia Youssif, ein charismatischer Hassprediger in Neu-Ulm, die Mitglieder der Gruppe für den „Heiligen Krieg" radikalisiert haben [41]. Er soll nicht nur „der Hirnwäscher für etliche Angehörige der Sauerland-Gruppe", sondern auch für deren Dunstkreis „von vierzig, fünfzig jungen Leuten" gewesen sein, von denen viele „inzwischen in Terrorcamps im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet" landeten [42].

Dr. Youssif trug aber noch einen zweiten Hut. Zumindest zwischen 1995 und 2002 arbeitete er als V-Mann für den baden-württembergischen Verfassungsschutz [43]. Nach Angaben des CDU-Politikers Edwald T. Riehtmüller vertrat Dr. Yousif sogar das Amt auf einer internationalen Tagung in London [44]. Es wäre peinlich gewesen, wenn Dr. Yousif im Verfahren gegen die Sauerland-Gruppe hätte einräumen müssen, dass er für den Verfassungsschutz Mitglieder der Gruppe zum Dschihad verführte. Für die deutschen Behörden ein glücklicher Umstand: Vor dem Prozess zog Dr. Yousif von Deutschland nach Saudi-Arabien [45].

Mevlüt Kar

Bereits 2004 soll der Bundesnachrichtendienst über die Geheimdiensttätigkeit des deutsch-türkischen Mevlüt Kar informiert gewesen sein [46]. Laut Gerhard Piper war es Yehia Youssif zu verdanken, dass Mevlüt Kar sich der türkischen Gruppierung Beyyiat El-Imam, deutsch: Imam-Einheit, anschloss, die ihrerseits in Verbindung zur al-Qaida stand [47].

Kar war gleichzeitig Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT und der CIA [48]. Er lieferte Fritz Gelowicz, der zurück nach Deutschland zog, überwiegend defekte Sprengzünder.

Eric Breininger

Einer der V-Männer wohnte sechs Wochen lang mit Daniel Schneider zusammen und leitete „unter anderem" Details über dessen Tagesablauf von seinem Laptop an die Behörden weiter. Er habe „wertvolle Informationen zu Schneider und seinen Kontaktpersonen" geliefert, heißt es in einem Vermerk der Ermittler [49]. Dieser V-Mann war Eric Breininger, der vor der Verhaftung der Gruppe aus Deutschland ausreiste. Er erschien danach in dschihadistischen Propagandavideos, die deutsche Medien genüsslich präsentierten [50].

Am 30. April 2010 soll Breininger, laut Berichten einer nicht näher identifizier-

Quellen:

[1] Peter Carstens, Wie'n zweiter 11. September, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.2008

[2] Ebd.

[3] Sauerland-Angeklagte planten 'Massenmord', Der Spiegel, 2.3.2010

[4] Sven Heymanns, Projekt 6: Geheimes Spionageprogramm von CIA, BND und Verfassungsschutz, WSWS, 13.9.2013; auch: Geheimes Netzwerk der CIA in Neuss aufgedeckt, Die Welt, 8.9.2013

[5] Hatte die CIA eine Kommandozentrale in einer Sparkasse in Neuss? WAZ, 30.6.2013

[6] Peter Carstens, Anm. 1

[7] Prozess Sauerland-Gruppe: Terroristen kaufen monatelang Wasserstoffperoxid, Ruhr Nachrichten, 12.5.2009

[8] Anschläge auf Großstädte geplant, stern, 5.9.2008

[9] Ebd.

[10] Terror-Vorbereitungen mit Hartz IV bezahlt, Welt Online, 6.9.2008

[11] Prozess Sauerland-Gruppe (...), Anm. 7

[12] Nicholas Kulish & Souad Mekhennet, In plot suspect, Germany sees familiar face, The New York Times, 7.9.2007

[13] Christian Rath, Unter den Augen der Polizei, taz, 21.4.2009

[14] Simone Kaiser, Marcel Rosenbach & Holger Stark, Operation Alberich, Der Spiegel, 10.9.2007

[15] Ebd.; auch Peter Carstens, Anm. 1

[16] Ebd.; auch Peter Carstens, Anm. 1

[17] Zitiert in Walter van Rossum, Ein Käfig voller Enten? Recherchen zur Sauerlandzelle, Deutschlandfunk, 12.5.2009

[18] Ebd.

[19] Terror Suspects Will Make Full Confessions, Spiegel Online, 9.6.2009

[20] Ein Deutscher und sein Weg zum heiligen Krieg, Die Welt, 10.8.2009

[21] Yassin Musharbash, Germany Ends Biggest Case Since RAF, Der Spiegel, 4.3.2010

[22] Mitglied der Sauerland-Gruppe lebt in Freiburg – Gefahr für den Papst? Badische Zeitung, 12.7.2012

[23] Holger Schmidt, Gefahr durch entlassene Terroristen? SWR, 18.9.2015

[24] Martin Knobbe, Welche Rolle spielten die Geheimdienste? stern, 4.3.2010

[25] Simone Kaiser et al, Anm. 14,; auch Nicholas Kulish et al, Anm. 12

[26] Peter Carstens, Anm. 1

[27] Holger Stark, Suspect in German Bomb Plot Tells His Story, part 2, Spiegel Online, 15.11.2007

[28] Der innerste Ring, Der Spiegel, 46/2007

[29] Christian Rath, Anm. 13; auch Peter Carstens, Anm. 1

[30] Hans Leyendecker, Mörderisch und höflich, Süddeutsche Zeitung, 17.5.2010

[31] Peter Carstens, Anm. 1

[32] Peter Carstens, Schlag gegen Terror: Viele Fragen bleiben offen, FAZ, 6.9.2007

[33] Islamisten drehten schon Abschiedsvideos, FOCUS, 12.5.2007

[34] Simone Kaiser et al, Anm. 14

[35] Walter van Rossum, Anm. 17

[36] Irene Geuer & Paul-Elmar Jöris, Terror hausgemacht, Deutschlandfunk, 21.4.2009

[37] Susanne Rost & Annika Joeres, Der Anführer der islamistischen Sauerland-Gruppe legt vor Gericht ein Geständnis ab, Berliner Zeitung, 11.8.2009

[38] Irene Geuer et al, Anm. 36

[39] Peter Carstens, Anm. 1

[40] Nikolaus Blome, Die Merkwürdigkeiten im Fall der deutschen Terror-Bomber, Bild, 9.9.2007

[41] Peter Carstens, Anm. 1

ten Kampforganisation in Waziristan ums Leben gekommen sein. Ob er überhaupt starb und wenn ja, wie und wo, ist nicht bekannt. Deutsche Medien berichteten jedoch ausführlich über seinen mutmaßlichen Tod. Dass Breininger als ein V-Mann der Geheimdienste agierte, wurde zwar nicht öffentlich eingeräumt, aber die CIA zeigte sich ungewöhnlich besorgt über die Recherchen des NDR-Journalisten Stefan Buchen.

Er soll gesagt haben, dass der Fall Breininger ihn „nachdenklich gemacht" hätte und er wäre zu dem Ergebnis gekommen, dass sich „Propaganda eines Islamisten und Propaganda der Dienste seltsam ergänzt" hätten. Die CIA soll daraufhin versucht haben, sich mit Hilfe ihrer deutschen Partnerdienste intensiv nach Buchen zu erkundigen. Kam Buchen Informationen über die wahre Rolle Breiningers etwas zu nahe [51] ? Die CIA jedenfalls wusste genau, in welchem Gebäude in Pakistan deutsche Rekruten Breiningers lebten, um sie mit einer Drohne „auszuschalten" [52].

Weitere V-Leute

Die Verteidiger von Adem Yilmaz und Attila Selek erklärten in einer Pressemitteilung, V-Leute der Nachrichtendienste würden in einer Weise an die Gruppe herangeführt, dass diese teilweise zu eigentlichen Akteuren geworden seien. So sei ein V-Mann die „treibende Kraft" bei der erwähnten Ausspähfahrt der Gruppe an Silvester 2006 in Hanau gewesen [53]. Rechtsanwalt Manfred Gnijdic, Strafverteidiger von Fritz Gelowicz, sagte in einem Interview in der Wochenzeitung Freitag, dass die „Kontakte von Geheimdiensten zu Gelowicz und seinen drei Mitstreitern [...] eine sehr hohe Dichte" hatten, ohne dies näher zu erläutern [54].

Es war für die deutsche Justiz sehr praktisch, dass die V-Leute, die sich um die Sauerland-Gruppe tummelten, aus Deutschland rechtzeitig wegzogen und damit für eine Zeugenaussage nicht mehr zur Verfügung standen.

Die Arglosigkeit der Gruppe und ihr dilettantisches Vorgehen legen nahe, dass ihre „Terrorführer" von ihnen nicht einen tatsächlichen Terroranschlag erwarteten, sondern dass sie diese damit beauftragten oder köderten, um eine nützliche Terrorlegende aufzubauen. Dieser Verdacht beruht unter anderem auf dem Ersatz des Wasserstoffperoxids und die Lieferung von defekten Sprengzündern.

Der politische Nutzen

Mit der Enthüllung der mutmaßlichen Verschwörung sollten Medien gefüttert werden, um die Fiktion der Terrorbedrohung weiter zu pflegen. Politiker erhielten erneut einen Anlass, die polizeilichen Befugnisse zu erweitern und den Rechtsstaat auszuhöhlen. Der Fall der Sauerland-Gruppe gab außerdem einen weiteren Anstoß für eine noch engere Zusammenarbeit zwischen deutschen und US-amerikanischen Sicherheitsdiensten.

Laut Paul Schreyer verlief die Einführung neuer Gesetze in Deutschland zügig:

„Noch in der Woche der Festnahmen von Gelowicz und Co. im September 2007 berief Wolfgang Schäuble eine Sondersitzung der Innenminister ein. Er hatte konkrete Forderungen: man brauche nun endlich die Online-Durchsuchung und außerdem müsse bereits der Aufenthalt in Terrorausbildungslagern Straftatbestand werden. Nur wenige Tage später einigten sich die Innenminister auf eine Verschärfung der Antiterrorgesetze. Mission accomplished [55]."

Paul Schreyer, Sachbuchautor und freier Journalist, der für verschiedene Internetplattformen schreibt. (Foto: Kristina Becker, wikimedia, Lizenz: CC BY-SA 3.0 DE)

Die Rolle der Justiz

Schon drei Tage nach ihrer Festnahme unterstellte Ministerialrat August Henning Fritz Gelowitz, der noch als unschuldig

Publiziert auf Free21 am 10.05.2019, 18:00 Uhr

galt, „eine enorme kriminelle Energie." Er wäre „mit Hass gefüllt" [56]. Die Sauerland-Gruppe war von der ersten Minute an in der Öffentlichkeit vorverurteilt. Damit gaben die Behörden dem Gericht die Marschrichtung vor.

Das Gericht versuchte weder die Wahrheit über den Tatverlauf herauszufinden, noch Gerechtigkeit zu sprechen, sondern ein politisch gewünschtes Urteil zu konstruieren. Um diese Konstruktion glaubhaft zu machen, ignorierte das Gericht wichtige Zeugen und Tatbestände, schenkte den Aussagen der Angeklagten volles Vertrauen und unterließ es, unbewiesene Sachverhalte zu prüfen:

Die Rolle der V-Leute im Umfeld der Angeklagten und die Rolle der CIA wurden vom Gericht völlig ausgeklammert.

Das Gericht unterließ es festzustellen, wie die Angeklagten ihre zahlreichen Reisen nach Saudi-Arabien, Syrien, Türkei, Iran und Pakistan und ihren Aufenthalt in diesen Ländern finanzierten.

Das Gericht verließ sich gänzlich auf die Aussagen der Angeklagten über ihre persönliche Entwicklung, Radikalisierung und ihren mutmaßlichen Aufenthalt in Saudi-Arabien, der Türkei, Syrien, Iran und Pakistan.

Das Gericht verließ sich auf die einseitigen Bewertungen des IJU, einer mutmaßlichen „Terrororganisation", der sich drei der Angeklagten angeblich angeschlossen hatten.

Verheimlicht wurden die Namen der beisitzenden Richter; die Urteilsbegründung; die Aussagen der Angeklagten, die einen „tiefen Einblick in die Terrorszene" ermöglichten [57]; die Aufzeichnungen ihrer Telefonate und die Namen der Schleuser, die sie durch den Iran nach Waziristan brachten.

Obwohl die Angeklagten in Waziristan konspiratives Verhalten gelernt haben sollen, verhielten sie sich während der Vorbereitung ihrer mutmaßlichen Anschläge in Deutschland so auffällig und provokativ, dass sie mehrmals von der Polizei gestoppt wurden. Hatten sie ihre Ausbildung vergessen, oder gab es andere Gründe für ihr argloses Verhalten? Das Gericht konnte dafür keine plausible Erklärung bieten.

Die Angeklagten äußerten allerlei Gründe für ihre terroristischen Pläne: Man wollte viele „Ungläubige" töten; es sollten hauptsächlich Amerikaner sein; dann sollte eine Autobombe am Düsseldorfer Flughafen detonieren; mittels eines Anschlags sollte Deutschland gedrängt werden, seine Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen; auch eine Solidaritätsaktion mit den Palästinensern sollte es geben. Das Gericht versuchte nicht zu klären, wieso die Möchtegern-Terroristen nicht einmal den genauen Grund ihrer Aktionen nennen konnten.

Das Gericht klärte nicht, von wem die Angeklagten eine Garage gemietet hatten und wem das Fahrzeug gehörte, von dem sie das Autokennzeichen gestohlen hatten. Wegen dieses Diebstahls wurden sie übrigens nicht angeklagt.

Merkwürdig war die Art, in welcher Gelowicz sich zur Frage der Geheimdienste ausdrückte. Er sagte unter anderem vor Gericht: „Ich habe die Tat nicht gemacht, weil ein Geheimdienst es wollte." Es sei auch niemand „vom Geheimdienst ferngesteuert" worden [58].

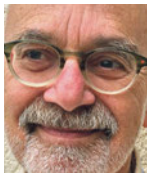
Gelowicz soll nach seiner Aussage den vorsitzenden Richter gefragt haben, ob er „was ausgelassen" habe [59]. Hatte er seine Aussage mit der Staatsanwaltschaft und dem Richter im Voraus abgestimmt?

Obwohl die Journalistin Claudia Wangerin folgende Zeilen nicht spezifisch zum Fall der Sauerland-Gruppe geschrieben hat, treffen sie haargenau auch auf diese Geschichte zu:

> Mehr denn je stellt sich jetzt die Frage, wie viele Politiker die Geheimdienste fürchten müssen – und wie groß der ‚tiefe Staat' ist, das kriminell-faschistoide Netzwerk im Sicherheitsapparat, das sich in der ausgehöhlten bürgerlichen Demokratie breitgemacht hat wie ein Krebsgeschwür. [...] Die Arbeitsplätze bei den Geheimdiensten sind sicher – notfalls erfinden sie Anschläge, die sie verhindert haben [60]."

[42] Ebd.
[43] Eren Güvercin, Dubiose Machenschaften des Verfassungsschutzes sind nichts Neues, Telepolis, 17.11.2011
[44] Sebastian Range, Konstrukteure des Terrors, Hintergrund, 27.1.2011
[45] Paul Schreyer, Ferngelenkte Terroristen?, Telepolis, 13.3.2010
[46] V-Mann unter Beschuldigten, Frankfurter Rundschau, 5.8.2009
[47] Gerhard Piper, Das Arbeitsleben des V-Manns Mevlüt Kar in Deutschland, Telepolis
[48] Rainer Nübel, Mutmaßlicher CIA-Mann war 'der Chef', stern, 4.2.2009
[49] Geheimdienste unterwanderten früh die Sauerland-Gruppe, Der Spiegel, 6.9.2008
[50[Hamburger Abendblatt, 22.10.2008; Die Welt, 21.10.2008; Tagesspiegel, 20.10.2008; Deutsche Welle, 22.10.2008; Badische Zeitung, 23.10.2008
[51] Hans Leyendecker, Heikle Fragen, Süddeutsche Zeitung, 9.9.2013
[52] Die CIA kannte den Wohnort der Deutschen, Badische Zeitung, 6.10.2010
[53] Yassin Musharbash, Sauerland-Prozess: Verteidiger beklagen unfaires Verfahren, Spiegel Online, 22.4.2009,
[54] Jürgen Elsässer, Unklar: Die Verwicklung der Geheimdienste - Interview mit Rechtsanwalt Manfred Gnjidic, Der Freitag, 11.8.2009
[55] Paul Schreyer, Anm. 45
[56] Nicholas Kulish and Souad Mekhennet, Anm. 12
[57] Ein Deutscher und sein Weg zum heiligen Krieg, Die Welt, 10.8.2009
[58] Zweiter Angeklagter legt Geständnis ab, Süddeutsche Zeitung, 17.5.2010
[59] Hans Leyendecker, Anm. 30
[60] Claudia Wangerin, Krebsgeschwür muss weg, junge Welt, 8.4.2016

Autor: Elias Davidsson



wurde in Palästina als Sohn deutscher Eltern mit jüdischem Glauben geboren, die zur Zeit der Nazis aus Deutschland emigriert waren. Er studierte Klavier, Harmonie und Kontrapunkt in Haifa, später Klavier und Komposition in Köln, Freiburg und Basel, leitete eine Musikschule in Island und war auch als Kirchenmusiker tätig. Seit den 1990er Jahren befasst er sich mit Völkerrecht und verdecktem Staatsterrorismus. Zuletzt erschienen von ihm „Hijacking America's Mind on 9/11", „The Betrayal of India: Revisiting 26/11" und „Psychologische Kriegsführung und gesellschaftliche Leugnung".

Dieser Text wurde zuerst am 15.01.2019 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/nutzliche-angstmacher-2› veröffentlicht. Lizenz: Elias Davidsson, Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=32042›

Gelbwesten-Stellungnahme zu den Ereignissen in Paris am 16.3.

Die folgende Stellungnahme kommt von der Gelbwesten-Gruppe „Cervaux non disponibles“ und betrifft die gewaltvollen Ereignisse vom 16. März 2019. Aus dem Französischen übersetzt von Ollie Richardson, Auszug aus einem längeren Artikel und einem Twitter-Thread mit vielen Videos [1] (https://twitter.com/O_Rich_/status/1106853155579588608)von ihm, aus dem Englischen übersetzt von Fritz Kollenda

von Ollie Richardson

Foto: flickr / Patrice Calatayu, Lizenz: CC BY-SA 2.0 4.

„Es ist erledigt: Der 16. März bleibt unter den wichtigen Daten der sozialen Bewegung der Gelbwesten (Gilets Jaunes) eingraviert.

Angesichts politischer, medialer und wirtschaftlicher Gewalt ist es notwendig, die Dinge klar zu sagen, ohne Heuchelei.

Beginnen wir mit den Fakten: Es ist wahr, dass viele GJ (Gilets Jaunes = Gelbwesten, Anm. der Red.) für diesen Act 18 nach Paris gekommen sind, um über das System hinauszugehen und das Management der „öffentlichen Ordnung“ zu untergraben. Sie waren vielleicht nicht in der Mehrheit, aber sie waren ziemlich zahlreich und entschlossen, Ergebnisse zu erzielen. Diese Tausende von GJ waren nicht alle ein Teil der Black-Block-Taktik. Es gab viele GJ zum ersten Mal mit nur ihren Westen, Masken und Goggles. Es gab auch einige Demonstranten in einem Block, ob in schwarzem K-Weg und/oder in gelber Weste.

Vor allem aber waren alle Demonstranten voll in die Demonstration des Tages eingebunden. Es gab noch nie eine Aufteilung in Gruppen von „nettte GJ“ und „bad rioters“. Die überwiegende Mehrheit der anwesenden Demonstranten unterstützte oder akzeptierte die offensiven Aktionen, ohne unbedingt dasselbe tun zu wollen.

Mehrere Videos zeigen die Ankunft eines Blocks von dreißig Demonstranten, der von einer Ehrengarde und einem Applaus auf dem Place de l‘Etoile am Vormittag begrüßt wird.

Und ja, es schockiert dich und kann dich stören. Aber so sieht die Realität in Frankreich im Jahr 2019 aus: Zehntausende von Bürgern sind sich heute einig, dass der Kampf offensiv geführt wird. Du kannst sie diskreditieren, sie Zerstörer, Komplizen, Hooligans, Rassisten oder Anarchisten nennen. Du kannst versuchen, ihnen ganz die Menschlichkeit wegzunehmen.

Aber die Realität ist ganz anders: Es ist nicht zum Vergnügen, dass diese Menschen gewalttätige Handlungen akzeptieren (und/oder fördern). Es ist eine Notwendigkeit. Es geht nicht um die Gewalt selbst, sondern um ihre Folgen im sozia-

Publiziert auf Free21.org am 23.3.2019, 6:00 Uhr

len Kampf. Folgen, unvermeidlich ungewiss und manchmal gefährlich, die aber einen positiveren Horizont darstellen als der aktuelle soziale Status quo.

Ganz im Ernst, tief drinnen, seht ihr nicht, dass der Act 18 (die 18. Demonstration der Gelbwesten. Anm. d. Red.) wegen dieser Exzesse eine sehr wichtige Auswirkung auf die Politik und die Medienwelt hatte? Dass die gleiche Anzahl von Demonstranten bei einer erklärten Kundgebung, bei der „nichts passiert ist", von denselben Politikern und Medienagenturen völlig missachtet und verachtet worden wäre?

Es sind nicht die GJ, die nur die Sprache der Gewalt und Macht verstehen, es ist das gegenwärtige System. Wie könnte man in dieser Gesellschaft, in der man der wildeste und mächtigste sein muss, hoffen, die Situation zu ändern, indem man schwach und zahm bleibt?

Die Massenmedien sind nur an einer Bewegung interessiert, in der es „sensationelle" Bilder gibt, die die Einschaltquoten der Zuschauer erhöhen. Zwei Tage vor Act 18 fand in der Bourse du Travail ein Treffen zwischen Persönlichkeiten der Bewegung und Intellektuellen statt.

Der Ort war voll und Hunderte von Menschen blieben draußen. Warum nicht über diese konstruktive und friedliche Initiative sprechen? Warum haben sich mehrere Wochen lang Tausende von GJ in den Städten versammelt, ohne dass sich die Medien dafür interessieren? Weil es nichts mehr gibt, was man den Zuschauern „verkaufen" kann.

Auf der politischen Seite schien die Regierung in 17 Wochen nur während der gewalttätigsten Akte von Ende November und Anfang Dezember Zugeständnisse zu machen. Dort, wie durch Zufall, nach fast zwei Monaten, in denen die Regierung das soziale Thema und die Gelben Westen völlig verachtete, verkürzte Macron seinen Urlaub, um die Dinge in die Hand zu nehmen. Wir wissen, dass er soziale Fragen nicht direkt aufgreifen wird und dass er das Thema GJ ausschließlich durch seine Gewaltlupe angehen wird. Aber zumindest kommt die Frage wieder auf den Tisch.

Um es klarzustellen: Die politische Macht respektiert die tiefen Gründe für die Wut ihres Volkes nicht. Was sie interessiert, ist die Ruhigstellung dieser Wut, für ihre eigene Ruhe und die aller Mächtigen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron (Foto: U.S. Department of State from United States, public domain)

Macron sagt, dass die Anwesenden gestern auf den Champs-Élysées die Republik „zerstören" wollen. Weil die Republik Fouquet gehört? Cartier? Den Banken?

Diese Regierung hat, wie alle anderen auch, Millionen von Bürgern verunglimpft, sie in ein immer unerträglicher werdendes Prekarität versetzt, auch wenn die Milliardäre immer reicher und reicher werden. Wie viele Menschen wurden in den letzten vier Monaten, in denen die Gelbwesten gekämpft haben, zu Arbeitslosen gemacht, um ihr Geschäft profitabler zu machen? Wie viele Rentner sind weiter in die Schieflage geraten? Wie viele Patienten konnten aus Mangel an Mitteln nicht die notwendige Versorgung erhalten?

Wie viele Todesfälle hat diese liberale Politik in vier Monaten Kampfzeit verursacht? Die Zahlen kennt keiner, aber es ist offensichtlich, dass sie kolossal sind.

Der Ultraliberalismus tötet, verletzt und zerstört Leben und Familien. Es geht nicht um „große Worte", um den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Es ist völlig sachlich. Und viele Yellow Vests auf dem Land oder in den Vororten kennen es sehr gut, da sie es täglich leben.

Wenn ihr also denkt, dass Bürger, die eine Bank zerstören oder eine Barrikade errichten, Feinde der Republik sind, aber diejenigen, die Arbeitsplätze abbauen und sich durch das Elend dieser Bürger bereichern, Freunde der Republik sind – und außerdem ihre Beschützer, dann haben wir eine ganz andere Vorstellung davon, was die Republik sein sollte.

Wenn dich die Gewalt eines verwüsteten Luxusgeschäfts viel mehr stört als Menschen, die sterben oder in Armut geraten – ja, dann wir sprechen nicht die gleiche Sprache.

Dein moralischer Kompass ist nicht derjenige, der in uns lebt. Selektiv moralisch zu sein bedeutet, unmoralisch zu sein. Du bist unmoralisch. Und du kannst die GJ als Feinde der Republik behandeln, aber sie werden viel moralischer und viel näher an den Werten der Republik bleiben als du.

Und hör auf, dich von der Gewalt einer sozialen Bewegung beleidigen zu lassen, wenn du diese Bewegung leugnest und völlig ignorierst, außer in Fällen von Gewalt.

Nur dann können wir über Moral diskutieren."

Quellen und Anmerkungen:

[1] Twitter-Thread von Ollie Richardson vom Act 18, der 18. Demo der Gelbwesten in Paris vom 16.3.2019 mit vielen Videos *<https://twitter.com/O_Rich_/status/1106853155579588608>*

Ausführlicher Text von Ollie Richardson mit zeitlicher Abfolge der Gelbwesten-Demonstrationen und den Hintergründen *<https://www.theblogcat.de/archiv/archiv-2019/m%C3%A4rz-2019/>*

Übersetzung der Forderungen der Gelbwesten: *<https://deutsch.rt.com/europa/80823-manifest-gelbwesten-ende-austeritatspolitik-volksentscheide/>*

Autor: Ollie Richardson

Ollie Richardson ist Autor für www.stalkerzone.org, schrieb für globalresearch.ca und thesaker.is. Ollie war einer von zwei Übersetzern, die die Untertitel für den Dokumentarfilm „8 Monate in der Ukraine (Euromaidan - MH17)" lieferten, der vom in Brisbane lebenden Musiker Chris Nolan produziert wurde. Auf Twitter: https://twitter.com/O_Rich_

Dieser Text wurde zuerst auf Englisch am 17. März 2019 unter der URL ‹https://www.stalkerzone.org/french-yellow-vests-statement-about-events-on-march-16-in-paris/› veröffentlicht und auf Deutsch am 19.03.2019 auf theblogcat unter der URL ‹https://www.theblogcat.de/archiv/archiv-2019/märz-2019/› veröffentlicht. Lizenz: theblogcat

‹http://www.free21.org/?p=32056›

Französische **Künstler** lassen sich „nicht für dumm verkaufen“

Ihre Solidarität mit den Gelbwesten haben prominente französische Künstler in einem feurigen Appell formuliert. Leider ist eine solch eindeutige Unterstützung sozialen Protests von der deutschen Kulturszene nicht zu erwarten. Die deutsche Kulturszene schweigt zum Sozialen

Von Tobias Riegel für die Nachdenkseiten.de

Einen Appell der Solidarität mit der Bewegung der Gelbwesten haben französische Kulturschaffende veröffentlicht. Der von 1400 teils prominenten Künstlern und Kulturarbeitern unterschriebene Aufruf [1] in der Zeitung „Libération“ lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Diese klare Positionierung französischer Künstler gegen Auswüchse wirtschaftsliberaler Politik lässt fragen, warum ein vergleichbares Signal von der deutschen Kulturszene nicht zu erwarten ist.

Die bedrohlichste Form der Gewalt ist „sozial und ökonomisch“

Der Aufruf wurde unter anderem von der Schauspielerin Juliette Binoche, der Schriftstellerin Danièle Sallenave und zahlreichen weiteren Künstlern [2] aus der ersten Reihe der französischen Kulturszene unterzeichnet, darunter berühmte Musiker, Schriftsteller und Regisseure. In dem Appell wird zum einen die Polizeigewalt gegen die Demonstranten scharf kritisiert. Aber die bedrohlichste Form der Gewalt sei „sozial und ökonomisch“:

> „Die bedrohlichste Gewalt ist die wirtschaftliche und soziale. Es ist die Gewalt einer Regierung, die die Interessen einiger weniger auf Kosten aller verteidigt. Es ist die Gewalt, die die Körper und Köpfe derjenigen kennzeichnet, die sich bei der Arbeit ruinieren, um zu überleben.“

Gegen die Medien-Propaganda

Die Gelbwesten seien „eine Bewegung, die alle kulturellen Berufe repräsentiert. Eine Bewegung, die durch die Regierung diskreditiert und unterdrückt“ werde, so der Text. Den medialen Versuch, einen Graben zwischen den Demonstranten und den „normalen“ Bürgern und konkret der Kulturszene zu ziehen, erteilen die Unterzeichner eine Absage:

Foto oben: Demonstration der Gelbwestenbewegung im französischen Belfort am 22. Dezember 2018. (Foto: flickr / Thomas Bresson, Lizenz: CC BY 2.0)

Publiziert auf Free21.org am 29.5.2019, 6:00 Uhr

> Was sie verlangen, verlangen sie für euch alle. Wir sind diejenigen, die die gelben Westen tragen. Wir, Künstler, Techniker, Selbstverwalter all dieser kulturellen Berufe, ob prekär oder nicht, sind von dieser historischen Mobilisierung zutiefst betroffen."

Und auch den dominanten Medienkonzernen rufen die Unterzeichner zu:

„Wir lassen uns nicht täuschen! Wir können die übermäßig abgenutzten Strategien sehen, mit denen die Gelbwesten diskreditiert werden sollen, die als Antiökologen, Extremisten, Rassisten beschrieben werden."

Ein Appell ohne Hintertür – Ein mutiger Schritt

In deutschen Medien hat dieser Vorgang entsprechend wenig Widerhall gefunden, so haben nur der „Tagesspiegel" [3] und die „FAZ" [4] (Bezahlschranke) darüber berichtet. Der „Tagesspiegel" räumt immerhin ein, dass „die Medienversion von den Gelbwesten als einer gewaltbereiten Horde antisemitischer, homophober Rechtsradikaler nicht zu halten ist".

Als ein Defizit des Appells könnte man die nicht ausreichende Thematisierung der Privatwirtschaft und des Einflusses von Konzernen auf die Handlungen der zu Recht scharf kritisierten Regierung anführen. Dennoch ist dieser Aufruf in seiner Leidenschaft und Klarheit eine positive Überraschung. Er ist ein mutiger Schritt – denn er transportiert keine verdruckste Pseudo-Solidarität mit Hintertür, sondern eine für die Unterzeichner riskante Stärkung von Menschen, die in aufwendigen Medienkampagnen als rechte Hooligans gezeichnet werden.

Ist Juliette Binoche ein anti-ökologischer Nazi-Hooligan?

Ein solch eindeutiger Schritt ist aus Deutschland nicht bekannt. Eine ähnlich kompromisslose Abrechnung prominenter Kulturschaffender mit dem wirtschaftsliberalen System in einem relevanten Medium (und eben nicht auf einem unbemerkten Nischen-Podium) steht aus und wird schmerzlich vermisst. Denn Propaganda ist nur dann besonders effektiv, solange sie auf keinen (akzeptierten und hörbaren) Gegenpol trifft.

Einen solchen Gegenpol haben die französischen Künstler nun geschaffen: Wer die Gelbwesten als anti-ökologische Nazis verunglimpft, schließt ab jetzt die Schauspiel-Ikone Juliette Binoche in dieses Urteil ein. Das macht es den Medienkonzernen erheblich schwieriger, mit dieser Diffamierung fortzufahren. Möglicherweise werden sie sich aber die Unterzeichner merken. Mit zeitlichem Abstand zum Appell ist eine mediale Retourkutsche gegen die engagierten Kulturschaffenden nicht ausgeschlossen.

Grafik aus einem Pro-Gelbwesten-Facebook-Posting der deutschen Aufstehen-Bewegung vom 7.12.2018. (Grafik: Aufstehen.de, Lizenz: CC BY 2.0)

Solche Retourkutschen können sehr schmerzhaft sein. In Deutschland konnte man etwa am Beispiel Peter Handke [5] beobachten, wie ein Künstler medial fertiggemacht wird, der es etwa wagte, sich gegen die dominante offizielle Propaganda vor dem Jugoslawienkrieg [6] zu stellen.

Große und kleine Medien gegen Gelbwesten und „Aufstehen"

Die großen deutschen Medien stehen den Gelbwesten ähnlich feindlich gegenüber wie der Sammlungsbewegung „Aufstehen", wie die NachDenkSeiten etwa hier [7] oder hier [8] beschrieben haben.

Ein Beispiel dafür, wie diese „Kritik" aber auch von kleinen Medien und von pseudolinker Seite befeuert wird, liefern etwa die „Blätter" [9], die schreiben, ein Teil der französischen Linken, aber auch einige ihrer deutschen Genossen, darunter Sahra Wagenknecht, würden „in den Gilets Jaunes vor allem eine klassenkämpferische Bewegung der Unterprivilegierten sehen. Bei näherer Betrachtung erweist sich das allerdings als gefährliche Illusion: Diese Bewegung befördert weniger die soziale Gerechtigkeit als eine Abwendung vom republikanischen Konsens. Unter dem Gelb der Warnwesten findet sich, neben dem Rot, auch sehr viel Braun."

Engagierte Künstler leben gefährlich

Angesichts des Risikos der sozialen und beruflichen Isolierung ist das Zögern vieler Künstler gegenüber einer Positionierung pro Gelbwesten oder pro Friedensbewegung nicht überraschend. In diesem Text soll auch keine pauschale Verpflichtung für politische Positionierungen durch Künstler eingefordert werden! Im Gegenteil: Die Qualität und Eigenständigkeit vieler aktueller Kunstproduktionen leiden sehr unter einer scheinbar engagierten und in Moral getränkten Pseudo-Politisierung, auf die gut verzichtet werden könnte.

Künstler haben jedes Recht, sich vom real-existierenden Polit-Betrieb abzuwenden. Problematisch und aufreizend wird es aber, wenn zur sozialen Frage einerseits geschwiegen wird – andererseits aber ein Engagement vorgeschützt wird: Dieses „Engagement" entpuppt sich mitunter schnell als Verteidigung der aktuellen, vor allem privat dominierten Machtstrukturen.

Das neue Pseudo-Engagement: Von „Pulse Of Europe" bis „Tu was für Europa"

Unter diesem Label kann mutmaßlich die „neue und parteiübergreifende" Initiative „Tu was für Europa" [10] , eingeordnet werden, für die sich unter anderem der prominente deutsche Schauspieler Daniel Brühl einsetzt. In eine ähnliche Richtung geht eine Aktion „von Künstlern für Künstler" [11], bei der „Kreative Ideen entwickeln sollen, wie man Bürger wieder für Europa begeistern könne. Denn Europa drohe von ‚nationalistischen und

spaltenden Kräften' zerrieben zu werden. Zum problematischen Charakter der Kampagne „Pulse Of Europe" [12], die ebenfalls von Sternchen der Kulturszene unterstützt wird, findet Ulrike Guérot in der „taz" die passenden Worte:

> „Wir machen das ganz toll – und wenn die anderen das machen wie wir, schaffen die das auch. Nur leider sind die nicht so toll. Darüber, was wirklich passiert ist, haben die FAZ oder die Bild doch nicht berichtet. Und jetzt auf einmal kommt aus der deutschen Zivilgesellschaft heraus dieses Moment für Europa. Natürlich verstehen das die Menschen in den europäischen Nachbarländern nicht unbedingt."

Diese hier genannten Appelle, Bewegungen und Events haben keine Probleme, Künstler zu finden, die die Bühnen bespielen oder die ihr Gesicht „für Europa" in die Kamera halten. Doch Aufrufe gegen Hartz-IV-Schikane, für einen würdigen Mindestlohn, für eine gerechte Steuer- und Rentenpolitik, für eine Rückeroberung staatlicher Souveränität gegenüber der Privatwirtschaft oder für eine Aussöhnung mit Russland müssen noch immer weitgehend auf prominente Namen aus der deutschen Kulturszene verzichten.

Künstler für das „Zentrum für politische Schönheit" und gegen Putin

Das weitgehende Schweigen der Kulturszene zur sozialen Frage sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Kulturschaffende gegen das Prinzip des „engagierten" Aufrufs nicht einzuwenden haben. So engagieren [13] sie sich für das problematische „Zentrum für politische Schönheit" und manche Künstler unterzeichnen gar Petitionen gegen Putin [14].

Nicht ganz so kritisch zu sehen sind Initiativen „gegen Rechts" wie etwa das hier [15] von Albrecht Müller zu Recht dekonstruierte „Unteilbar" oder die von Berliner Kulturschaffenden angestoßene „Erklärung der Vielen" [16]. Hinter beiden „Bewegungen" stehen viele Forderungen, die man sofort unterschreiben kann. Interessanter und problematischer sind jene Aspekte, die bei dieser Fokussierung auf den Kampf „gegen Rechts" nicht thematisiert werden: Die wirtschaftsliberale Politik als eine zentrale Ursache des Rechtsrucks wird verschwiegen und damit beschützt. Diese Konzentration der „linken" Analyse auf Symptome (den Rechtsruck) ist unbefriedigend und wird das fortschrittliche Lager weiter spalten.

Kultur als Teil des Verteidigungsbündnisses für die neoliberale Ordnung

So erscheinen die Initiativen von „Pulse Of Europe" bis „Unteilbar" trotz ihrer teils schönen Formulierungen doch als Verteidigungsbündnisse des neoliberalen Status Quo: Demnach sollen die „Errungenschaften" des wirtschaftsliberalen Systems (von innen) gegen die „rechten Horden" und (nach außen) gegen Russland verteidigt werden.

Darauf kann man nun auch in den Worten von prominenten französischen Künstlern antworten: Die „Hasssprache" der Nazis und die „Propaganda" der Russen mögen Probleme bereiten – aber die wahren Probleme liegen laut Appell woanders: „Die bedrohlichste Gewalt ist die wirtschaftliche und soziale."

Es gibt positive Ausnahmen in der deutschen Kulturszene

Eine seltene und darum besonders bemerkenswerte Ausnahme von diesem Mainstream der deutschen Kulturschaffenden ist etwa der Dramaturg Bernd Stegemann, der eine wichtige Rolle bei der Sammlungsbewegung „Aufstehen" spielt. Zu nennen [17] wären auch etwa der Schauspieler Sebastian Schwarz von der Berliner Schaubühne, der Soziologe Wolfgang Engler oder der Schriftsteller Eugen Ruge. Mit starken inhaltlichen Abstrichen könnte man auch noch den Konzept-Künstler Jochen Gerz [18] oder den Schriftsteller Robert Niemann [19] nennen. Sicher gibt es noch weitere in dieser Art engagierte Kulturschaffende, die hier nun keine Erwähnung finden.

Stegemann benennt [20] eine mögliche Erklärung für die Berührungsängste der „Linken" und der Kulturschaffenden mit der sozialen Frage:

> „Einer interessanten Theorie zufolge haben sich die linken Kräfte in den Neunzigern mit dem Erstarken von Globalisierung und Neoliberalismus ein neues Betätigungsfeld gesucht. Weil sie merkten, dass ihnen die Mittel aus der Hand genommen wurden, die soziale Frage noch machtpolitisch zu stellen, haben sie sich auf das neue Feld der symbolischen Anerkennung verlegt. Damit haben sie unwillentlich ein Bündnis geschlossen, das Nancy Fraser ‚progressiven Neoliberalismus' nennt."

Wenn „linke" Intellektuelle in den Chor einstimmen: „Uns geht es doch gut!"

Der Umgang mit der Sammlungsbewegung „Aufstehen" war ein guter Test für diese Theorie. Die teils offene Feindschaft der Künstler und Intellektuellen gegenüber „Aufstehen" muss als schockierend bezeichnet werden. Ein besonders drastisches Beispiel für diese Gegnerschaft ist Klaus Staeck. Der einstige Polit-Grafiker und Ex-Chef der Akademie der Künste sieht [21] in der Sammlungsbewegung „republikbekannte linke Spieler am Werk". Diese infame Haltung hat Albrecht Müller hier [22] eingeordnet und selbst der „Deutschlandfunk" [23] kommentiert diese reflexhafte Abwehr der Kulturschaffenden:

> „Es sind Stimmen, die in aller Eile ihre eigenen Grenzlinien markieren, bevor eine andere Seite, die bisher nur Luft geholt hat, überhaupt spricht. Offenbar wird eine erhebliche Störung der Ruhe befürchtet. Als wollten sie sagen: Okay, es fehlen Zehntausende Schullehrer, Hunderttausende Kitaplätze und Zehntausende Pflegekräfte. Die Aufstiegschancen für Kinder aus der Unterschicht sind im europäischen Vergleich mit die schlechtesten. Ein paar Millionen Vollbeschäftigte können nicht von ihrer Arbeit leben. Aber es ging uns doch noch nie so gut!"

Publiziert auf Free21.org am 29.5.2019, 6:00 Uhr

Quellen:

[1] <https://www.liberation.fr/debats/2019/05/05/gilets-jaunes-nous-ne-sommes-pas-dupes_1725126>
[2] <http://www.nousnesommespasdupes.fr/>
[3] <https://www.tagesspiegel.de/kultur/gelbwesten-proteste-kuenstler-gegen-macron/24309860.html>
[4] <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/franzoesische-kuenstler-solidarisieren-sich-mit-gelbwesten-16173712.html>
[5] <https://www.hintergrund.de/medien/keine-gerechtigkeit-fuer-peter-handke/>
[6] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50139>
[7] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=50147>
[8] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=48320>
[9] <https://blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2019/april/der-aufstand-der-gelbwesten-eine-rechte-revolte>
[10] <https://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2019/05/10/parteiuebergreifendes_engagement_kampagnenstart_des_dlf_20190510_0550_f4c11594.mp3>
[11] <https://www.noz.de/deutschland-welt/kultur/artikel/1181368/aufruf-von-kuenstlern-fuer-kuenstler-kreative-sollen-fuer-europa-werben>
[12] <https://pulseofeurope.eu/>
[13] <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/offener-brief-fuer-die-freiheit-der-kunst-gegen-ermittlungen-gegen-das-zps-a-1262320.html>
[14] <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/russische-botschaft-in-berlin-hunderte-protestieren-gegen-krieg-in-aleppo-25240120>
[15] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=46491>
[16] <https://www.dievielen.de/erklaerungen>
[17] <https://www.zeit.de/2018/33/sahra-wagenknecht-sammlungsbewegung-aufstehen-dramaturg-bernd-stegemann/seite-2>
[18] <https://www.welt.de/print/die_welt/kultur/article192205647/Alle-Kuenstler-sind-Menschen.html>
[19] <https://www.zeit.de/kultur/literatur/freitext/neoliberalismus-widerstand-demokratie-marktwirtschaft>
[20] <https://www.tagesspiegel.de/kultur/aufstehen-sammlungsbewegung-die-angst-war-vorher-da/23194296.html>
[21] <https://www.lr-online.de/nachrichten/politik/kuenstler-klaus-staeck-kritisiert-wagenknechts-sammlungsbewegung-scharf_aid-24217251>
[22] <https://www.nachdenkseiten.de/?p=45643>
[23] <https://www.deutschlandfunkkultur.de/linke-initiative-aufstehen-die-beissreflexe-der-schnell.1005.de.html?dram:article_id=425984>

Autor: Tobias Riegel

ist Journalist und lebt und arbeitet in Berlin. Er hat für verschiedene Berliner Tageszeitungen gearbeitet, in den letzten Jahren vor allem für „neues deutschland“ und „RT“.

Dieser Text wurde zuerst am 10.05.2019 auf www.nachdenkseiten.de unter der URL ‹https://www.nachdenkseiten.de/?p=51602› veröffentlicht. Lizenz: IQM e.V./Albrecht Müller

‹http://www.free21.org/?p=32058›

Alternative Medien vorgestellt – #5:

www.luftpost-kl.de

Seitenname: Luftpost

Seiten-Typ: Blog

Betreiber: Wolfgang Jung

Themenschwerpunkte: Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein

Die Selbstbeschreibung der Luftpost ist kurz und knapp. „Wir berichten in der LUFTPOST über friedenspolitisch bedeutsame lokale und regionale Ereignisse und ihren Zusammenhang mit überregionalen und weltweiten Entwicklungen. Unsere Informationen beziehen wir aus allgemein zugänglichen, verlinkten Quellen. Englische Texte werden übersetzt und meist kommentiert.“

Das macht bei weitem nicht die ungeheure Arbeit deutlich, die Wolfgang Jung in Zusammenarbeit mit seiner Ehefrau Fee Strieffler seit 2004 leisten. Die beiden, die ganz in der Nähe von Ramstein leben, sind „Friedensaktivisten der ersten Stunde“, haben sich ihr ganzes politisches Leben für den Frieden engagiert. Zunächst auf der Straße in den unterschiedlichen Formen, seit 2004 auch im Netz, als sie mit der Herausgabe der Luftpost begonnen haben. Den Grund dafür findet man in der ersten Ausgabe: Weil die regionale Monopolzeitung DIE RHEINPFALZ keine Ankündigungen und Leserbriefe von Fluglärmgegnern und Kritikern der US-Air Base Ramstein mehr druckte, wurde die LUFTPOST geboren.

Wer wissen möchte, was die US-amerikanischen Militärs vorhaben, braucht eigentlich nur die Webseite der Luftpost zu besuchen. Ob beim Department of Defense oder auf den Webseiten der verschiedenen US-Headquarters: das US Militär erzählt, was geplant ist. Es hört nur keiner hin, es nimmt nur keiner ernst – und in manchen Fällen versteht man es einfach nicht, weil das militärische English für manchen ein Hindernis darstellt.

Hier schafft die Luftpost Abhilfe. Wolfgang Jung übersetzt akribisch, was man auf offiziellen US-amerikanischen Seiten finden kann. Fee Strieffler redigiert und sorgt für die Verbreitung der Informationen. Alle Quellen werden direkt im Original beigefügt und selbstverständlich auch verlinkt. Das Motto von Free21 „Power to the Paper – Das Internet auf Papier gebracht“ ist auch für Jung und Strieffler sehr wichtig, da man sich nie sicher sein kann, ob das Internet nicht doch irgendwann dazu gebracht wird „zu vergessen“. Daher haben die beiden ein umfangreiche Bibliothek in ihrem Haus aufgebaut, in dem sie alle Originaldokumente in Papierform archiviert haben. Darüber hinaus erscheinen die Dokumente in PDF-Form. So ist sichergestellt, dass die Veröffentlichungen auch online nicht so leicht manipulierbar sind.

Zwei bis vier Artikel gehen pro Woche online. Es werden nicht nur Verlautbarungen offizieller Stellen veröffentlicht, sondern auch die Artikel wichtiger englischsprachiger Friedensaktivisten und Medienschaffender, wie zuletzt u.a. Ray McGovern, Medea Benjamin und Nicolas J. S. Davies, die Veteran Intelligence Professionals for Sanity oder des britischen Journalisten Finian Cunningham.

Niemand kann sagen, man habe mangels Sprachkenntnissen nicht wissen können, was die USA vorhaben, da man es hier nachlesen kann – und das auf Deutsch! *Andrea Drescher*

Foto: Pixabay, CCo

Wie der Bundestag mit der IT-Lobby an der **„Welt ohne Bargeld“** arbeitet

Offiziell sind Bundesregierung und alle nennenswerten Parteien Freunde des Bargelds, die sich eine Welt ganz ohne dieses weder vorstellen können noch mögen. Aber im Hintergrund wird daran gearbeitet.

von Norbert Häring

So hat ein Bundestagsausschuss ein IT-Beratungsunternehmen beauftragt, den Weg zur „Welt ohne Bargeld“ näher zu beleuchten. Dabei sollen auch jene Länder in den Blick genommen werden, die bereits heute Vorreiter in der Abschaffung des Bargelds sind.

Im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung läuft eine Untersuchung mit dem unheilverkündenden Namen „Welt ohne Bargeld – Veränderungen der klassischen Banken- und Bezahlsysteme“ [1]. Im Auftrag des Bundestags soll ab September ein Team des Beratungsunternehmens VDI/VDE-IT [2] „neue Anwendungsfelder disruptiver, innovativer Bezahlsysteme“ beschreiben. „Dabei sollen auch jene Länder in den Blick genommen werden, die bereits heute Vorreiter in der Abschaffung des Bargelds sind“, wird der Auftrag auf der Bundestagswebsite beschrieben. VDI/VDE-IT wird vom Ingenieursverband VDI und der IT-Lobby VDE, getragen, dem Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik [3]. Dieser „ist einer der großen europäischen Verbände, der sich für die Belange der Branchen und Berufe aus Elektro- und Informationstechnik einsetzen.“

VDI | VDE | IT

Wenn man Böcke fragt, ob Gärten einen hohen Zaun brauchen, ist die Antwort absehbar. Wenn man die IT-Branche fragt, ob der Zahlungsverkehr digitalisiert werden sollte, auch. Entsprechend liest sich nicht nur der Titel des Untersuchungsprojekts, sondern auch die Beschreibung so, wie ein IT-Lobby sich das wünschen würde. Das fängt schon beim ersten Satz an, der die oft wiederholte Falschbehauptung zum Besten gibt: „Kaum ein Land hält der Zahlung mit Bargeld so die Treue wie Deutschland.“ Damit soll uns und den Parlamentariern der Eindruck vermittelt werden, Deutsche seien in dieser Hinsicht altmodisch und sonderlich. Es gibt aber in Wahrheit sehr viele Länder in denen Bargeld eine größere Rolle spielt als in Deutschland, auch Industrieländer.

Wie wenig ergebnisoffen die Untersuchung angelegt ist, sieht man u.a. daran, wie die Argumente für die Beibehaltung des Bargelds aus Sicht der Bevölkerung behandelt werden. Sie werden nur knapp erwähnt und dann gleich mit Gegenargumenten konterkariert: „Als wichtiges Argument für die Beibehaltung des Bargelds

Autor: Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Publiziert auf Free21 am 27.05.2019, 19:00 Uhr

wird neben der Diskriminierungsfreiheit meist die Anonymität von Zahlungsvorgängen angeführt, da Bargeld nicht mit personenbezogenen Daten verknüpft ist. Gleichzeitig wird diese Privatheit durch die auch in Deutschland sehr weit verbreitete Nutzung von Payback-Karten oftmals konterkariert. Die Privatheit des Bargeldes erleichtert zudem die Geldwäsche."

Erkennbar viel wichtiger als die Interessen der Bevölkerung sind denen, die diese Untersuchung vorantreiben, die Belange der IT-Branche und der Finanzbranche.

Das Beratungsunternehmen soll eine Literatur- und Quellenanalyse erstellen, ergänzt um Interviews mit Vertretern verschiedener Akteursgruppen. Welche Akteursgruppen das sein sollen, steht in einem vorbereitenden „Themenkurzprofil – Welt ohne Bargeld" [4] des Büros für Technikfolgenabschätzung des Bundestags. Es wurde allerdings nicht von Bundestagsmitarbeitern, sondern von Mitarbeitern des zum VDI/VDE-IT gehörenden Instituts IIT erstellt. Dem Leser wird das in der Bundestagsbroschüre nicht mitgeteilt. Die Autoren empfehlen am Ende das folgende weitere Vorgehen, das dem tatsächlich gewählten voll zu entsprechen scheint:

„Zur ersten Vertiefung des Themas wäre es sinnvoll, zunächst sondierende Interviews mit Experten der IT-Branche sowie mit Vertretern aus den Bereichen des Banken- und Versicherungswesens und der Rechtswissenschaften zu den möglichen Entwicklungspfaden technischer Innovationen, den Herausforderungen einer weiterhin hohen Bargeldnutzung und möglichen offenen Regulierungsfragen durchzuführen. Die Interviewergebnisse, die Resultate einer entsprechenden Literaturauswertung sowie eines ggf. durchgeführten internen Workshops könnten dann in der Kurzstudie zusammengefasst dargestellt werden."

Gefragt werden sollen also nur die IT-Branche, das Banken- und Versicherungswesen und die Rechtswissenschaften", keine Datenschützer, Verbraucherschützer und ähnliches Gesockse, und zwar zu den „Herausforderungen (lies: Problemen), einer weiterhin hohen Bargeldnutzung" und dazu, wie sich die interessierten Branchen den Weg zur Bargeldabschaffung und die Regulierung wünschen.

Die Better Than Cash Alliance [5] (Besser-als-Bargeld-Allianz) ist sicher gern beim Auffinden der Experten behilflich. Schließlich haben sich in dieser Allianz, die seit 2012 für die weltweite Abschaffung des Bargelds kämpft, genau die genannten Branchen zusammengefunden. Kernmitglieder sind Visa, Mastercard und Citi als Vertreter der Finanzbranche, sowie die Gates-Stiftung und das Omidyar Network als Vertreter der IT-Branche.

Die Interessenlage der Branchen, die den Bundestags beraten sollen, wird in dem „Themenkurzprofil", das sich das Büro für Technikfolgenabschätzung von der IT-Branche hat schreiben lassen, durchaus nicht verborgen. Und auch die Interessen einer wissensdurstigen Regierung kommen nicht zu kurz:

Microsoft-Gründer Bill Gates unterstützt mit seiner Bill & Melinda Gates Foundation die Better Than Cash Alliance. (Foto: wikipedia, public domain)

„Letztlich bietet die Einschränkung der Bargeldnutzung durch zunehmend elektronische Angebote für Finanzinstitute und staatliche Institutionen aber auch Vorteile. So ließen sich Transaktionen lückenlos nachverfolgen. Dies ginge zwar zulasten der Anonymität der Verbraucher, aber erhöhte Transparenz könnte auch die Transaktionssicherheit erhöhen. Gleichzeitig ließe sich aus den gewonnenen Daten eine bessere staatliche Kontrolle herstellen und Betrugsrisiken minimieren. Die Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen, insbesondere die Nutzung von Bankkonten, könnte gesteigert werden. Bankkonten können für Finanztransaktionen und Spareinlagen genutzt werden. Dadurch lässt sich einerseits der Konsum stimulieren, wenn Individuen und Organisationen leichter Bezahlvorgänge vornehmen können. Andererseits könnten sich auch Sparquoten erhöhen, wenn Personen auf Anreize reagieren, ihr Geld auf Sparkonten einzuzahlen."

Gleichzeitig ließe sich aus den gewonnenen Daten eine bessere staatliche Kontrolle herstellen.

Die Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen, insbesondere die Nutzung von Bankkonten, könnte gesteigert werden.

Wohin die Reise gehen soll, wird auch an Formulierungen klar wie der folgenden:

> „Als Hürde für die Adaption innovativer Bezahlmethoden, und eine Verdrängung von Bargeld als Zahlungsmittel, kann die Nutzerfreundlichkeit von Bargeld angesehen werden."

Es wird bereits intensiv daran gearbeitet, diese Hürde zu schleifen, durch schikanöse Maßnahmen, die Bargeld relativ zu digitalen Bezahlmethoden unbequemer, teurer und verdächtig machen.

Quellen und Anmerkungen:

[1] TAB, Tobias Jetzke Stephan Richter „Welt ohne Bargeld – Veränderungen der klassischen Banken- und Bezahlsysteme", im Mai 2017, *<https://www.tab-beim-bundestag.de/de/untersuchungen/u50200.html>*

[2] VDI VDE IT, *<https://vdivde-it.de>*

[3] VDI VDE IT, „Leitung", *<https://vdivde-it.de/leitung>*

[4] TAB, Tobias Jetzke Stephan Richter „Welt ohne Bargeld – Veränderungen der klassischen Banken- und Bezahlsysteme", im Mai 2017, *<https://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/themenprofile/Themenkurzprofil-016.pdf>*

[5] BETTER THEN CLASH ALLIANCE, *<https://www.betterthancash.org>*

[6] Norbert Haering, „Die wichtigsten Strippenzieher der globalen Kampagne gegen das Bargeld", am 16.08.2018, *<http://norberthaering.de/de/27-german/news/1006-vorschau-institutionen>*

[7] Norbert Haering, „Bargeld-Widerstand", *<http://norberthaering.de/de/bargeld-widerstand>*

Dieser Text wurde zuerst am 12.05.2019 auf www.norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/1140-bt-welt-ohne-bargeld› veröffentlicht. Lizenz: Norbert Häring

‹http://www.free21.org/?p=32060›

Die NATO ist eine Internationale Organisation ohne Hoheitsrechte. Ihre Mitgliedsstaaten behalten ihre volle Souveränität und Unabhängigkeit. Basis der NATO ist der Nordatlantikvertrag nach Artikel 51 der UN-Charta. Quelle: https://www.flickr.com/photos/juska/8674914388/, Foto: Wikipedia, Lizenz: CC BY-NC 2.0

Siebzig Jahre NATO: Kein Grund zum Feiern

Das transatlantische Militärbündnis rechtfertigt seine Existenz durch drei fragwürdige Gründungsnarrative.

von Hermann Ploppa

Autor: Hermann Ploppa

ist Politologe und Publizist. 2014 erreichte Ploppa eine größere Öffentlichkeit mit seinem Buch „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, u.a. über den einflussreichen Council on Foreign Relations. Daneben produzierte Ploppa Features über Sri Lanka und Burma für den Deutschlandfunk.

Eigentlich sollte ja der siebzigste Geburtstag Anlass geben für rauschende Feste. Geboren am 4. April 1949, erfreut sich die NATO nicht nur bester Gesundheit. Die alte Dame hat auch noch viel vor. Dass dennoch die Geburtstagsparty eher im engsten Familienkreis der Außenminister der 29 NATO-Länder stattfindet, liegt am nicht anwesenden Ehrengast. US-Präsident Trump hatte nämlich der NATO bescheinigt, sie sei obsolet, also auf Deutsch: veraltet. Und da es sich nun einmal nicht gehört, dass der Twitter-Gott einer Seniorin ins Gesicht sagt, ihre große Zeit sei vorbei, und er deswegen mit weiteren Rüpelhaftigkeiten die Geburtstagsparty zertrumpeln könnte, wurde gar nicht erst zur ganz großen NATO-Sause mit Staatsoberhäuptern eingeladen.

Trotzdem wird die Reihe der Troubadoure, die dem angejahrten Burgfräulein ihre Minnelieder singen, nicht so schnell abreißen. Der Refrain dieser NATO-Lobgesänge besteht dabei aus immer denselben Narrativen, also aus zusammenhängenden Erzählungen.

Die aggressive Sowjetunion nach dem Krieg

Narrativ Eins: Man hätte ja gerne nach dem Zweiten Weltkrieg in Frieden und durchaus gemeinsam leben mögen. Leider aber sei die Sowjetunion unter Generalissimus Stalin derart aggressiv, kriegslüstern und unkooperativ gewesen, dass man sich bedauerlicherweise bis an die Zähne aufrüsten musste.

Ja, wirklich? Musste „der Westen“ sich gegen den Ansturm der Bolschewiken hochrüsten? Nun, versetzen wir uns in die 1940er Jahre. Im Abwehrkrieg gegen die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan arbeiteten die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien mit der Sowjetunion zusammen, um die-

Publiziert auf Free21 am 18.5.2019, 17:00 Uhr

Werbeplakat für die NATO, Illustration von Helmuth Ellgaard (Foto: Eigenes Werk, Illustration: Helmuth Ellgaard, CC BY-SA 3.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=74263511)

se Aggression niederzuringen. US-Präsident Franklin Delano Roosevelt beauftragte 1944 seinen Finanzminister Henry Morgenthau junior mit der Planung einer Nachkriegsweltordnung. Zusammen mit Regierungsvertretern aus 44 verbündeten Staaten im Kurort Bretton Woods in Neuengland wurden UNO, Weltbank, IWF, sowie die Welthandelsorganisation GATT aus der Taufe gehoben. Jetzt kommt's: Die Sowjetunion sollte selbstverständlich führendes Mitglied dieser Weltordnung werden. Dem IWF sollte die Sowjetunion als drittgrößter Einzahler angehören.[1]

Auch direkt nach dem Krieg wurde in den USA ernsthaft erwogen, den Sowjets sechs Milliarden Dollar als Wiederaufbau-Kredit zu gewähren und Stalins Reich in die neue Weltordnung zu integrieren. Man ging davon aus, dass die UdSSR nicht länger kommunistisch sei, sondern vielmehr nationale Interessen vertrete und Realpolitik betrieb wie alle kapitalistischen Länder. Dann jedoch beschlossen die maßgebenden Strategen der USA, Stalin die Tür vor der Nase zuzumachen und die Kriegsverbündeten zukünftig als Todfeinde zu behandeln (Der Klub der Weisen Männer).

Doch: Waren denn die USA und Großbritannien auf der einen Seite, und die Sowjetunion auf der anderen Seite, überhaupt Kriegsverbündete? Tauschten sie ehrlich und offen ihre Erkenntnisse und Absichten aus? Davon kann leider überhaupt keine Rede sein. Zwar hatten die USA durch ihr Lend-Lease-Programm nicht nur Großbritannien, sondern auch der Sowjetunion großzügig mit Geld und kriegswichtigem Material unter die Arme gegriffen. Die Hauptlast des aufreibenden Bodenkampfes trugen die Soldaten der Roten Armee fast ganz alleine - mit unvorstellbaren Verlusten an Menschenleben. Es entstand sogar der Eindruck, dass die Westmächte erst einmal abwarteten, wer im Kampf der beiden Diktaturen obsiegen würde: die Wehrmacht oder die Rote Armee?

Anstatt die Sowjets durch eine Front im Westen zu entlasten, überredete Churchill den US-Präsidenten Roosevelt, eine Front von Nordafrika über Italien aufzurollen, um dann die Rote Armee im Balkan und im Baltikum daran zu hindern, weiter nach Westen vorzurücken.[2]Tatsächlich begann die Invasion in der Normandie erst im Sommer 1944 - als nämlich die Rote Armee die Wehrmacht im Eiltempo gen Westen trieb. Trotz allem blieben die ausgeruhten und gut genährten GIs an der deutschen Grenze stecken. Die Rote Armee verlor beim Entlastungsangriff auf Berlin dagegen 300.000 Soldaten.

Dass die Sowjetunion faktisch alleine den Bodenkrieg gegen die Nazis auszufechten hatte, forderte eben jenen extrem hohen Blutzoll. Um der kollektiven Amnesie des Westens einmal nackte Zahlen über den großen Brand im Osten erneut zuzuführen: 28 Millionen zivile und militärische Todesopfer hatte die Sowjetunion zu beklagen. 31.000 Fabriken wurden in Schutt und Asche gelegt; dazu 65.000 Quadratkilometer Gleisanlagen; 2.900 Maschinen- und Traktorstationen; 20 Millionen Schweine; sieben Millionen Pferde; 17 Millionen Rinder; sechs Millionen niedergebrannte Gebäude, die wiederum 25 Millionen Menschen ohne Obdach buchstäblich im Regen stehen ließen; 40.000 Krankenhäuser; 84.000 Schulen; 43.000 öffentliche Bibliotheken.[3] Alleine im kleinen Weißrussland verschwanden 209 Städte einschließlich

Stalin-Porträt Unter-den-Linden in Berlin (1945). Quelle: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:A_German_civilian_looks_at_a_large_poster_portrait_of_Stalin_on_the_Unter-den-Linden_in_Berlin,_3_June_1945._BU8572.jpg, Foto: Photographic Unit, Hewitt (Sgt), Lizenz: public domain

der Hauptstadt Minsk komplett von der Erdoberfläche. Kann man unter solchen Umständen überhaupt noch ans Angreifen denken?

So kommt auch ein Bericht des US-Geheimdienstes OSS im Jahre 1945 zu der Schlussfolgerung, die Sowjetunion könne gar nicht an einen Angriffskrieg denken, da die Infrastruktur an ihrer Westfront ausgelöscht sei. Die Soldaten seien erschöpft und mit polizeilichen Aufgaben ausgelastet. Die technische Ausstattung der Roten Armee sei veraltet und die Hälfte ihres Fuhrparks bestünde nach wie vor aus so genannten Panje-Wagen - also: museale Pferdekutschen! [4] Auch der Geheimbericht NSC-68 des Nationalen Sicherheitsrates der USA von 1950 gibt unumwunden zu, dass die Sowjetunion an Wirtschaftskraft und militärischer Stärke nur ein Viertel des Potentials der Westmächte zur Verfügung hat.

Wie sieht es also mit der gefühlten Angriffslust der Sowjetunion aus? So beklagte der ehemalige britische Premierminister Churchill in seiner Rede an der Winchester-Universität im amerikanischen Fulton 1947, Stalin habe einfach ganz kackfrech die Länder des späteren Warschauer Paktes durch einen Eisernen Vorhang vom Rest der Welt abgeschnit-

Die aufsteigende Wolke kurz nach der Explosion in einem Außenbezirk von Hiroshima. Quelle: Foto: Wikipedia / Madsuda Hiromichi, Lizenz: Public Domain

ten. Eigenmächtig habe er die sowjetische Grenze nach Westen verschoben.

Litt Churchill unter Gedächtnisschwund? Er selber traf doch im Krieg zu Besuch in Moskau mit jenem Stalin diese Verabredung. Wie Schüler warfen sie sich Kassiber zu, auf denen stand, wieviel Prozent der Westen und wieviel Prozent der Osten von einzelnen Ländern bekommen sollte.. Dass eine solche prozentuale Aufteilung praktisch nicht durchzuführen war, leuchtete allen Beteiligten ein. Konsens bestand auch darüber, dass der Wille der betroffenen Nationen und Völker keine Rolle spielen sollte. Auf diese Weise wurden die politischen Eliten im Osten gewaltsam auf Stalin-Linie gebürstet. Und im Westen, keineswegs unblutiger, entsprechend auf USA-Linie gestriegelt.

Der Unwille der Griechen zum Beispiel, sich geostrategisch einem bestimmten Lager zuordnen zu lassen, wurde im so genannten Griechischen Bürgerkrieg mit einem Blutzoll von 160.000 Toten, Napalm-Attacken auf Partisanen [5] und Zwangsadoptionen von Partisanenkindern (Paidomazoma) bezahlt. Weder Stalin noch Churchill, und schon gar nicht Truman, trugen bei ihrer geopolitischen Arrondierung Samthandschuhe. Der Vorwurf der gewaltsamen geopolitischen Flurbereinigung durch Stalin darf also getrost als einseitig und heuchlerisch verworfen werden.[6]

„Wenn sie den totalen Krieg haben wollen, dann können sie ihn bekommen“

Narrativ Zwei: Die Rote Armee habe auch nach dem Ende der Kampfhandlungen über 4.5 Millionen Soldaten unter Waffen gehalten. Die USA dagegen hätten ganz friedliebend ihre Streitkräfte auf 1.5 Millionen Soldaten heruntergefahren. Dem ist nicht zu widersprechen. Es gibt aber triftige Gründe, warum Stalin die akute und sehr reale Gefahr eines erneuten Angriffskrieges gegen sein Land wahrnahm und folglich seine Streitkräfte in voller Alarmbereitschaft hielt.

Da war zum einen die von Churchill in Auftrag gegebene Planung für die Operation Unthinkable: Sofort nach der deutschen Kapitulation sollten 100.000 Wehrmachts- und SS-Soldaten neu bewaffnet und zusammen mit den westalliierten Streitkräften in einen Krieg gegen die Sowjetunion ziehen.

Die Planung dirigierte Sir Hastings Lionel Ismay. Der avancierte später zum ersten Generalsekretär der NATO. Von Ismay stammt das klassisch gewordene Bonmot: Die NATO sei dazu da, „die Russen [aus Europa] rauszuhalten, die USA reinzuholen und die Deutschen dauerhaft unten zu halten“. Angeblich wollte man die Sowjets aus Polen vertreiben, und dann stehenbleiben. Es heißt aber in Ismays Memorandum unmissverständlich: „Das zentrale oder auch politische Ziel besteht darin, Russland (sic!) den Willen der Vereinigten Staaten und des Britischen Empires aufzuzwingen … es hängt ab von der russischen Entscheidung. Wenn sie den totalen Krieg haben wollen, dann können sie ihn bekommen.“

Diese Goebbels-Sprache gegen eine Nation, die nicht zuletzt die Briten vor der Schmach einer Niederlage gegen Hitler bewahrt hatte, ist unterirdisch. Zum Segen für den Weltfrieden wurde der Kriegstreiber Churchill bei der Parlamentswahl im Sommer 1945 durch einen Erdrutschsieg für die Labour-Partei aus dem Amt gejagt und somit von seinem Vorhaben abgehalten, da weiterzumachen wo Hitler aufhören musste.

Doch auch die neue USA-Regierung war um keinen Deut besser. Hatte Präsident Roosevelt sich noch fair und gewissenhaft an die Vereinbarungen mit der Sowjetunion gehalten, benahm sich sein Nachfolger Truman weniger Gentleman-like. Truman war auf Druck diskreter Herrschaften aus dem New Yorker Council on Foreign Relations 1944 zu Roosevelts Vizepräsidenten gemacht worden. Roosevelt-Nachfolger Truman erwies sich als „gelehriger Schüler“ der weisen Männer aus dem Council. [7]

Der außenpolitische Azubi Truman ließ zunächst die japanischen Großstädte Hiroshima und Nagasaki mit zwei verschiedenen Typen von Atombomben einäschern - über 250.000 Todesopfer waren zu beklagen. Truman log die eigene Bevölkerung an, bei den Bombenzielen handele es sich um Militärbasen. Die Einäscherung der beiden Städte geschah, obwohl Japan längst zur Kapitulation bereit war.

Der makabre Waffentest an lebenden Objekten war der Ausgangspunkt für eine

Publiziert auf Free21 am 18.5.2019, 17:00 Uhr

ganze Reihe geheim gehaltener Angriffsszenarien gegen das Sowjetreich. Direkt nach dem Tod von Roosevelt beauftragte dessen Amtsnachfolger Truman den legendären General Dwight D. Eisenhower mit der Entwicklung des Plan Totality. Zeitnah zum Abwurf der beiden Atombomben in Japan sollte den Sowjets dieser Totalitätsplan zugespielt werden. Die noch vor Nuklearregen Ungeschützten sollten sich erschrecken, um sodann vor diesem Bluff klein beizugeben. 20 Städte in der Sowjetunion sollten mit Atombomben ausgelöscht werden.

Tatsächlich verfügten die US-Streitkräfte 1945 gerade mal über jene beiden in Hiroshima und Nagasaki eingesetzten Atombomben. Es fehlte auch noch ein Flugzeug. Oder eine Rakete, um Bomben im sowjetischen Territorium abwerfen zu können. Das sollte sich jedoch bald lösen lassen. Im Jahre 1949 konnten die Amerikaner mit ihrer Operation Dropshot einen atomaren Vernichtungsschlag für das Jahr 1957 schon ernsthaft ins Auge fassen. Dieser 1977 veröffentlichte Geheimplan sah vor, einhundert Großstädte in der Sowjetunion mit 300 Atombomben und 29.000 „hochexplosiven" Phosphorbomben auszulöschen und dabei neben gigantischen Opfern an Menschenleben auch 85% der sowjetischen Industrieproduktion lahmzulegen.

Da mit Gewissheit Stalin durch seine hocheffiziente Feindaufklärung von diesen durchaus ernst gemeinten Plänen wusste, musste er als Regierungschef darauf bestehen, das einzig relevante Abwehrpotential seines rückständigen Riesenreiches ständig bereit zu halten - nämlich die gigantischen Reserven der Infanterie. Diese Dauermobilisierung eines Millionenheeres als Rechtfertigung der NATO anzuführen, ist intellektuell unredlich.

War die Sowjetunion für die deutsche Spaltung verantwortlich?

NATO-Narrativ Nummer drei: Der Ostblock habe die deutsche Spaltung herbeigeführt und auf diese Weise „den Westen" leider gezwungen, sich mitten in Deutschland mit seinen Waffen aufzustellen.

Auf den letzten Kriegskonferenzen der „Großen Drei" in Teheran, Jalta und Potsdam herrschte Einigkeit, das Deutsche Reich in seiner militaristischen und imperialistischen Struktur zu zerschlagen. Ein erneutes demokratisches Deutschland sollte von unten her aufgebaut werden. Einstweilen sollte der paritätisch besetzte Alliierte Kontrollrat anstelle einer deutschen Regierung die großen Entscheidungen treffen. Territorial wurde Deutschland in vier Teile zerlegt - allerdings sollte das entmilitarisierte Gebiet von allen vier Alliierten gemeinsam regiert werden.

Potsdamer Konferenz. Vorne: Premierminister Clement Attlee, US-Präsident Harry S. Truman, Josef Stalin. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_Bild_183-R86965,_Potsdamer_Konferenz,_Gruppenbild.jpg, Foto: Wikipedia, Lizenz: CC-BY-SA 3.0

Der Konsens wurde jedoch auf der Londoner Sechsmächtekonferenz 1948 in aller Stille beerdigt. Denn die Sowjetunion und ihre neuen Satellitenstaaten waren von dieser Konferenz ausgeschlossen. Stattdessen stimmten sich hier die USA, Großbritannien, Frankreich sowie die Benelux-Staaten über den zukünftigen Status der drei westlichen Besatzungszonen ab. Als bei der Alliierten Kontrollratssitzung am 20. März 1948 der sowjetische Marschall Sokolowski von seinen westlichen Partnern gerne Genaueres über die Ergebnisse der Londoner Sechsmächtekonferenz erfahren wollte, schwiegen diese ihn ebenso vielsagend wie höhnisch an. Woraufhin Sokolowski und seine Mitarbeiter die Konferenz verließen und dort auch nie wieder gesehen wurden.

Sicher war den Sowjets nicht entgangen, dass sich derweil in den Westzonen entscheidende Dinge und unwiderrufliche Entwicklungen abspulten. Denn bereits seit dem September 1947 druckten und prägten die American Note Company in New York und das Bureau of Engraving and Printing in Washington D.C. die neue Währung exklusiv für die Westzonen. Gesamtumfang dieses Lebenselixiers: 5.7 Milliarden Deutsche Mark. Und das alles unter höchst konspirativen Umständen, sorgfältig konfektioniert für die Bedürfnisse der Westzonen.

Am 20. Juni 1948 regnete die neue Valuta in die Schürzen der westdeutschen Bürger. Die Sowjets stoppelten improvisatorisch eine eigene neue Notwährung zusammen, wobei teilweise alte Geldscheine einfach neu überdruckt wurden, unter dem Spott und Hohn der Öffentlichkeit. Richtig blamabel war sodann Väterchen Stalins Rache: Er ließ das unter alliiertem Kommando stehende Westberlin einsperren (Berlin-Blockade). Diese perspektivlose Verzweiflungstat trieb die Westberliner nunmehr komplett in das Lager der Amerikaner, die mit ihren Rosinenbombern auf der ganzen Linie punkten konnten.

Jetzt ging es für die Sowjets nur noch darum, eine Bewaffnung der neuen Bundesrepublik Deutschland zu verhindern oder zumindest solange wie es ging hinauszuzögern. So bot der gealterte Stalin

Quellen:

[1] Bernd Greiner, Die Morgenthau-Legende - Zur Geschichte eines umstrittenen Plans. Hamburg 1995. S.147ff.

[2] Diese, zurückhaltend ausgedrückt, ambivalente Haltung des Westens gegenüber der Sowjetunion hat der ehemalige sowjetische Botschafter Valentin Falin in einer faktengetränkten Dokumentation dargestellt: Valentin Falin: Die Zweite Front - Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition. München 1995.

[3] Diese Zahlen nannte der sowjetische Außenminister Molotow auf der Moskauer Konferenz von 1947: „Er bemaß sie [diese Zahlen] niedrig, um nicht gar zu armselig zu erscheinen …“ So Jörg Friedrich in Yalu - An den Ufern des Dritten Weltkriegs. Berlin 2007. S.52.

[4] So der Befund der US-Geheimdienste in einem Memorandum vom 6.1.1945. Joachim Guilliard: 1949-91: Kurze Bilanz einer kriegerischen Geschichte. In: Tobias Pflüger u.a.: Kein Frieden mit der NATO - Die NATO als Waffe des Westens. Informationsstelle Militarisierung e.V. Tübingen 2009. siehe auch: Christopher Simpson: Blowback - America's Recruitment of Nazis and its Effect on the Cold War. New York 1988. S.56 Die Kavallerie der Sowjetunion wurde erst 1953 aufgelöst.

[5] Robert M. Neer: Napalm. An American Biography, Harvard University Press 2013, S.196.

[6] Und hier erweist sich, dass Stalin sich peinlich genau an die territorialen Verabredungen mit den Westmächten gehalten hat. Während die Kommunisten in Jugoslawien und Bulgarien den griechischen Widerstand großzügig unterstützten, krümmten die sowjetischen Kommunisten keinen Finger für die griechischen Partisanen. Schließlich verschleppten die Moskau-Kommunisten die Führer der griechischen Kommunistischen Partei in ein Internierungslager in der Nähe der usbekischen Hauptstadt Taschkent.

[7] „Words of one Syllable/The education of Harry Truman“ lautet vielsagend die Kapitelüberschrift aus einer Lobpreisung der maßgebenden Außenpolitiker von der Wallstreet jener Jahre: Walter Isaacson/Evan Thomas: The Wise Men - Six Friends and the World they made - Acheson, Bohlen, Harriman, Kennan, Lovett, McCloy. New York 1986.

Dieser Text wurde zuerst am 04.04.2019 auf www.heise.de unter der URL ‹https://www.heise.de/tp/features/Siebzig-Jahre-NATO-Kein-Grund-zum-Feiern-4358884.html› veröffentlicht. Lizenz: Telepolis

‹http://www.free21.org/?p=31981›

im Jahre 1952 in seiner Deutschland-Note an, seine gerade im Gegenzug gegen die Bundesrepublik gegründete DDR zu opfern, wenn sich der Westen mit einem neutralen und militärfreien Gesamtdeutschland anfreunden würde. Stalins Nachfolger Chruschtschow und Malenko gingen 1954 sogar noch einen Schritt weiter. Sie boten an, in die NATO einzutreten!

Die Sowjets koppelten ihr Beitrittsangebot mit dem Vorschlag, die USA sollten sich in diesem Falle auf einen Beobachterstatus zurückziehen. Das ging nun gar nicht. Den Hausherrn vor die Tür schicken? Im Jahre 1955 war dann der Beitritt der Bundesrepublik in die NATO nicht mehr aufzuhalten. Erst zu diesem Zeitpunkt gab die UdSSR ihre Zurückhaltung auf und gründete ihrerseits den Warschauer Pakt, das Militärbündnis der Satellitenstaaten Moskaus.

Als nun allerdings im Jahre 1958 Chruschtschow mit seinem Berlin-Ultimatum keck die Westmächte aufforderte, ihre Truppen aus Westberlin abzuziehen, geschah das bislang Unvorstellbare: die Westmächte versuchten die Sowjets zu besänftigen. Denn 1957 demonstrierte der Sputnik-Schock, dass von nun an die Sowjets mit ihrer neuen Semjorka-Interkontinentalrakete R-7 Atombomben mitten in die USA transportieren konnten.

Entsprechend konziliant gestimmt trafen sich die Außenminister aller vier Siegermächte, also der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zum ersten Mal seit langem, und zwar zur Genfer Konferenz 1959. Aus einer Position der Stärke heraus konnte der russisch-ukrainische Polterer Chruschtschow nach dem U2-Vorfall seinen Counterpart Eisenhower mehrmals öffentlich demütigen. Der Bau der Berliner Mauer wiederum legte für alle erkennbar den Finger in die Wunde der miserablen wirtschaftlichen Verfassung des Ostblocks.

1964 versuchte Chruschtschow dennoch ganz ungeniert, die Bundesrepublik aus dem NATO-Bündnis herauszulocken. Er schickte seinen Schwiegersohn Alexej Adschubej, seines Zeichens Chefredakteur der einflussreichen Zeitung Iswestija, zu den Spitzen der westdeutschen Wirtschaft und Politik. Sein Angebot ähnelte Gorbatschows Offerte zwanzig Jahre später: Preisgabe der DDR zugunsten einer nach Osten ausgeweiteten BRD, die ihre Bundeswehr behalten durfte. Sie sollte allerdings aus der NATO ausscheren und neutral werden. Im Gegenzug sollte die mächtige westdeutsche Industrie der Sowjetunion bei der Modernisierung ihrer Anlagen, besonders im Chemiesektor, tatkräftig unter die Arme greifen.

Die westdeutsche Presse berichtete damals ausführlich und durchaus wohlwollend über diese Abwerbung von der NATO durch den Sowjetherrscher. Jedoch bereits im Oktober 1964 sollte Chruschtschow gestürzt und durch die Doppelherrschaft von Kossygin und Breschnew ersetzt werden. Damit war diese Wiederauflage des Rapallo-Vertrages aus der Weimarer Republik, und damit auch die Wiedervereinigung Deutschlands, für lange Zeit vom Tisch.

Was lernen wir aus alledem? Die Behauptung, es sei die Sowjetunion gewesen, die die deutsche Teilung betrieben und damit die Remilitarisierung Deutschlands unvermeidlich gemacht habe, entbehrt jeder Grundlage. Zudem ist die NATO nicht als Reaktion auf eine Aggression der Sowjetunion entstanden. Die NATO ist kein Defensivbündnis. Die NATO ist selber unverkennbar ein Offensivbündnis. Dieser Faden zieht sich, immer weiter verstärkt, kontinuierlich in die Jetztzeit hinein. *Hermann Ploppa*

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Wikileaks: IWF und Weltbank sind „unkonventionelle“ Waffen

In einem von WikiLeaks veröffentlichten militärischen Handbuch über „unkonventionelle Kriegsführung“ legt die US-Armee dar, dass große globale Finanzinstitutionen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als unkonventionelle, finanzielle „Waffen in Zeiten von Konflikten bis hin zum großen allgemeinen Krieg“ und als Druckmittel auf „die Politik und Zusammenarbeit von Staatsregierungen“ eingesetzt werden.

von Whitney Webb

(Foto: Shutterstock.com)

Autor: Whitney Webb

ist Journalistin bei MintPress News und lebt in Chile. Sie hat für mehrere unabhängige Medien gearbeitet, darunter Global Research, EcoWatch, das Ron Paul Institute und 21st Century Wire. Sie ist mehrmals in Radio und Fernsehen aufgetreten und war 2019 Gewinnerin des Serena Shim Award for Uncompised Integrity in Journalism.

Auf das Dokument [1], offiziell „Field Manual (FM) 3-05.130, Army Special Operations Forces Unconventional Warfare“ genannt, hat WikiLeaks kürzlich [2] auf Twitter hingewiesen. Anlass dazu sind die jüngsten Ereignisse in Venezuela sowie die jahrelange, von den USA geführte wirtschaftliche Belagerung dieses Landes durch Sanktionen und andere Mittel des Wirtschaftskriegs. Obwohl das Dokument in den letzten Tagen auf erneutes Interesse gestoßen ist, wurde es ursprünglich [3] von WikiLeaks im Dezember 2008 veröffentlicht und als „Regime Change Handbook“ des Militärs bezeichnet.

WikiLeaks‘ aktuelle Tweets zu diesem Thema verweisen auf einen einzigen Abschnitt des 248 Seiten umfassenden Dokuments mit dem Titel „Financial Instrument of U.S. National Power and Unconventional Warfare“. In diesem Abschnitt wird erklärt, dass die US-Regierung unilateral und „auf indirekte Weise ihre Finanzmacht durch Beeinflussung von internationalen und inländischen Finanzinstituten geltend macht, in Bezug auf die Verfügbarkeit und Konditionen von Darlehen, Zuschüssen oder andere finanzielle Unterstützung für nicht-amerikanische staatliche und nichtstaatliche Akteure“. Es werden insbesondere die Weltbank, der IWF und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), sowie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) genannt und als „diplomatisch-finanzielle Standorte der USA“, beschrieben, anhand derer diese Ziele erreicht werden.

Das Handbuch verweist auch auf die „staatliche Manipulation von Steuern und

Publiziert auf Free21 am 27.05.2019, 6:00 Uhr

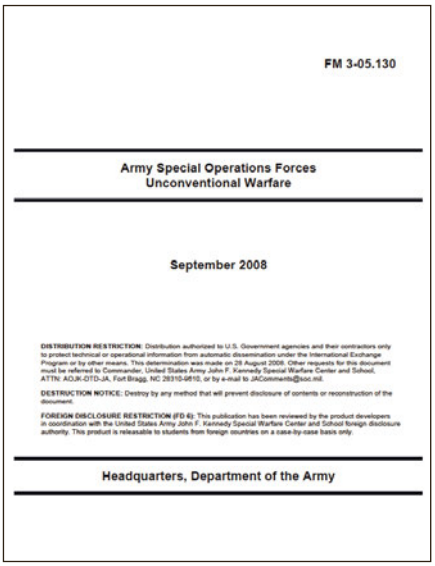
Zinsen“ sowie auf andere „rechtliche und bürokratische Maßnahmen“ zur „Öffnung, Änderung oder Schließung von Finanzströmen“ und stellt weiter fest, dass das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US Finanzministeriums, welches die Sanktionen der USA gegen andere Nationen wie Venezuela überwacht, „eine lange Geschichte der Durchführung von Wirtschaftskriegen hat, die für jede ARSOF [Army Special Operations Forces]-Kampagne wertvoll sind.“

In dem Abschnitt wird ferner darauf hingewiesen, dass diese Finanzwaffen vom US-Militär eingesetzt werden können, um „finanzielle Anreize oder Abschreckungsmittel zu schaffen, um Gegner, Verbündete und Stellvertreter davon zu überzeugen, ihr Verhalten auf strategischer, operativer und taktischer Ebene zu ändern“, und dass solche Kampagnen der unkonventionellen Kriegsführung in hohem Maße mit dem Außenministerium und dem Geheimdienst koordiniert werden, um zu bestimmen, „welche menschlichen Elemente im UWOA [Unconventional Warfare Operations Area] für finanzielles Engagement am anfälligsten sind“.

Die Rolle dieser „unabhängigen“ internationalen Finanzinstitute als Erweiterung der imperialen Macht der USA wird an anderer Stelle im Handbuch erläutert und einige dieser Institutionen werden in einem Anhang zum Handbuch mit dem Titel „The Financial Instrument of National Power“ ausführlich beschrieben. Insbesondere sind die Weltbank und der IWF sowohl als Finanzinstrumente als auch als diplomatische Instrumente der US-Nationalmacht aufgeführt; sie werden als integrale Bestandteile dessen beschrieben, was im Handbuch als das „aktuelle globale Governance System“ bezeichnet wird.

Darüber hinaus besagt das Handbuch, dass das US-Militär „versteht, dass eine richtig integrierte Manipulation der Wirtschaftsmacht ein Bestandteil von UW sein kann und sollte“, was bedeutet, dass diese Waffen ein regelmäßiges Merkmal unkonventioneller Kriegsführungskampagnen der Vereinigten Staaten sind.

Darüber hinaus wird im Handbuch festgehalten, dass das US-Militär versteht, dass eine richtig integrierte Manipulation der Wirtschaftsmacht ein Bestandteil von UW sein kann und sollte“, was bedeutet, dass diese Waffen ein regelmäßiges Merkmal unkonventioneller Kriegsführungskampagnen der Vereinigten Staaten sind.


FM 3-05.130

Army Special Operations Forces
Unconventional Warfare

September 2008

DISTRIBUTION RESTRICTION: Distribution authorized to U.S. Government agencies and their contractors only to protect technical or operational information from automatic dissemination under the International Exchange Program or by other means. This determination was made on 28 August 2008. Other requests for this document must be referred to Commander, United States Army John F. Kennedy Special Warfare Center and School, ATTN: AOJK-DTD-JA, Fort Bragg, NC 28310-9610, or by e-mail to JAComments@soc.mil.

DESTRUCTION NOTICE: Destroy by any method that will prevent disclosure of contents or reconstruction of the document.

FOREIGN DISCLOSURE RESTRICTION (FD 6): This publication has been reviewed by the product developers in coordination with the United States Army John F. Kennedy Special Warfare Center and School foreign disclosure authority. This product is releasable to students from foreign countries on a case-by-case basis only.

Headquarters, Department of the Army

Field Manual (FM) 3-05.130, Army Special Operations Forces Unconventional Warfare“, Screenshot vom Deckblatt. [1]

Ein weiterer interessanter Punkt ist, dass diese Finanzwaffen weitgehend vom National Security Council (NSC) gesteuert werden, welcher derzeit von John Bolton geleitet wird. Im Dokument wird festgehalten, dass der NSC „vorrangig für die Integration der wirtschaftlichen und militärischen Instrumente der nationalen Macht im Ausland verantwortlich ist“.

„Unabhängig“, aber unter Kontrolle

Das Handbuch für unkonventionelle Kriegsführung fällt dadurch auf, dass dort so offen festgehalten wird, dass „unabhängige“ Finanzinstitute wie die Weltbank und der IWF im Wesentlichen Erweiterungen der US-Regierungsmacht sind. Tatsächlich stellen Analysten seit Jahrzehnten fest, dass diese Institutionen die geopolitischen Ziele der USA im Ausland konsequent durchgesetzt haben.

Schon eine nähere Betrachtung der Struktur und Finanzierung der jeweiligen Institutionen zeigt, dass die „Unabhängigkeit“ von Weltbank und IWF ein irreführender Mythos ist. Im Falle der Weltbank hat die Institution ihren Sitz in Washington, der Präsident der Organisation war immer ein US-Bürger [4] und wurde direkt vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgesucht. In der gesamten Geschichte der Weltbank hat der Gouverneursrat der Institution die Personalentscheidungen Washingtons nie abgelehnt.

Am vergangenen Montag (4.2.19, Anm. d. Red.) wurde berichtet, dass Präsident Donald Trump den ehemaligen Bear Stearns Ökonomen David Malpass zum Leiter der Weltbank ernannt hat [5].

Dieser ist bekannt dafür, dass er den Absturz seines ehemaligen Arbeitgebers während der Finanzkrise 2008 nicht voraussah. Bekannt als „China Falke“ dürfte er die Kredite der Weltbank an China und ihre Verbündeten einschränken.

Die USA stellen nicht nur den Präsidenten, sie sind auch der größte Aktionär der Bank [6] und damit die einzige Mitgliedsnation mit Vetorechten. Wie das Handbuch zeigt: „Da wichtige Entscheidungen eine Mehrheit von 85% erfordern, können die Vereinigten Staaten alle größeren Änderungen der Richtlinien oder der Dienstleistungen der Weltbank blockieren“. Darüber hinaus fungiert der US-Finanzminister, ein ehemaliger Goldman Sachs-Banker und „foreclosure king“ Steve Mnuchin, als Gouverneur der Weltbank.

Obwohl sich der IWF in mehrfacher Hinsicht von der Weltbank unterscheidet, wie z.B. in der Beschreibung seines Auftrags oder seinem Fokus, wird auch er weitgehend durch den Einfluss und die Finanzierung durch die US-Regierung bestimmt. So ist der IWF auch in Washington ansässig, die USA sind mit 17,46 Prozent [7] der Anteile mit Abstand der größte Aktionär des Unternehmens und sie zahlen auch die größte Quote für den Unterhalt des Instituts mit jährlich 164 Milliarden Dollar [8] an den IWF. Obwohl die USA nicht die oberste Exekutive des IWF stellt, nutzen sie ihre privilegierte Position als größter Geldgeber der Institution, um die Politik des IWF zu kontrollieren, indem sie drohen, ihre Finanzierung zurückzuhalten, wenn die Institution sich nicht an die Forderungen Washingtons hält [9].

Als Folge des übermäßigen Einflusses der USA auf das Verhalten dieser Institutionen haben diese Organisationen ihre Kredite und Zuschüsse dazu verwendet,

Publiziert auf Free21 am 27.05.2019, 6:00 Uhr

David Robert Malpass ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit dem 9. April 2019 Präsident der Weltbank. Malpass ist seit 2017 als Staatssekretär für internationale Angelegenheiten im US-Finanzministerium tätig. (Foto: World Bank Photo Collection, Lizenz: CC BY-SA 2.0)

Nationen durch Verschuldung „gefangen zu nehmen" und den verschuldeten Regierungen „strukturelle Anpassungsprogramme" aufzuerlegen, welche zu einer Massenprivatisierung von Staatsvermögen, Deregulierung und Sparpolitik führen, wobei den ausländischen Unternehmen routinemäßig gegenüber der lokalen Wirtschaft Vorteile eingeräumt werden. Häufig verursachen diese Institutionen, indem sie die Länder zur Deregulierung ihres Finanzsektors drängen [10] und korrupte Geschäfte [11] mit staatlichen Akteuren machen, gerade die wirtschaftlichen Probleme, die sie dann nachher „beheben" wollen.

Guaidó will Geld vom IWF

Angesichts der engen Beziehungen zwischen der US-Regierung und diesen internationalen Finanzinstitutionen verwundert es nicht, dass der von den USA unterstützte „Interimspräsident" für Venezuela, Juan Guaidó, bereits IWF-Mittel [12] und damit IWF-kontrollierte Schulden zur Finanzierung seiner Parallelregierung angefordert hat.

Dies ist von großer Bedeutung, denn es zeigt, dass neben der Privatisierung der riesigen Ölreserven Venezuelas das Land wieder an die von den USA kontrollierte Schuldenmaschine gebunden werden soll.

Wie das Grayzone Project kürzlich feststellte [13]:

Venezuelas früherer gewählter sozialistischer Präsident, Hugo Chávez, brach die Beziehungen zum IWF und zur Weltbank ab, die in seinen Augen „vom US-Imperialismus dominiert" waren. Stattdessen arbeiteten Venezuela und andere linke Regierungen in Lateinamerika zusammen und gründeten die Bank des Südens als Gegengewicht zu IWF und Weltbank."

Venezuela ist jedoch bei weitem nicht das einzige Land Lateinamerikas, welches von diesen als „unabhängige" Finanzinstitute getarnten Finanzwaffen ins Visier genommen wird. So ist beispielsweise Ecuador, dessen derzeitiger Präsident versucht hat, das Land wieder in den Augen Washingtons gut dastehen zu lassen, so weit gegangen, eine „Prüfung" des Asylantrags vom Journalisten und WikiLeaks-Verleger Julian Assange durchzuführen. Sein Lohn war eine Rettungsaktion des IWF in Höhe von 10 Milliarden Dollar [14]. Ecuador hatte Assange im Jahr 2012 Asyl gewährt und die USA haben seither unaufhörlich und mit Nachdruck seine Auslieferung wegen noch unter Verschluss gehaltenen Anklagen beantragt.

Im letzten Juli drohten die USA Equador [15] zudem „wirtschaftliche Strafmaßnahmen" an, falls dieses bei der UN eine Regelung zur Abstimmung einbringen würde, mit welcher das Stillen den Vorzug gegenüber künstlicher Säuglingsnahrung erhalten würde. Diese Drohung machte die internationale Gemeinschaft fassungslos, zeigte aber deutlich die Bereitschaft der USA zum Wirtschaftskrieg gegen lateinamerikanische Staaten.

Zu den weiteren jüngsten Zielen massiver „Kriegsführung" durch den IWF und die Weltbank gehört, neben Ecuador, Argentinien, welches gerade im vergangenen Jahr das größte IWF-Rettungsdarlehen in der Geschichte erhielt [16]. Dieses Kreditpaket wurde, wenig überraschend, von den USA stark vorangetrieben, so eine Stellungnahme des Finanzministers Mnuchin im vergangenen Jahr [17]. Die Tatsache, dass der IWF maßgeblich dazu beigetragen hat, dass die argentinische Wirtschaft 2001 vollständig zusammenbrach [18], verheißt wenig Gutes für die Genehmigung des gigantischen Kreditpakets.

Auch wenn es vor über einem Jahrzehnt veröffentlicht wurde, das „U.S. Coup Manual", worauf WikiLeaks kürzlich hingewiesen hat, dient als eindringliche Erinnerung daran, dass die so genannte „Unabhängigkeit" dieser Finanzinstitute eine Illusion ist, und dass sie zu den vielen „Finanzwaffen" gehören, welche regelmäßig von der US-Regierung benutzt werden, um Länder ihrem Willen zu unterwerfen oder sogar Regierungen zu stürzen, die den USA nicht genehm sind.

Quellen:

[1] <https://file.wikileaks.org/file/us-fm3-05-130.pdf>
[2] <https://twitter.com/wikileaks/status/1089985249034027009>
[3] <https://wikileaks.org/wiki/US_Army_Special_Operations_Forces_Unconventional_Warfare,_FM3-05.130,_30_Sep_2008>
[4] <https://www.worldbank.org/en/country/unitedstates/overview#3>
[5] <https://www.zerohedge.com/news/2019-02-05/trump-nominates-former-bear-stearns-chief-economist-lead-world-bank>
[6] <https://www.worldbank.org/en/country/unitedstates/overview#1>
[7] <https://www.imf.org/external/np/sec/memdir/members.aspx>
[8] <https://www.dawn.com/news/1426092>
[9] <https://www.dawn.com/news/1426092>
[10] <www.globalexchange.org/resources/wbimf/oppose>
[11] <https://www.mintpressnews.com/whistleblower-greek-debt-crisis-manufactured-unscrupulous-accounting/228076/>
[12] <https://www.mintpressnews.com/venezuela-us-backed-coup-leader-immediately-targets-state-oil-company-requests-imf-money/254282/>
[13] <https://www.mintpressnews.com/venezuela-us-backed-coup-leader-immediately-targets-state-oil-company-requests-imf-money/254282/>
[14] <https://21stcenturywire.com/2019/01/04/ecuadors-moreno-prepared-to-sell-out-assange-for-imf-payoff-now-auditing-his-asylum-citizenship/>
[15] <https://www.nytimes.com/2018/07/08/health/world-health-breastfeeding-ecuador-trump.html>
[16] <https://www.mintpressnews.com/argentina-imf-bailout/243522/>
[17] <https://www.wsj.com/articles/imf-executive-board-to-meet-soon-to-vote-on-argentina-bailout-1528382633>
[18] <https://www.mintpressnews.com/argentina-imf-bailout/243522/>

Dieser Text wurde zuerst am 07.02.2019 auf www.mintpressnews.com unter der URL <https://www.mintpressnews.com/leaked-wikileaks-doc-reveals-how-us-military-uses-of-imf-world-bank-as-unconventional-weapons/254708/#> veröffentlicht.
Lizenz: CC BY-NC-SA 3.0 DE

‹http://www.free21.org/?p=32063›

Der Mittäter

Auch Deutschland missachtet in Syrien das Völkerrecht.

von Gerhard Baisch

Bild oben:
Luftwaffe Tornado ECR (Foto: US-Air Force, public domain) und deutsche Fahne (Bild: Pixabay, CCo)

Die Verbrechen der USA sind mittlerweile im Bewusstsein vieler Menschen angekommen. Noch immer betrachten Deutsche ihr Land aber als Menschenrechts-Musterknaben, der an den Taten der westlichen Vormacht – wenn überhaupt – nur am Rande beteiligt ist. Ein solch geschöntes Selbstbild ist Augenwischerei. Deutschland ist tief verstrickt in die mörderische Kriegspolitik seiner Verbündeten: durch Duldung und Nichthandeln, durch Waffenlieferungen an Rebellen, durch Sanktionen, die der Zivilbevölkerung in Syrien schweren Schaden zufügen, aber auch durch „assistierende" Funktionen bei den Kampfeinsätzen der NATO. Es wird Zeit, dass sich das Land entscheidet – für Vasallentreue zur USA oder für Menschlichkeit. Damit unser Land seiner dunklen Vergangenheit nicht noch eine dunkle Gegenwart und Zukunft hinzufügt.

Donald Trump steht wegen seiner demonstrativen Missachtung des Völkerrechts zu Recht am Pranger. Die Bombardements syrischer Einrichtungen „zur Vergeltung" nach angeblichen Giftgaseinsätzen des Assad-Militärs sind fast einhellig international als Verstoß gegen die UN-Charta verurteilt worden.

Die deutsche Regierung nimmt dagegen in der Weltöffentlichkeit in Anspruch, überall und vehement für die Einhaltung des Völkerrechts einzutreten. Sie hat sich zwar in der Vergangenheit an vorderster Front für das Rom-Statut und den Aufbau des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) eingesetzt.

Sobald jedoch wirtschaftliche Interessen oder die Solidarität mit dem USA-geführten NATO-Bündnis in Rede stehen, ist davon nichts zu spüren. Die deutsche Regierung verweigert sich dann wie zum Beispiel beim Atomwaffenverbotsvertrag oder dem vom Bundestag 2010 geforderten Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland. Oder sie bricht ebenfalls Völkerrecht, wie zum Beispiel bei der „nuklearen Teilhabe": trotz Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag und mehrfach völkerrechtlich verbindlich erklärtem Verzicht auf Atomwaffen plant und übt sie mit deutschen Tornados in Büchel den Abwurf von Atombomben.

Nehmen wir das Beispiel Syrien. Deutschland ist tief verwickelt in diesen internationalisierten Krieg. Das beginnt schon früh.

Deutsche Firmen helfen, die syrische Giftgasproduktion aufzubauen

Syrien hat in den Jahren nach 1980 ein umfassendes Chemiewaffenprogramm aufgelegt, unter anderem für die Produk-

Publiziert auf Free21 am 25.5.2019, 6:00 Uhr

tion von Sarin. Der Nervenkampfstoff Sarin – ein hochwirksames Giftgas – wurde von den IG Farben 1938 für den Einsatz im Krieg entwickelt und produziert. In den Jahren 1982 bis 1993 lieferten deutsche Unternehmen in über 50 Lieferungen nicht nur Pumpen, Steueranlagen, Kontrollventile und Chemiewaschanlagen nach Syrien, sondern auch 2.400 Tonnen Thionylchlorid für die Sarin-Produktion. Bekannt wurden auch Skizzen aus den Jahren 1983 und 1984 für den Bau von Vorproduktionsanlagen für die Herstellung von Sarin. Der deutschen Regierung liegt die Liste der beteiligten deutschen Unternehmen vor. Sie weigert sich aber, diese zu veröffentlichen: das könne für die betroffenen Firmen existenzbedrohende Folgen haben, außerdem seien Geschäftsgeheimnisse zu achten.

Dabei waren seinerzeit Syrien und Deutschland völkerrechtlich an die Haager Landkriegsordnung von 1907 wie auch das Genfer Giftgasprotokoll von 1925 gebunden, die zwar nicht die Produktion, wohl aber jeden Einsatz von Giftgas ächten. Die Chemiewaffenkonvention (CWC) von 1993, die nun ausdrücklich auch Herstellung, Besitz, und Weitergabe von Chemiewaffen verbietet und 1997 in Kraft trat, hat Deutschland sofort ratifiziert. Dennoch war die Unterstützung Syriens beim Aufbau einer Giftgasproduktion schon vorher völkerrechtlich bedenklich. Die damaligen Lieferungen nach Syrien unterfielen soweit bekannt zwar nicht dem engen Kriegswaffenkontrollgesetz, jedoch hätte die Bundesregierung nach Paragraph 7 Absatz1 Außenwirtschaftsgesetz (AWG) bei Dual-Use-Gütern – Waren, die zivil und militärisch verwendet werden können – die Genehmigung versagen müssen, „um eine Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker zu verhindern“ (1).

Noch im Jahr 2010 genehmigte die Bundesregierung die Ausfuhr von 20 Tonnen Fluorwasserstoff und 15 Tonnen Ammoniumhydrogendifluorid, Stoffe, die für die Produktion des Giftgases Sarin benötigt werden. Insgesamt gingen in den Jahren 2001 bis 2010 insgesamt 360 Tonnen derartiger Dual-Use-Chemikalien von Deutschland nach Syrien, obwohl allgemein bekannt war, dass Syrien als einer der letzten 5 Staaten der Welt noch nicht der CWC beigetreten war und Nervenkampfstoffe wie Sarin produzierte.

Startbereiter F-15E Strike Eagle der US Air Force vor einer Offensive gegen Syrien am 23.09.2014 (Foto: Tech. Sgt. Russ Scalf / U.S. Air Forces Central Command Public Affairs / CCo)

Die Konferenz von Wilmersdorf

Nachdem im April 2011 die Unruhen in Syrien mit Militäreinsätzen der Assad-Regierung beantwortet wurden, weitete sich der Kampf rasch zum nicht-internationalen bewaffneten Konflikt aus. Die USA und die Türkei unterstützten ab Oktober die Rebellen mit Waffen und strebten offen den Regime-Change an. 2012 entstand so die „Gruppe der Freunde des syrischen Volkes“, in der sich die Gegner Assads zusammenschlossen, darunter auch Deutschland. Ab Januar 2012 unterstützte die Bundesregierung das Projekt „The Day After“ mit Geld, Visa und Logistik, durchgeführt von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und dem vom US-State Department finanzierten United States Institute of Peace (USIP). In den Räumen der Stiftung SWP in Berlin-Wilmersdorf trafen sich geheim über Monate hin bis zu fünfzig aus aller Welt eingeflogene syrische Oppositionelle, darunter auch Angehörige der Freien Syrischen Armee (FSA), die damals die Kämpfe der Rebellen in Syrien anführte, um die Zeit „Nach-Assad“ vorbereitend zu planen.

Nach Volker Perthes, dem Direktor der SWP, war es das Ziel, „Prioritäten beim Umbau der Assad-Diktatur in eine Demokratie zu identifizieren“. Dabei handelte es sich der Sache nach eindeutig um eine völkerrechtswidrige Einmischung der deutschen Regierung in die syrischen Belange. Die „Friendly Relations Resolution“ der UN-Generalversammlung vom 24. Oktober 1970 sagt dazu:

„Jeder Staat hat die Pflicht, die Aufstellung oder die Förderung der Aufstellung irregulärer Streitkräfte oder bewaffneter Banden, namentlich von Söldnern, zu unterlassen, die für Einfälle in das Hoheitsgebiet eines anderen Staates bestimmt sind. Jeder Staat hat die Pflicht, die Organisierung, Anstiftung oder Unterstützung von Bürgerkriegs- oder Terrorhandlungen in einem anderen Staat und die Teilnahme daran oder die Duldung organisierter Aktivitäten in seinem Hoheitsgebiet, die auf die Begehung solcher Handlungen gerichtet sind, zu unterlassen, wenn die in diesem Absatz genannten Handlungen die Androhung oder Anwendung von Gewalt einschließen.“

Auch in der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Sachen Nicaragua gegen USA vom 27. Juni 1986 heißt es unter Ziffer 241 der Gründe:

„The Court considers that in international law, if one State, with a view to the coercion of another State, supports and assists armed bands in that State whose purpose is to overthrow the government of that State, that amounts to an intervention by the one State in the internal affairs of the other“ (Übersetzt vom Verfasser: Der Gerichtshof ist der Auffassung, dass nach internationalem Recht die Situation, dass ein Staat in der Absicht, gegen einen anderen Staat Zwang auszuüben, bewaff-

Ein zerstörter Stadtteil im Süden der syrischen Stadt Rakka während der Kämpfe gegen den IS im Sommer 2017. (Foto: Voice of America, wikimedia, public domain)

neten Verbänden in diesem Staat unterstützend beisteht, die darauf aus sind, die Regierung dieses Staates zu stürzen, einer Intervention des einen Staates in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates gleichkommt).

Völkerrechtswidrig harte Sanktionen gegen Syrien

Noch vor Ausbruch der Unruhen in Daraa beschlossen die USA mit dem „Syria Freedom Support Act" vom 6. März 2011, in Syrien aktiv auf den Umsturz hinzuarbeiten. Deutschland und die EU folgten und verhängten ebenfalls Sanktionen. Bereits Ende April 2011 kündigte Außenminister Westerwelle die Beschlagnahme von Vermögen und Reiseverbote für syrische Repräsentanten an. Die Ausfuhren aus Deutschland nach Syrien reduzierten sich rasch von 656 Millionen im Jahr 2010 auf nur noch 205 Millionen in 2012. Danach wurden die US-amerikanischen und EU-Sanktionen immer weiter verschärft und zwar zunehmend gegen die Zivilbevölkerung in den Gebieten, über die das Assad-Regime die Macht behielt. Ziel auch hierbei: der Regime Change, den jetzt offenbar die leidende Zivilbevölkerung erzwingen sollte.

Die verhinderte Lieferung von Pflanzenschutz- und anderen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln führt zu einer Versorgungskrise. Die Wasserversorgung leidet unter dem Embargo von Ersatzteilen für Pumpen und Wasseraufbereitungsanlagen. Medizinische Verbrauchsmaterialien sind kaum mehr verfügbar, pharmazeutische Fabriken mussten die Produktion einstellen, weil keine Rohmaterialien mehr geliefert wurden. So sind die Sanktionen inzwischen die Hauptursache für den Niedergang des syrischen Gesundheitssystems. Vor allem verhängte die EU noch in 2011 ein Importverbot für syrisches Öl – den Hauptdevisenbringer – und schnitt das Land vom internationalen Finanzmarkt ab.

Obwohl EU-Vertreter immer wieder zusichern, die Sanktionen zum Schutz der Zivilbevölkerung auch wieder zu lockern, geschah das nur einmal im April 2013: die Ausnahmen für das Ölembargo und Lockerungen des Waffenexportverbots kamen aber damals nur den Rebellen zugute, die das erbeutete syrische Öl verkaufen und ihre Waffenbestände auffüllen konnten. Selbst medizinische Hilfsorganisationen können keine Bankkonten eröffnen, ihren Mitarbeitern kein Geld anweisen. Für Mobiltelefone gibt es keine SIM-Karten, PayPal verweigert die Weiterleitung von Spenden et cetera. Die Sanktionen behindern so inzwischen auch die Lieferung humanitärer Hilfe.

Karte von Syrien (Quelle: CIA World Factbook, gemeinfrei)

Sanktionen sind zulässig, soweit sie sich gegen die jeweiligen Machthaber richten und diese zur Rückkehr zum Völkerrecht zwingen sollen. So heißt es auch in Ziffer 6 der EU-Basic Principles on the Use of Restrictive Measures (Sanctions) vom 7. Juni 2004:

„Sanctions should be targeted in a way that has maximum impact an those whose behaviour we want to influence. Targeting should reduce to the maximum extent possible any adverse humanitarian effect or unintended consequences for persons not targeted."

(Übersetzt vom Verfasser: Sanktionen sollten so angelegt sein, dass sie ihre maximale Wirkung bei denen haben, deren Verhalten geändert werden soll, und im höchsten Maße jede schädliche humanitäre Auswirkung oder unbeabsichtigte Konsequenzen vermeiden bei Personen, die nicht getroffen werden sollen).

Wenn Sanktionen bewusst so gestaltet werden, dass sie die Versorgungswirtschaft lahmlegen, Massenarbeitslosigkeit schaffen und die ganze Bevölkerung in Armut und Elend treiben, sind sie nicht völkerrechtskonform, sondern als unzulässige Intervention in die inneren Angelegenheiten des sanktionierten Staates zu bewerten.

Die deutsche Regierung sollte im Rahmen ihrer humanitären Verpflichtungen darauf hinwirken, die EU-Sanktionen über den EU-Rat künftig so einzuschränken, dass die Grundbedürfnisse der syrischen Bevölkerung – Nahrung, Gesundheit, Bildung und so weiter – nicht betroffen werden. Zuletzt hat der EU-Rat im Mai 2018 die Sanktionen verlängert bis 1. Juni 2019.

Publiziert auf Free21 am 25.5.2019, 6:00 Uhr

Beteiligung an der völkerrechtswidrigen Militäroperation „Inherent Resolve“ in Syrien gegen IS, Nusra-Front und andere Aufständische

Deutschland beteiligt sich an „Inherent Resolve“ mit AWACs-Besatzungen, Tornado-Aufklärungsflügen und einem Tankflugzeug. Diese westliche Ad-hoc-Koalition agiert in Syrien ohne ermächtigenden Sicherheitsratsbeschluss, ohne Einverständnis der syrischen Regierung und ohne sich auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 UN-Charta berufen zu können. Denn keiner der hier agierenden westlichen Staaten ist von Syrien oder aus Syrien angegriffen worden. Die syrische Regierung kämpft selbst gegen die Rebellengruppen und hat vom Westen dafür keine Hilfe erbeten.

Der „Inherent Resolve“-Einsatz ist als Verstoß gegen das Gewaltverbot der UN-Charta insgesamt völkerrechtswidrig. Das Verdikt trifft auch den deutschen Beitrag. Was die Bundeswehr dort tut, ist ein Bruch des völkerrechtlichen Interventionsverbots. Das gilt auch für jede militärisch-logistische Unterstützung:

> „Ein Staat, der einem anderen Staat bei der Begehung eines völkerrechtswidrigen Handelns (...) hilft oder ihn unterstützt, ist völkerrechtlich dafür verantwortlich“ (2).

Dennoch unterstützt die deutsche Regierung die Rebellen durch Waffenlieferungen in großem Stil an die Türkei, Jordanien und Katar, durchaus in Kenntnis, dass die Waffen von dort an die Rebellen weitergeleitet werden.

Kaum diskutiert wurde hier, dass die Aufklärungsbilder der deutschen Tornados dafür verwendet werden, Angriffe der anderen Partner vorzubereiten: bei der Bombardierung einer Schule bei Rakka am 20. März 2017 durch die USA starben 33 völlig unbeteiligte Zivilisten, Flüchtlinge aus anderen Landesteilen. Die Aufklärungsbilder stammten von Tornados der Bundeswehr, die nicht selbst bombt, aber bomben lässt – wie seinerzeit in Kundus.

Ebenso ist nicht allgemein bekannt, dass auch für den Syrienkrieg die US-Airbase Ramstein als Drehscheibe funktioniert für US-Waffentransporte an syrische Rebellen (3). Hier verfolgt die deutsche Regierung wie beim großenteils völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg der USA über Ramstein die Politik des Nicht-Wissen-Wollens, um nicht eingreifen zu müssen.

Amerikanischer Angriff auf den syrischen Militärflugplatz Scha'Irat am 7. April 2017, als Vergeltung für einen angeblichen Chemiewaffenangriff in Chan Schaichun. Die USS Ross, ein Lenkwaffenzerstörer der Arleigh Burke-Klasse, (DDG 71) feuert eine Tomahawk-Landangriffsrakete ab. (Foto: U.S. Navy, wikimedia, public domain)

Offenbar ist die fehlende völkerrechtliche Grundlage für den Syrieneinsatz der Bundeswehr im Verteidigungsministerium durchaus bekannt. Dieter Weingärtner, vor kurzem noch dort als Leiter der Rechtsabteilung tätig, veröffentlichte am 22. November 2018 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Beitrag „Zur Verteidigung? Wehrverfassung in Not: Wie sich die Bundesregierung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr das Grundgesetz zurechtbiegt.“ Der Titel nimmt Bezug auf den für die Wehrverfassung zentralen Artikel 87a Absatz 2 Grundgesetz: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt“.

Weingärtner äußert, die deutsche Sicherheitspolitik tendiere dazu, die Verfassungslage zu ignorieren, wenn sie von der zunehmenden Bedeutung von Ad-hoc-Kooperationen unter Beteiligung der Bundeswehr zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung spreche, dabei aber ausblende, dass das Grundgesetz dafür keine Basis bietet. Mit Blick speziell auf die Beteiligung an „Inherent-Resolve“ in Syrien äußert Weingärtner:

> „Notfalls biegt die Bundesregierung die verfassungsrechtlichen Grundlagen eines Einsatzes zurecht – und erhält dazu auch noch die Zustimmung des Bundestages.“

Anstatt sich am Völkerrechtsbruch durch unterstützende Militäraktionen zu beteiligen, sollte die Bundesregierung den Verbündeten in den Arm fallen und sie daran erinnern, dass die NATO-Partner sich in Artikel 1 des Nordatlantikvertrags verpflichtet haben, „sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist“ (4).

Beteiligung an Vergeltungsangriffen gegen Syrien wegen angeblichen Einsatzes von Giftgas durch das Assad-Regime?

Inzwischen hat die syrische Regierung die bewaffneten Rebellenorganisationen weitgehend von ihrem Staatsgebiet vertreiben können. Nur in der Provinz Idlib im Nordwesten halten noch große, gut bewaffnete Verbände Teile des Landes besetzt. Dort droht tatsächlich noch eine große militärische Auseinandersetzung. Die US-Regierung plant für den Fall, dass dort Giftgas eingesetzt wird, erneut einen Militärschlag ohne Ermächtigung durch

Quellen und Anmerkungen:

(1) **vgl. § 7** Absatz1 Außenwirtschaftsgesetz (AWG), Ausfuhrliste Teil I A „Chemikalien für Waffen"

(2) **vgl. Artikel 16** des Entwurfs der Staatenverantwortlichkeit von 2001 – sie gilt nach h.M. als Völkergewohnheitsrecht

(3) **Süddeutsche Zeitung vom** 12.September 2017

(4) **vgl. P. Aust:** „Völkerrechtswidrigkeit benennen: Warum die Bundesregierung ihre Verbündeten für den Syrien-Luftangriff kritisieren sollte", in: verfassungsblog vom 16. April 2018

(5) **WD 2-3000-130/18, „Rechtsfragen** einer etwaigen Beteiligung der Bundeswehr an möglichen Militärschlägen der Alliierten gegen das Assad-Regime in Syrien"

Autor: Gerhard Baisch

Jahrgang 1942, ist Rechtsanwalt und lebt in Bremen. Hier war er von 1974 bis 2010 als Strafverteidiger tätig. Seither beschäftigt er sich mit Fragen des Völkerrechts und ist in der Friedensbewegung aktiv. Er gehört dem Vorstand der IALANA Deutschland an und ist Mitglied der Jury für die Vergabe des Whistleblowerpreises.

Dieser Text wurde zuerst am 1.3.2019 auf rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/der-mittater› veröffentlicht. Lizenz: Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, CC BY-NC-ND 4.0

‹http://www.free21.org/?p=32067›

den Sicherheitsrat gegen Syrien und hat die deutsche Regierung aufgefordert, sich dann daran zu beteiligen. Seither wird in Deutschland darüber heftig diskutiert.

Dabei kann überhaupt kein Zweifel sein, dass ein Militärschlag dieser Art flagrant gegen das Völkerrecht verstoßen würde, wie bereits die früheren Militärschläge gegen Syrien vom 7. April 2017 – die USA bombardieren den Flugplatz von Scha'Irat nach dem Giftgaseinsatz in Khan Sheikhoun vom 4. April 2017 – und vom 14. April 2018 – die USA, Frankreich und England bombardieren verschiedene Ziele in Syrien nach dem Giftgaseinsatz vom 4. April 2018 in Duma/ Ostghuta.

Die beiden Militärschläge von April 2017 und April 2018 wurden ausgeführt ohne jeden Versuch, vorab zu klären, wer jeweils das Giftgas eingesetzt hatte. Darauf kommt es völkerrechtlich gesehen allerdings auch nicht an: selbst wenn das Assad-Regime sich dafür verantwortlich erklärt hätte, dürfte kein anderer Staat in einer Art Selbstjustiz Syrien mit einem militärischen Angriff „bestrafen". In früheren Jahrhunderten wurde der Einsatz militärischer Gewalt gegen einen anderen Staat, um die Verletzung einer internationalen Konvention zu ahnden, für zulässig gehalten. Spätestens mit Verabschiedung der UNO-Charta sind derartige „Repressalien" als Verstoß gegen das umfassende Gewaltverbot völkerrechtlich verboten. Das ist international ganz unstrittig. Die Friendly Relations Declaration von 1970 bestätigt das, ebenso die Sicherheitsratsresolution 188/64 und der Internationale Gerichtshof (IGH) im Nicaragua-Urteil von 1986.

Die USA und Frankreich haben sich nicht einmal bemüht, ihren Angriff rechtlich irgendwie zu legitimieren. Nur Großbritannien versuchte – für Völkerrechtsexperten in keiner Weise überzeugend – sich auf eine neue Art humanitärer Intervention zu stützen.

Wenn sich Deutschland in naher Zukunft an einem derartigen Vergeltungsakt beteiligen würde, sollten sich die Abgeordneten, die einem solchen Bundeswehreinsatz im Ausland zustimmen, vor Augen halten, dass sie auch persönlich dafür einstehen müssen und sich unter Umständen nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) strafbar machen.

> „Strafbar macht sich eine Person, die … tatsächlich in der Lage ist, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken."
> (Paragraph 13 Absatz 4 VStGB)

Zu diesem eindeutigen Ergebnis kommt auch das Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags vom 10. September 2018 (5).

Die Luftangriffe des Westens zur Vergeltung waren nicht nur nicht gerechtfertigte Maßnahmen, sondern jeweils ein schwerer Völkerrechtsbruch, konkret des Gewaltverbots nach Artikel 2 Ziffer 4 UN-Charta. Es handelte sich um „völkerrechtliches Faustrecht", um „verbotene Selbstjustiz". Die Regierungen der USA, Frankreichs und Großbritanniens, die die Angriffsbefehle gaben, haben sich des „Kriegsverbrechens der Aggression" strafbar gemacht.

Ein Skandal ist es, wenn die Bundesregierung den Rechtsbruch der angreifenden Westmächte nicht beim Namen nennt und scharf verurteilt, sondern den Angriff der USA auf Syrien von April 2017 für „nachvollziehbar" erklärt und die Angriffe von April 2018 sogar als „erforderlich und angemessen" bezeichnet. Immerhin handelt es sich um die Billigung von Straftaten und Völkerrechtsverbrechen. Wo bleibt die Einleitung von Strafverfahren nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch gegen Trump, May, Macron und die Kanzlerin Merkel durch den Generalbundesanwalt?

Bundeskanzlerin Angela Merkel (Foto: Armin Linnartz, wikimedia, CC BY-SA 3.0 de)

Publiziert auf Free21 am 25.5.2019, 6:00 Uhr

Odessa 2.Mai 2014: Aufklärung durch Augenzeugen nicht überall erwünscht

Am 2.5.2019 jährten sich zum 5. Mal die Ereignisse von Odessa, bei dem insgesamt 48 Menschen – davon 42 im Gewerkschaftshaus – ermordet und hunderte schwer und schwerst verletzt wurden. Wir hatten die Gelegenheit, anlässlich dieses Jahrestages mit Oleg Muzyka, einem der Überlebenden, der seit 2017 als anerkannter Flüchtling in Berlin lebt, zu sprechen. Das Interview wurde mithilfe einer russischen Übersetzerin geführt.

von Andrea Drescher

Blick in das abgebrannte Gewerkschaftshaus in Odessa. (Foto: Lsimon, CC BY-SA 4.0)

Buchcover.

Oleg Muzyka hat in dem Buch „Brennendes Gewissen – der 2. Mai in Odessa und die Folgen“ seine Erlebnisse an diesem Tag dokumentiert und will damit, wie auch mit seinen zahlreichen Interviews und Vorträgen, zu einer Aufklärung der Geschehnisse an jenem Tag beitragen.

Zunächst ein kurzer Überblick für all jene, die nicht wissen, was in Odessa geschah:

In Folge der Maidan-Bewegung in Kiew entwickelte sich in Odessa Widerstand, da viele der Menschen dort mit den politischen Vorgängen in Kiew – also dem Putsch gegen Präsident Janukowitsch, der Abspaltung von Russland und der Hinwendung zu EU und NATO – nicht einverstanden waren.

Auf dem Kulikowo Pole, dem Platz direkt vor dem Gewerkschaftshaus, entstand ein Protestcamp.

Die Anti-Maidan-Bewegung war ein demokratischer und gewaltfreier Protest. Mit anfangs 500 Teilnehmern, dann 1000, dann 2000 wuchs der sichtbare Widerstand. Bis zu 25.000 Menschen (lt. Polizeiangaben) demonstrierten für mehr autonome Rechte, ein Referendum zur Föderalisierung, territorial-administrative Reformen, die Anerkennung von Russisch als gleichberechtigte Zweitsprache, freie Wahlen von Gouverneuren, Bürgermeistern, Polizeichefs und anderen Funktionsträgern sowie das Recht, die kulturellen, wirtschaftlichen und verwandtschaftlichen Verbindungen zu Russland zu pflegen.

Der Protest verlief über mehrere Wochen friedlich – bis am 2.5. 2014 mehrere hunderte Bewaffnete das Protestcamp in Odessa überfielen. Sie schlugen auf die Menschen im Camp ein und verfolgten Flüchtende bis ins Gewerkschaftshaus, wo

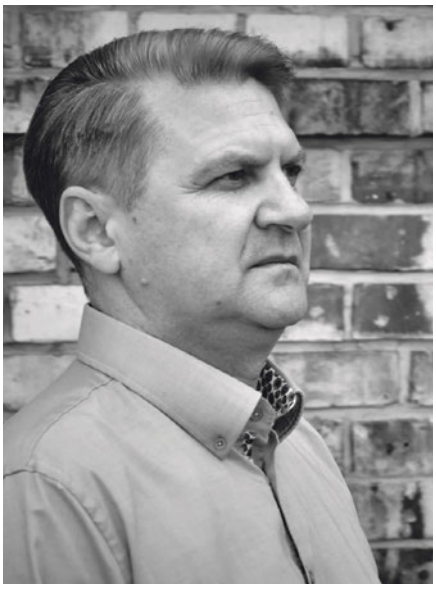
sie sich hatten in Sicherheit bringen wollten. Die Zelte des Camps und schließlich das Gewerkschaftshaus wurden in Brand gesetzt; mindestens 48 Menschen starben in den Flammen, erstickten oder wurden zu Tode geprügelt.

Die Täter – geschweige denn deren Hintermänner – wurden nicht verfolgt. Im Gegenteil: wer direkt nach dem Pogrom von der Polizei inhaftiert wurde und nur auf öffentlichen Druck der Bevölkerung Odessas drei Tage später wieder frei kam – waren die Überlebenden des Pogroms.

Auch 5 Jahre nach den Ereignissen hat noch kein Verantwortlicher vor Gericht gestanden. Eine Aufklärung und die Suche nach den Tätern wird weder in der Ukraine noch in der EU ernsthaft vorangetrieben. Dabei ist sie dringend notwendig.

Danke, dass Sie als Überlebender von Odessa über das, was vor fünf Jahren passiert ist, sprechen. Wie präsent sind die Ereignisse für Sie heute?

Das kann ich nicht sagen, darüber denke ich nicht nach. Es sind Erinnerungen an meine Kollegen und meine Freunde. Ich werde sehr oft nachts im warmen Bett wach und die Erinnerungen an das, was passierte ist, sind direkt vor mir. In den vergangenen fünf Jahren habe ich so viele Veranstaltungen besucht, Vorträge gehalten, Interviews gegeben und das Buch darüber geschrieben … das ist mein Leben heute.



Oleg Muzyka (Foto: Verlag)

Lager der pro-russischen Demonstranten auf dem Kulikovo-Polplatz in Odessa, 10. April 2014. (Foto: Wikipedia / Hobopocc, Lizenz: CC-BY-SA 3.0)

Wie haben Sie früher gelebt?

Ich habe ein ganz normales Leben geführt. Ich kam 1967 gut 100 km von Odessa entfernt auf die Welt. Nach Abschluss der „Odessa National Maritime Academy" – technische Flotte – bin ich danach wie jeder andere zur Armee gegangen, habe geheiratet, wurde Vater einer inzwischen erwachsenen Tochter. Im Anschluss an die Armee fuhr ich als Bootsmann zur See, bis die Sowjetunion zerbrach. Dann wurde ich Unternehmer in der Automobilindustrie, das bin ich noch heute. 2009 wurde ich parteipolitisch aktiv, engagierte mich für soziale Themen in Odessa. Gemeinnützigkeit, Hilfe für alte Menschen und Kinder: Ich wollte die positiven, die sozialen Themen aus der Sowjetzeit in die neue Welt mitnehmen, in der es auch reiche Menschen geben durfte.

Waren Sie als Funktionär bei den Demonstrationen dabei?

Nein. Das war eine spontane, zivile Bewegung von unten, völlig informell. Einfache Menschen gingen auf die Bühne und sprachen. Man wusste zwar, dass ich politisch engagiert war, das hatte aber keine Bedeutung. Jeder durfte sich äußern. Nur wer zur Gewalt aufrief, wurde nicht mehr auf die Bühne gelassen. Es war eine selbstorganisierte Veranstaltung, die von Einwohnern Odessas getragen wurde, keine Partei stand dahinter. Den meisten offiziellen Parteien war es egal, was sich am Platz tat. Nur die kommunistische Partei wollte die Menschen unterstützen, es wurden dann aber keine Parteien zugelassen.

Können Sie Ihre Erlebnisse zusammenfassen? Nur kurz – im Buch gehen Sie ja ausführlich darauf ein.

Wir haben nicht erwartet, dass passieren wird, was passiert ist. Wir haben geglaubt und gehofft, dass man sich in Odessa – einer offenen und toleranten Stadt – friedlich austauschen kann. Gerade in Odessa kam es zu intensiven Gesprächen zwischen den Maidan-Anhängern und der Anti-Maidan-Bewegung. Wir waren überzeugt, dass wir durch Gespräche zu Lösungen kommen werden. Aber es gab offensichtlich agressive politische Mächte, denen diese friedliche Situation nicht gefiel, die alles getan haben, die Stimmung zu kippen. Und sie waren erfolgreich damit.

Ich war an dem Tag bereits frühmorgens im Camp, habe daher auch die Polizei gesehen, die sich offensichtlich auf irgend etwas vorbereitet hat. Wir selbst hatten keine besonderen Erwartungen; Kinder, Frauen und ältere Leute haben sich ein Konzert angeschaut. Nichts deutete darauf hin, dass etwas passieren würde. Wir waren ja nur Zivilisten ohne jede militärische Ausbildung – niemand hat mit dem gerechnet, was dann kam. Als

Publiziert auf Free21 am 24.5.2019, 20:00 Uhr

wir von den Kämpfen zwischen Maidan- und Anti-Maidan-Anhängern am Griechischen Platz hörten, entschied ich mich, mich nicht einzumischen. Bis ca. vier Uhr nachmittags konnte ich auch die anderen davon abhalten. Dann wurde die Unruhe zu groß und wir gingen hinüber, um selbst zu sehen, was los ist. Die Radikalität dort hat mich schockiert. Das war nicht mein Odessa, das war übelste brachiale Gewalt.

Noch heute stelle ich mir immer wieder die Frage: Hätten wir etwas anderes machen sollen, hätte man eingreifen sollen? Ich weiss es nicht.

Gegen Abend haben wir uns dann wieder zum Kulikowo Pole zurückgezogen, wo Frauen, alte Menschen und Kinder – es waren fast keine junge Männer auf dem Platz – Barrikaden bauten, um sich und das Camp zu schützen. Meine Frau rief mehrfach an, warnte mich, warnte uns alle, dass sie im Fernsehen live sehen könne, dass ein bewaffneter Mob zum Kulikowo Pole käme und ich unbedingt weggehen solle.

Warum sind Sie und die anderen nicht geflüchtet?

Ich hatte mit dazu aufgerufen, dass dieser Platz zum Zeichen werden sollte: ein Platz für den Erhalt der russischen Sprache und Kultur sowie demokratischer Gesetze. Ich konnte mir nicht erlauben wegzulaufen, solange noch Frauen und Kinder dort waren. Und ja, die meisten hätten noch fliehen können. Aber sie wollten ihre Stadt und ihre Werte verteidigen – das hatte etwas mit Berufung zu tun.

Aber es hat auch niemand nur im Traum daran gedacht, dass Menschen umgebracht werden könnten! Wir rechneten mit der Zerstörung des Zeltlagers, aber nicht mit Mord und Totschlag. Und wir gingen davon aus, dass uns das Gewerkschaftshaus mit seinen dicken Wänden Sicherheit bieten würde. Für Menschen ohne militärische Ausbildung eine ganz normale Einschätzung, wie ich jetzt weiß. In der Realität bot uns das Haus nur 30 Minuten Schutz, nachdem wir uns hinein geflüchtet hatten. Dann begannen die schlimmen Szenen.

Wir haben alle ums Überleben gekämpft – viele haben es nicht geschafft. Mein jüngerer Bruder kam erst wegen der Angriffe zum Platz, um uns zu helfen. Ich wusste nicht, wo er war, und erfuhr erst Tage später, dass er schwer verletzt überlebt hatte. Auf der Straße wurden Menschen niedergemetzelt, im Gebäude starben viele an Rauch und Feuer. Es hätte vieles verhindert werden können, wenn Polizei und Feuerwehr rechtzeitig eingegriffen hätten – das ist aber nicht passiert. Irgendwann mitten in der Nacht sind wir dann hinausgerannt. Ich habe meinen Bruder unter den Opfern gesucht – es waren so viele, ich konnte ihn nicht finden.

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger(Österreich) trifft den Präsidenten der Ukraine Viktor Janukowitsch. Wien, 22.11.2013 (Foto: Dragan Tatic, Lizenz: CC-BY 2.0)

Irgendwann ging dann ein grelles Licht an. Die Polizei kam und verhaftete die Überlebenden – also uns Anti-Maidan-Aktivisten. Die Euromaidan-Anhänger und die Schläger des rechten Sektors blieben von der Polizei unbehelligt. Wir wurden durch den Korridor des Todes gejagt – mit Baseballschlägern niedergeknüppelt – und die Polizei schaute zu. Dann wurden wir ins Gefängnis gebracht, unsere Daten aufgenommen, und ich kam in Einzelhaft. Es gab so viele Verhaftungen, dass sie die Frauen freiließen. Dann ging alles sehr schnell. Wir wurden verhört, eine Anklageschrift vorgelegt – aber am 4.5. gab man dem Druck der Öffentlichkeit nach und ließ uns wieder frei.

Gab es Unterstützung aus Russland?

Nein, es gab keinerlei Unterstützung aus Russland, das ist ja das Beängstigende. Hätte Russland eingegriffen, wäre es wohl wie auf der Krim ohne Tote ausgegangen. Ich habe das Interview mit einer Frau gehört, die vom Dach des Gewerkschaftshauses aus die Russische Botschaft angerufen und um Hilfe gebeten hatte. Als man dort aber erfuhr, dass keine russischen Staatsbürger betroffen waren, entschied die Botschaft, nicht einzugreifen.

Wann haben Sie die Ukraine verlassen?

Am 21.5 2014 verließ ich Odessa in Richtung Russland. Dort habe ich erst einmal bei Freunden gewohnt. Dann habe ich Europa mit einer Fotoausstellung bereist, um über die Geschehnisse in Odessa zu informieren.

Was machen Sie jetzt?

Heute lebe ich als offiziell anerkannter Flüchtling in Berlin. Ich setze weiter alles daran, die Menschen über die Vorkommnisse zu informieren. Ich erreiche sie in Vorträgen, Ausstellungen und Diskussionen. Aber dabei kann man nie auf alles eingehen, was passiert ist. Mit dem Buch vermittle ich detaillierte Informationen und habe sie damit auch festgehalten; so geraten die unzähligen Fakten nicht in Vergessenheit. Bislang erinnere ich mich an die Geschehnisse vom 2.5.2014 zwar noch in allen Einzelheiten, aber irgendwann wird das Vergessen beginnen. Darum haben mir Freunde geraten, möglichst genau zu dokumentieren, was ich an diesem Tag erlebt habe.

Wenn Sie über Odessa informieren – wie wird es aufgenommen? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Ich habe den Eindruck, dass sich überall ca. 5% der Menschen mit Politik beschäftigen, ob in der Ukraine, in Deutschland oder anderen Ländern Europas. Zu den Veranstaltungen kommen eher wenige Menschen – in Berlin waren es einmal 150, in Koblenz im März 2019 etwa 40. Es sind nicht viele, die sich für Themen interessieren, die sie nicht unmittelbar selbst tangieren – egal in welchem Land. Die Ukraine ist weit weg. Odessa ist weit weg. Man reagiert erst, wenn man persönlich betroffen ist. Und heute leben selbst in der Ukraine noch Menschen, die nicht im Ansatz wissen, was am 2.5.2014 in Odessa geschah. Traurig, aber leider wahr. Die meisten Besucher, die zu den Veranstaltungen kommen, sind bereits informiert. Sie wollen mehr wissen, wollen Informationen von einem Augenzeugen erhalten. Und es gibt nicht wenige, die mit meiner Aufklärungsarbeit nicht einverstanden sind. Die setzen alles daran, Veranstaltungen zu verhindern, teilweise mit den fadenscheinigsten Begründungen, teilweise auch mit Drohungen.

Drohungen? Was heißt das?

Mehrheitlich sind es Ukrainer, die eher aggressiv vorgehen. In Dresden wurde eine Veranstaltung abgesagt, weil ein Ukrainer, der seit 15 Jahren in Deutschland lebt, der Auffassung war, dass ich lüge. Er wurde zur Diskussion eingeladen, war an einem direkten Gespräch aber nicht interessiert. In seinen insgesamt drei Beschwerden an den Veranstalter, der den Raum zur Verfügung stellen wollte, sagt er dann, wer uns den Raum gäbe, den müsse man als Agenten des Kremls ansehen. Das mag ja keiner … Wir trafen uns mit den Interessenten für die Veranstaltung dann vor dem Gebäude.

Und wie sind die Reaktionen von Medien?

Linke und kommunistische Medien reagieren eher positiv. Sputnik oder Russia Today haben ebenfalls über das Buch berichtet. Auch kleine lokale Zeitungen sind manchmal interessiert. Die großen, westlichen Medien ignorieren mich und meine Arbeit oder distanzieren sich. Die Deutsche Welle war anfangs interessiert, wir standen in Mail-Kontakt. Als sie aber erfuhren, dass es einen Bericht bei Sputnik gab, verschwand das Interesse.

Gibt es Interesse an der Aufklärung seitens der Politik oder offizieller Stellen?

Was ich feststellen muss, ist, dass offizielle Stellen kein ernstes Interesse an Aufklärung haben. Organisationen wie die Konrad -Adenauer-Stiftung geben sich zwar den Anschein, neutral zu agieren, unterstützen aber offensichtlich die ukrainische Regierung. So gab es am 16. und 17. Oktober die Kiewer Gespräche in Berlin, in der sich eine Arbeitsgruppe beim Thema „Umgang mit Gewalt –Straflosigkeit oder justizielle Aufarbeitung“ auch den Geschehnissen zum 2.5. widmete. Zumindest war laut Programm Tetjana Herasymova von „Gruppe 2. Mai“, Odessa dort vertreten. Im Programm wurden „die Gewaltexzesse rund um den Brand des Gewerkschaftshauses in Odessa“ auf jeden Fall explizit erwähnt. Ich wollte als Augenzeuge daran teilnehmen, meldete mich an, erhielt aber auf meine Registrierung keine Antwort und wurde dann beim Empfang abgewiesen. Ich hatte meine Papiere dabei, das Buch, meinen Ausweis als anerkannter ukrainischer Flüchtling aus Odessa. Es gab angeblich keinen Platz. Ich fragte, wie man über etwas diskutieren wolle, wenn man keinen Augenzeugen dabei habe. Trotzdem wurde ich weggeschickt. Es gab wohl nicht genug Platz für die ganzen Überlebenden …

Man darf aber auch nicht vergessen, dass auf dem Maidan zahlreiche Politiker aus den USA und aus Deutschland als Unterstützer dabei waren, die damit den Putsch faktisch unterstützt haben. Wie soll da ein ehrliches Interesse an Aufklärung entstehen?

Wer unterstützt Sie bei Ihrer Arbeit?

In Deutschland sind das die Mütter gegen Krieg aus Berlin-Brandenburg, einzelne Bundestagsabgeordnete der Linken, die mir die Möglichkeit geben, bei Veranstaltungen zu informieren, sowie der Verein Friedensbrücke Kriegsopferhilfe e.V..

Haben Sie noch Kontakte nach Odessa?

Ja – dank Telefon und Skype stehe ich regelmäßig mit meiner Familie und Freunden in Kontakt, und versuche den Menschen zu helfen, zum Beispiel indem ich Lebensmittel nach Odessa schicke. Ich unterstütze Projekte mit Spenden – wie z.B. den Film „Brennende Herzen“. Ich tue eben das, was mir möglich ist.

Und woher bekommen Sie die Spenden?

Ich habe noch eine Firma, die von meiner Familie weiter geführt wird. Zudem stehe ich in engem Kontakt mit Geschäftsleuten vor Ort, die die jetzige politische Ausrichtung nicht gutheißen und Spendengelder zur Verfügung stellen. Und natürlich rufe ich bei meinen öffentlichen Veranstaltungen unter den Besuchern zu Spenden auf. Auch vom Erlös des Buches geht ein Teil an Menschen, die Hilfe benötigen.

Wo kann man das Buch erwerben?

Es ist in der Eulenspiegel Verlagsgruppe erschienen und kann dort oder in jeder Buchhandlung mit der ISBN 978-3-947094-37-0 geordert werden. Auch die Friedensbrücke Kriegsopferhilfe unterstützt mich beim Vertrieb, man kann das Buch über www.fbko.org ebenfalls bestellen.

Zum Abschluss: Was würden Sie sich von den Lesern dieses Artikels wünschen?

Mein Wunsch wäre es, dass die Menschen begreifen, dass man nicht teilnahmslos bleiben darf, wenn man sieht, dass Unrecht geschieht. Jeder kann innerhalb sehr kurzer Zeit in einem Krieg landen – davor ist niemand gefeit. Wie schnell das gehen kann, habe ich selbst erleben müssen.

Aber ich wünschen allen, dass sie nie im eigenen Haus Schüsse hören müssen, sondern weiter ein friedliches Leben mit viel Sonnenschein erleben dürfen.

Vielen Dank für Ihr Engagement und eine friedliche Zukunft für uns alle!

Autor: Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=32069›

Publiziert auf Free21 am 24.5.2019, 20:00 Uhr

Diese Videoaufnahmen der Polizei von London zeigen Ruslan Boshirov und Alexander Petrov, die den russischen Ex-Agenten Sergej Skripal vergiftet haben sollen. (Foto: Metropolitan Police)

Das alternative **Skripal-Narrativ**

Der Autor dieses Textes bietet eine interessante alternative Erklärung der Skripal-Affaire an, die viele Ungereimtheiten und offenkundige Falschdarstellungen seitens der britischen Behörden und der Medien in einem anderen Licht erscheinen lassen. Wir erfahren hier viel über mögliche Hintergründe und Ursachen, die man so noch nicht miteinander in Verbindung gebracht präsentiert bekommen hat.

von Michael Antony

Der jüngste Leckerbissen, der uns von Bellingcat (der angeblich dem MI6, dem britischen Auslandsgeheimdienst nahe steht) verabreicht wurde, nämlich, dass in der Nacht vom 4. März 2018 ein dritter russischer Agent auf dem Flug von Heathrow nach Moskau gebucht war, welcher dann aber nicht erschien [1] – jener Flug, welcher von den beiden in Salisbury gefilmten mutmaßlichen Offizieren des russischen Militär-Nachrichtendienstes GRU genommen wurde – weist auf eine mögliche Auflösung des verwirrenden Skripal-Puzzles hin.

Was wäre, wenn der dritte Mann, oder vielleicht besser der Mann, der seinen Platz einnehmen sollte, zu jenem Zeitpunkt im Salisbury Hospital mit einer Opiatvergiftung im Koma lag? Was wäre, wenn Sergei Skripal ein Triple-(Dreifach)-Agent war, der versuchte, zurück nach Russland zu fliehen, um der Welt die Wahrheit über das Steele-Dossier (mit dem die Russen angeblich Donald Trump erpressen haben sollen. Anm. d. Red.) zu sagen, das er als skurrilen, obszönen Witz mit ausgeheckt hatte und das unerwartet zur neuen Bibel der wahnsinnigen Kriegspartei in Washington geworden war? (Gemeint sind die Untersuchungen gegen Trump in Bezug auf eine russische Einflussnahme u. Mithilfe im Präsentschaftswahlkamp sowie eine Erpressbarkeit von Trump durch die Russen wegen angeblicher Prostituiertengeschichten in Moskau. Anm. d. Red.)

Dies ist die alternative Erzählung, die ich hier im Detail erläutern werde, damit der Leser sich ein Bild davon machen kann, ob sie eine plausiblere und schlüssigere Geschichte abgibt als der Mischmasch aus Unwahrscheinlichkeiten, Absurditäten und Widersprüchen der britischen

Autor: Michael Antony

Michael Antony ist ein in der Schweiz lebender Schriftsteller. Sein nächstes Buch über den kommenden Atomkrieg heißt „Requiem for America“. Er hat einen Blog, michaelantonyblog.wordpress.com.

Publiziert auf Free21 am 23.06.2019, 12:30 Uhr

Polizei und des MI6 [2]. Natürlich müssen in Ermangelung der gesamten Fakten manchmal die Lücken mit einfallsreicher Rekonstruktion geschlossen werden. Aber es geht hier auch eher darum, zu verstehen, wie viele der heiklen Probleme, die sich aus den verfügbaren Fakten ergeben, durch diese Erzählung eher gelöst werden können, als durch das offizielle Narrativ.

Es ist nicht wichtig, ob Skripal von Anfang an ein Triple-Agent war (d.h. ein Spitzel, der bei einem Agenten-Austausch rübergeschickt wurde, einer klassischen Art der Infiltration des Feindes während des Kalten Krieges). Oder ob er zu einem Triple-Agent wurde, als er erkannte, wie wichtig dieses groteske Steele-Dossier geworden war und wie viel die Russen ihm zahlen würden, damit er zurückkommt und das Dossier zerstört.

Es gibt Beweise (der Bericht über sein Telefonat im Jahr 2012 mit seinem alten Schulfreund Vladimir Timoshkov fand drei Wochen nach der Vergiftung weite Verbreitung in den britischen Medien [3]), die vermuten lassen, dass er als simpler bezahlter Verräter begann. Enttäuscht über den Zusammenbruch der UdSSR zu einem von Jelzins Mafiakumpeln geführten, kapitalistischen Gangsterstaat, entschied er, dass er davon genauso gut profitieren könnte, indem er die Leiche dessen, was einmal sein Land war, an den Meistbietenden verkauft.

Die Russen schienen ihn für nicht viel mehr als einen gewöhnlichen Kriminellen zu halten (für den sie eine Gefängnisstrafe von 13 Jahren für angemessen hielten, anstelle der Todesstrafe, die er in den USA wegen des Verrats an 300 Agenten erhalten hätte [4]), sonst hätten sie ihn nicht sechs Jahre in ihrer Gefangenschaft überleben lassen. Vielleicht haben sie ihm, als sie ihn bei einem Agentenaustausch ausgewechselt haben, einen Wink gegeben und gesagt: „Da du nur eine geldgierige Hure bist, lass es uns wissen, wenn du mit interessanten Dingen von der Arbeit für den MI6 zurückkommen willst, und wir werden über den Preis reden."

Zwei Männer im Pub

Er lernte dieses interessante Zeug bald kennen, als er nach Salisbury geschickt

Das Skripal-Haus, dessen Haustürklinke mit Novichok besprüht gewesen sein soll, so dass die Skripals dadurch vergiftet wurden. Unklar ist weiterhin, wie es den Attentätern gelang, dass beide Skripals beim Verlassen des Hauses die äußere Klinke berührten und wieso diese trotz des hochtoxischen Giftes erst Stunden später zusammenbrachen. Das Dach des Hauses wurde inzwischen ersetzt. (Foto: Richard Avery, wikimedia, CC BY-SA 4.0)

wurde, der Heimatstadt seines MI6-Rekrutierers und Agentenführers Pablo Miller. Miller hatte ihn 1995 in Spanien angeworben und später von Estland aus geführt, als er dort als Diplomat eingesetzt war. [5] Es ist ein bisschen zuviel verlangt zu glauben, dass Skripals Umzug nach Salisbury ein Zufall war. Die beiden Männer wurden wieder Freunde, trafen sich regelmäßig im Pub, und es gibt allen Grund zu der Annahme, dass Miller seine Rolle als Agentenführer wieder aufnahm.

Miller arbeitete nun für Christopher Steele, seinen alten Chef beim MI6, in dessen privater Geheimdienstagentur Orbis Business Intelligence, die ihren Sitz in Mayfair hat. Das ist eine dieser privaten Geheimdienst-Klitschen, die von Ex-Spionen jener Art betrieben werden, für die Litvinenko früher gearbeitet hat. Genauso wie Litvinenko Lugovoi (sein angeklagter Attentäter) dazu brachte, ihm mit sorgfältig ausgewählten Informationen über russische Geschäftsleute auszuhelfen, da dieser die aktuelleren Erkenntisse hatte, genauso könnte Miller Skripal in gleicher Weise benutzt haben.

Skripals Hilfe spielte eine zentrale Rolle, als Steele von der Demokratischen Partei den Auftrag erhielt, russischen Dreck über Donald Trump auszugraben, und sie mussten sich eine GRU-Geschichte mit Donald und einigen Prostituierten in einem Moskauer Hotel ausdenken. Miller, der alte Russland-Hase, würde einen guten Teil der Arbeit für dieses Dossier geleistet und all die authentischen Details benötigt haben, die sein russischer Agent ihm liefern konnte. Vielleicht war es Skripal, der sich das Szenario ausdachte, dass Trump Prostituierte dazu brachte, auf jenes Bett zu urinieren, in dem die Obamas geschlafen hatten, was dann mit versteckten Kameras gefilmt wurde. Zumindest hat er der Sache seine Handschrift verliehen, die es wie eine typische GRU-Erpressungsmasche aussehen ließ, mit der man jemanden in einen Agenten verwandeln könnte. Und diese obszöne Fiktion, der Kern des Steele-Dossiers, wurde zur Grundlage des Neocon-Märchens, dass Trump ein russischer Handlanger sei – die wahnwitzige Grundlage der komplett wahnsinnigen Mueller-Untersuchung zur „russischen Verschwörung". [6]

Das obszöne Evangelium der US-Kriegstreiber

Als Sergei Skripal, der Söldner, die enorme Bedeutung erkannte, die dieses absurde, obszöne Steele-Dossier angenommen hatte, nämlich, dass das Dossier für die gesamte Anti-Trump-, Anti-Russland-Kriegspartei in Washington zum Evangelium geworden war, begann er zu erkennen, wie viel es dem russischen Staat wert sein könnte, das Dossier in der Luft zu zerreißen. Wenn er in einer russischen Talkshow zur Hauptsendezeit beschreiben würde, wie er sich diese obszönen Details bei einem Bier mit Miller und Steele in einem Pub ausgedacht hatte, dann würde nicht nur ganz Russland vor Lachen auf dem Boden liegen. Dann würden in Washington Köpfe rollen. Die Neocon-Kriegspartei würde zur Lachnummer werden. Der MI6 würde aus der Stadt gejagt werden. Steele könnte mit einer Anklage des FBI wegen Meineids konfrontiert werden. Der CIA könnte das Budget gekürzt werden. Trump könnte wieder in der Lage sein, mit Putin zu sprechen. Und die Belohnungen für Sergei könnten beträchtlich sein. Nicht nur, dass er seine 90-jährige Mutter wiedersehen könnte; vielleicht

Publiziert auf Free21 am 23.06.2019, 12:30 Uhr

bekäme er sogar eine schicke Villa mit Meerblick auf der Krim oder in Sotschi, anstelle dieses feuchten, schäbigen Reihenhauses im trüben Salisbury.

War es Sergei, der dieses Thema mit Yulia (seiner Tochter. Anm. d. Red.) bei einem ihrer Besuche in Großbritannien zur Sprache brachte, oder wurde sie von der GRU angeheuert, um ihn dazu zu verleiten? Ich wette auf Letzteres, denn nach der Vergiftung behauptete ihre Cousine Viktoria, dass Yulias neuer Freund und dessen Mutter beide für die russischen Geheimdienste arbeiteten (bevor sie aus dem Blickfeld gerieten). [7] Da Sergeis sämtliche Kommunikation vom MI6 überwacht wurde, war seine einzige Möglichkeit, mit der GRU zu sprechen durch seine Tochter, die wieder in Russland lebte, aber nach Großbritannien reisen konnte. Durch sie muss es ihm gelungen sein, einen Deal für seine Rückkehr auszuhandeln.

Irgendwie bekam der MI6 Wind von ihren Plänen – vielleicht war Yulia, die keine ausgebildete Spionin ist, etwas naiv oder nachlässig mit Abhörgeräten. Steele kam zu der Überzeugung, dass sie einen Fluchtplan für Sergei gemacht hatten, der bei ihrem nächsten Besuch in Salisbury ausgeführt werden sollte.

Die russische Interessenlage

Die Sache, die beweist, dass dies ein britisches Verbrechen war und kein russisches, ist die Tatsache, dass Yulia ein Hauptziel war. Die Russen hatten keinen Grund, sie zu eliminieren, aber wenn doch, hätten sie es in Russland mit einem einfachen Verkehrsunfall tun können, bei dem keine Fragen gestellt worden wären. Nur die Briten mussten es in Großbritannien tun, da sie nicht über die Ressourcen verfügten, um es in Russland zu tun.

Und wenn sie nicht das Hauptziel war, sondern ein Kollateralschaden, warum wurde Sergei nicht angegriffen, als er allein war? Warum darauf warten, dass sie ihn besucht? Die Tatsache, dass sie beide am Tag nach ihrer Ankunft in Großbritannien ins Visier genommen wurden, zeigt die Handschrift des MI6. Sie war eine Gefahr für den MI6, weil sie von Sergeis Plan wusste, nach Russland

The Maltings, Salisbury. Die weiße Decke ist über der Bank, wo die Skripals am Sonntag nach einem Giftangriff gefunden wurden. (Foto: Peter Curbishley, wikimedia, CC BY 2.5)

zurückzukehren und das Steele-Dossier zu vernichten, und sie musste daran gehindert werden, dies der Welt zu enthüllen, wenn er getötet worden war. Sie mit zum Schweigen zu bringen, war für den MI6 genauso wichtig, wie ihn zum Schweigen zu bringen.

Sich vorzustellen, dass Putin die Ermordung eines alten Doppelagenten anordnen würde, den er sechs Jahre lang im Gefängnis festgehalten (mit reichlich Möglichkeiten, sein Ableben zu arrangieren) und dann begnadigt und bei einem Agentenaustausch ausgewechselt hatte (was zu den Regeln des Spionagespiels gehört, auf denen auch sein eigenes Leben beruhte), ergibt keinen Sinn. Und das eine Woche vor den russischen Wahlen und drei Monate vor der Fußballweltmeisterschaft in Russland, die – so Putins Hoffnung – Russland in die Gemeinschaft der Nationen zurückführen würde. Das barg nur große Risiken für einen vernachlässigbaren Nutzen, und Putin geht keine sinnlosen Risiken ein, wie seine konsequente Umsicht in Syrien gezeigt hat, selbst als seine Streitkräfte angegriffen wurden.

Qui bono?

Vergleichen Sie die enormen Vorteile, die dieses Verbrechen Großbritannien gebracht hat. Diese Ermordung (die es eigentlich hätte sein sollen) gab dem MI6 eine perfekte Gelegenheit, die Schuld auf die Russen zu schieben und einen neuen antirussischen Rausch zur Sabotage ihrer feierlichen Fußballweltmeisterschaft auszulösen (vom britischen Außenminister wurde sie mit Hitlers Olympischen Spielen verglichen [8]). Es würde außerdem der EU den Wert Großbritanniens als Anti-Putin-Cheerleader zeigen, indem es Europa und Großbritannien in einer antirussischen Hasswoche zusammenbringt, um von ihren Brexit-Streitigkeiten abzulenken und ein gespaltenes Parlament hinter einer handlungsunfähigen Führerin zu vereinen.

Sie hofften, dass es die Nordstream2-Gaspipeline zum Scheitern bringen würde, ein vorrangiges Ziel des US-Neocon-Plans, um die russische Wirtschaft zu ruinieren, das „Regime“ zu stürzen und das Land zu zerschlagen – Ziele, die der MI6 uneingeschränkt teilt, wie ihr Propagandaflügel, die Integrity Initiative, inzwischen deutlich gemacht hat. [9]

Tatsächlich stammen die Pläne des MI6, auf die völlige Isolation und den wirtschaftlichen Ruin Russlands einschließlich sportlicher Verbote und der Beendigung des Kulturaustauschs hinzuarbeiten, aus dem Jahr 2015 und wurden kürzlich von Anonymous geleakt.

Das enorme Übergewicht eines Motivs auf britischer Seite sowie das geringe Risiko, ein solches Verbrechen auf eigenem Territorium durchzuführen, mit einer unterwürfigen Presse, einer gehirngewaschenen Öffentlichkeit und einer zahmen Polizei, weisen deutlich auf den MI6 als Täter hin.

Steele wandte sich wahrscheinlich an seine CIA-Freunde, um Vorschläge dafür zu erhalten, wie man Russland die Schuld unterschieben könnte. Sie haben sich Novichok ausgedacht. Dieses Nervengas, das von einem sowjetischen Chemiker erfunden wurde, der später in die USA übersiedelte und die Formel veröffentlichte, [10] konnte Russland als einzigartige russische „Chemiewaffe“ untergeschoben werden. Einerlei, dass jedes anständige Labor es produzieren könnte, wie ein Chemieprofessor an der Cornell Universität bezeugt hat. Einerlei, dass das von Briten erfundene Nervengas VX benutzt wurde, um den Halbbruder von Kim Jong-Un auf dem Flughafen von Kuala Lumpur zu ermorden, ohne dass Malaysia aufschrie, dass Großbritannien es getan haben muss. Bei Russland ist das

Das Einkaufszentrum in Salisbury, dessen außen installierte CCTV-Kameras entscheidende Hinweise zum Geschehen rund um den 4.3.2018 gegeben haben. Nicht alle Bilder dieser Kameras wurden bisher veröffentlicht. Die Bank, auf der die Skripals gefunden wurden, liegt in Sichtweite. (Foto: Jonathan Billinger, https://m.geograph.org.uk/photo/1052564, CC BY-SA 2.0)

anders. Hysterischer Hass gegen Russland kann augenblicklich von den vom MI6 kontrollierten Medien und von den vom MI6 gehirngewaschenen Politikern entfacht werden. Jeder, der an der Schuld Russlands zweifelt, kann als Putin-Handlanger verunglimpft werden. Ob das Novichok per Kurier aus den USA geschickt oder in Porton Down produziert wurde, ist unwichtig. Entscheidend ist, dass der Versuch des MI6, die Skripals mit Novichok zu töten, katastrophal scheiterte.

Die Bedeutung der Verpackung

Nehmen wir die berühmte mit Novichok verunreinigte Nina Ricci Parfümflasche, die von einem Obdachlosen in einem Mülleimer oder Spendencontainer gefunden und Wochen später seiner Freundin gegeben wurde, die tragischerweise starb, nachdem sie es sich auf das Handgelenk gesprüht hatte.

Die Polizei/MI6 Geschichte dazu ist, dass diese Parfümflasche verwendet wurde, um das Novichok aus Russland im Gepäck eines der mutmaßlichen GRU-Männer zu transportieren, die von Überwachungskameras in Salisbury gefilmt wurden. Das Novichok wurde dann auf den Türgriff des Skripal-Hauses gesprüht. Die Attentäter warfen die Flasche (von der sie wussten, dass sie genug Novichok enthielt, um weitere Menschen zu töten) dann herzlos in einen Mülleimer oder Spendencontainer und zeigten damit ihre Gleichgültigkeit über menschliche Verluste sowie ihre Gleichgültigkeit über Spuren, die sie überall und nirgends hinterließen.

Bei dieser Geschichte gibt es einige Probleme. Der Obdachlose behauptete, er habe die Parfümflasche noch in ihrer mit Zellophan versiegelten Packung gefunden, was beweist, dass sie nicht wieder geöffnet wurde, nachdem sie mit Novichok versetzt und professionell neu verpackt worden war. Die Flasche konnte daher nicht (wie behauptet) dazu verwendet worden sein, das Novichok auf den Türknauf zu sprühen, sonst wäre die Zellophanverpackung geöffnet gewesen.

Attentäter weit weg von zu Hause tragen normalerweise keine Zellophan-Verpackungsmaschinen mit sich herum, um geöffnete Parfümflaschen neu zu verpacken, besonders wenn sie diese einfach wegschmeißen wollen. Auch würden sie nicht das Risiko eingehen, nachdem sie einen separaten Zerstäuber auf die Flasche gesetzt und den Türknauf besprüht hatten, diesen zu demontieren, um ihn wieder in die Verpackung zu stecken, wissend, dass ein Tropfen auf ihrer Haut sie töten würde. Und wo würden sie diese heikle Operation durchführen? Auf der Straße? Die vergiftete Parfümflasche wurde daher nicht wieder geöffnet, nie benutzt und schadete niemandem, bis sie in den Händen des Obdachlosen landete. Also, für wen oder was war sie bestimmt?

Damenparfümflaschen sind in der Regel für Frauen gedacht. Wie viele Frauen gibt es in dieser Geschichte? Nur eine. Die einzig mögliche Erklärung für die Existenz dieser ungeöffneten, unbenutzten mit Novichok verunreinigten Flasche Parfüm ist, dass es sich um ein vergiftetes Geschenk für Yulia Skripal handelte. Warum hat sie das Geschenk nicht geöffnet? Weil sie einen Spion als Vater hatte, der einen Blick darauf warf und sagte: „Nicht anfassen!“

Das vergiftete Geschenk

Hier ist also die alternative Erzählung: MI6 hatte die glänzende Idee, Novichok in eine Nina Ricci Parfümflasche zu stecken und sie Yulia Skripal als Geburtstagsgeschenk ins Haus ihres Vaters zu schicken. Ihr Geburtstag war am 17. März, aber das Geschenk wurde wahrscheinlich am 3. März, dem Tag ihrer Ankunft, zugestellt, um ihren Fluchtplan im Keim zu ersticken. Es sollte wie ein Geschenk ihrer Familie oder ihres Freundes wirken.

Zweifellos hatte das Paket russische Stempel, die den Verdacht auf den russischen Staat lenken sollten, hätte man die Skripals tot in ihrem Haus mit einer offenen Parfümflasche in Yulias Händen gefunden.

Zum Leidwesen des MI6 warf Sergei nur einen Blick auf diese Nina Ricci Parfümflasche und seine Spionageinstinkte haben die Gefahr gerochen. Er weigerte sich, sie zu öffnen, machte aber stattdessen einen langen Spaziergang und warf sie auf halbem Weg durch die Stadt in einen Mülleimer oder Spendencontainer. Dort wurde sie von dem obdachlosen Mann gefunden und seiner Freundin gegeben, die dadurch Opfer der mörderischen Herzlosigkeit des MI6 wurde.

Selbst nachdem der MI6 wusste, dass die Flasche verschwunden war, warnten sie die Öffentlichkeit nicht, sich vor dem Aufheben einer Nina Ricci Parfümflasche zu hüten, weil sie sich nicht als die Attentäter zu erkennen geben wollten.

Publiziert auf Free21 am 23.06.2019, 12:30 Uhr

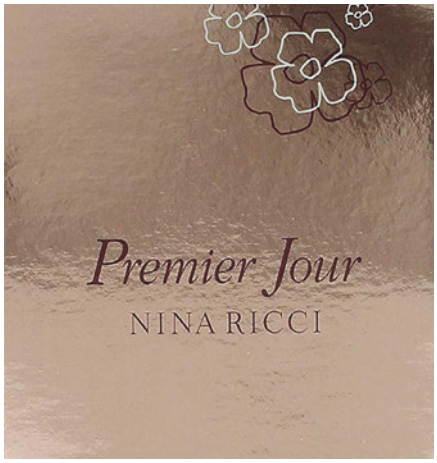
Der dritte Mann

Das Versagen, die Skripals mit der Parfümflasche zu töten, muss den MI6 alarmiert haben. Sie verfolgten das Paar am nächsten Tag durch Salisbury. Wohin gingen sie? Wir können nicht sicher sein, da wir nicht das gesamte CCTV-Material (CCTV, Closed Circuit Television = Videoüberwachungsanlage, d. Red.) erhalten haben. Aber lassen Sie uns ein paar phantasievolle Rekonstrutionen vornehmen, um die Lücken zu schließen.

Das Auto der Skripals machte einige unerklärliche Fahrten Richtung Stadtrand. Die beiden mutmaßlichen GRU-Männer, die von den Überwachungskameras in Salisbury gefilmt wurden, gingen ebenfalls in einige rätselhafte Richtungen; ohne die Spur eines Beweises kamen sie dem Haus der Skripals näher als einen halben Kilometer. Was wäre, wenn sich die beiden unerklärlichen Wege gekreuzt hätten? Nicht unbedingt zur selben Zeit, aber am selben Ort.

Was wäre, wenn sie sich wie bei diesem abgenutzten alten Klischee in Spionagethrillern am toten Briefkasten, dem diskreten Lieferort für ein Paket, getroffen hätten? Das Loch-in-einer-Gartenmauer, gerade groß genug, um etwas zu verbergen? Ein Mossad-Spion, der das britische Polizeinarrativ kommentierte, sagte, dass kein GRU-Attentatsteam jemals direkt aus Russland mit russischen Pässen eingeflogen wäre. Aber ein Support-Team, das ein Paket liefert? Warum nicht? Was hätten sie riskiert?

Nun, was müsste die GRU Sergei Skripal liefern, um ihm zu helfen, von Großbritannien nach Russland zurückzukehren? Offensichtlich einen Reisepass. Sobald er an seiner Loyalität zweifelte, würde der MI6 ihn auf eine Beobachtungsliste am Flughafen setzen. Er hätte einen Pass mit falschem Namen gebraucht, um herauszukommen, und vielleicht ein Flugticket nach Moskau mit gleichem Namen, damit er keine Internetbuchung hätte vornehmen müssen, die leicht hätte ausspioniert werden können. Aber der Reisepass durfte nicht leer sein. Es brauchte ein britisches Visum und einen Einreisestempel. Der dritte russische Agent, von dem Bellingcat uns jetzt erzählt, dass er nicht zum Rückflug nach Moskau erschien, hatte die Absicht, seinen Sitzplatz an Sergei Skripal abzugeben, der den Pass mit dem Visum benutzen würde, mit welchem er selbst einige Tage zuvor eingeflogen war (von seinen beiden Kollegen am selben Tag im toten Briefkasten für Sergei hinterlegt). Entweder Sergei und der dritte Mann hatten ausreichend körperliche Ähnlichkeit oder die Passfotos wurden von einem erfahrenen Fälscher in London ausgetauscht. Obwohl Sergei jetzt einen brauchbaren Reisepass hatte, wurde er leider erwischt, bevor er es zum Flug schaffte.



Verpackung einer Parfümflasche der Sorte Premier Jour von Nina Ricci, die von dem Obdachlosen gefunden wurde.

Der MI6 wusste nach dem Scheitern des Versuchs mit der Parfümflasche, dass sie schnell handeln mussten, um die Skripals von der Fahrt zum Flughafen abzuhalten. Sobald sie die Paketzustellung am toten Briefkasten beobachteten, würden sie ahnen, dass es sich um einen Reisepass handelt. Es gab jetzt keine Chance mehr, Novichok zu benutzen. Dass die Skripals nach Hause zurückkehren und eine Tasche packen würden, war unwahrscheinlich, also mussten sie an einem öffentlichen Ort ausgeschaltet werden. Novichok zu benutzen und das Leben von Dutzenden anderer Menschen zu riskieren, war selbst für den MI6 zu viel. Also beschlossen sie, sie auf der Straße mit einem Opiat wie Fentanyl zu besprühen und später Novichok zu den Blutproben hinzuzufügen, die sie zur Analyse nach Porton Down geschickt hatten (natürlich ohne eine kontrollierte Beweismittelkette – außer ihrer eigenen).

Ein bemerkenswerter Zufall

Wir wissen wegen eines einfachen Vorfalls – einer Nachlässigkeit – dass die Skripals mit einem Opiat und nicht mit einem Nervengas ausgeschaltet wurden. Die erste Person am Tatort, als die Skripals auf ihrer Bank zusammenbrachen, war eine Krankenschwester der Armee, die Chief Nursing Officer der britischen Armee (die Verantwortliche für das gesamte Krankenpflegepersonal der britischen Armee, d. Red.) Colonel Alison McCourt, begleitet von ihrer jugendlichen Tochter Abigail.

Glaubt jemand, dass sie dort zufällig war und nicht als Teil des MI6-Teams, das den Skripals folgte und das nach einer Möglichkeit suchte, sie diskret zu betäuben?

Nun hatte Colonel McCourt sowohl mit Ebola in Sierra Leone langjährige Erfahrung, als auch mit der Gefahr von Chemiewaffen während ihres Einsatzes im Irak, wo der Schutz vor Nervengas hohe Priorität hatte. Sie kannte die enormen Vorsichtsmaßnahmen, die erforderlich sind, um sich dem Opfer eines Nervengiftangriffs zu nähern. Doch Colonel McCourt ermutigte ihre Tochter, zu den zusammengebrochenen Skripals zu eilen und mit der ersten Hilfe zu beginnen. Etwas sehr Gefährliches, wenn ein Nervengas verwendet worden wäre. Später schlug sie Abigail sogar für eine Medaille für Heldentum wegen ihrer Aktion vor, weshalb sie in die Zeitung kam.

Woher wusste Colonel McCourt, dass bei den Skripals kein Nervengas eingesetzt wurde? Konnte sie erkennen, dass sie keine Anzeichen einer Nervengasvergiftung zeigten oder war sie Teil des Teams, welches sie mit Opiat eingesprüht hatte? Würde sie ihrer Tochter erlaubt haben, die Skripals zu berühren, wenn sie sich nicht auf die eine oder andere Weise sicher war, dass kein Nervengas vorhanden war? Das ist das, was man als „smoking gun“ bezeichnet.

In den Mainstream-Medien herrscht außergewöhnliches Schweigen über die Tatsache, dass keiner der Ersthelfer oder des Personals des Salisbury Hospitals in irgendeiner Weise von dem weltweit tödlichsten Nervengas betroffen war, obwohl mindestens zwei Tage lang keine Vorsichtsmaßnahmen dagegen getroffen wurden.

Die Krankenschwestern nahmen an, dass sie es mit einer Opiatüberdosis zu tun hatten. Als die Ergebnisse der Bluttests von Porton Down kamen und zeigten, dass Novichok in den Blutproben vorhanden war, wurden die Schutzanzüge angezogen und das Krankenhaus ging angeblich in den Panikmodus. Wir können davon ausgehen, dass das meiste davon eine Farce war.

Sergeant Bailey, der angeblich mit Novichok verseucht wurde, obwohl die Polizei sich nicht entscheiden kann wo, erinnert sich in dem im November gezeigten Panorama-BBC-Film, dass die Krankenschwestern, die sich um ihn kümmerten, volle Schutzanzüge trugen, aber seine Frau und seine Kinder ohne jeglichen Schutz hereinspazierten, um ihn zu sehen. Offensichtlich waren die Krankenschwestern an einer vom MI6 vorgeschriebenen Scharade beteiligt, konnten es aber nicht ertragen, sie seiner Familie aufzuzwingen, weil sie wussten, dass es kein Novichok gab.

Bailey, zweifellos auch mit einem Opiat betäubt, war als vorgetäuschtes britisches Opfer ausgewählt worden, um noch mehr Empörung über Russland aufzuwirbeln und einen weiteren gefälschten Beweis dafür zu liefern, dass Novichok verwendet wurde, was man wegen des völligen Fehlens von Kontaminationen bei den Menschen mit Erstkontakt in Zweifel ziehen kann. Als Teil dieses Affenzirkus wurden alle Möbel und Besitztümer des armen Mannes von den herzlosen Wüstlingen des MI6 zerstört, wie er unter Tränen berichtete, um weiteren irrationalen Hass auf Russland zu schüren – den die britische Öffentlichkeit, die am meisten gehirngewaschene Bevölkerung auf der Welt, wie auf Zuruf lieferte.

Das russische Spionagehandbuch

Das Scheitern des Attentats mit der Parfümflasche und die Notwendigkeit, die Drogen zu wechseln und ein Opiat anstelle von Novichok zu verwenden, ließen den MI6 und die Polizei natürlich mit der Aufgabe zurück, zu erklären, wie das Phantom-Novichok verabreicht wurde.

Die absurde Geschichte, die sie sich schließlich ausgedacht haben, dass das Gift mit der Parfümflasche auf den Türgriff der Skripals gesprüht wurde, hat außer den gehirngewaschenen Massen niemanden überzeugt.

Auch die Geschichte des Außenminister-Clowns (Boris Johnson, Anm. d. Red.), dass der MI6 ihm ein russisches Spionagehandbuch gezeigt habe, in dem beschrieben werde, wie ihre Spione kürzlich geübt hätten, Novichok an Türgriffen anzubringen (eine technische Fertigkeit, die offensichtlich Wochen der Ausbildung erfordert und kurz davor stand, massenhaft auf Großbritanniens ahnungslose Türklinken losgelassen zu werden), er aber leider dieses Handbuch nicht präsentieren konnte, da es als geheim eingestuft wurde, erzeugte bei den Leuten nur brüllendes Gelächter. Es war eines Monty-Python-Sketches würdig, was die Russen, die große Fans von britischen Komödien sind, sicher zu schätzen wussten.

Der Gedanke, dass Attentäter am hellichten Tag zur Haustür eines Reihenhauses gehen können, einer Tür mit klaren Glasscheiben in der Mitte und auf beiden Seiten, so dass jeder draußen vom Flur aus sichtbar ist, und den Türknauf mit Novichok besprühen, während die Skripals drin waren und ihr Auto in der Einfahrt stand, ist einfach nicht zu glauben. Diese professionellen Attentäter hatten nicht einmal ein Auto oder wenigstens Fahrräder, um zu verschwinden, sollten sie gesehen werden. Und die beiden polizeilichen Versionen über die Zeit, zu der die Angreifer dies taten, zuerst um 9.15 Uhr, bevor die Skripals ihr Zuhause verließen, und dann um 13.30 Uhr (nachdem die Polizei ihren Zeitplan an den Zugplan der beiden von den Überwachungskameras gefilmten Russen angepasst hatte), ergeben beide eine mehrstündige Verzögerung, bevor dieses tödliche Nervengas an jenem Nachmittag um 16.15 Uhr seine Wirkung entfaltete.

Wir sind aufgefordert zu glauben, dass zwei Menschen sehr unterschiedlicher Größe, ein 66-jähriger Mann und ein halb so altes Mädchen, entweder sieben Stunden oder drei Stunden nach der Vergiftung mit einem tödlichen Nervengas „militärischer Qualität“ gleichzeitig bewusstlos wurden. Warum dieser verzögerte Effekt? Wäre dies in einer chemischen Waffe auf dem Schlachtfeld nützlich, den Feind für mehrere Stunden aktiv sein zu lassen? Und wie bekommt man einen gleichzeitigen Zusammenbruch viele Stunden später? Keine Erklärung dafür. Und falls Novichok benutzt wurde, um die Skripals anzugreifen, warum war Abigail McCourt nicht betroffen, als sie ihnen Erste Hilfe leistete, und warum erlaubte ihre hochqualifizierte Armeeschwester-Mutter ihr, die Opfer eines tödlichen Nervengiftes zu berühren?

Anti-russische Gehirnwäsche

Die intelligenten Menschen, die im Salisbury Hospital arbeiten, konnten unmöglich mit dieser grotesken Täuschung, die vor Unmöglichkeiten strotzt, hereingelegt worden sein. Sie sind daher Komplizen und strafrechtlich verantwortlich. Ich glaube, dass viele vom Krankenhauspersonal vermuteten, dass der MI6 diese ganze Sache inszeniert hat, sie aber wegen des hohen Grades an Kalter Krieg-antirussischer Gehirnwäsche der britischen Bevölkerung mitgemacht haben. Sie sahen es als ein aufregendes Spionage-Spiel, an dem sie mit ihren wunderbaren Geheimdiensten teilnahmen, die den Krieg gewonnen und die Welt gerettet hatten. Es war eine Frage der Loyalität gegenüber Großbritannien, diese kriminelle Lüge zu verteidigen.

Sie müssen den Verdacht gehabt haben, dass die Blutproben der Skripals nachträglich mit Novichok verunreinigt worden waren. Vielleicht vermutete das auch die OPCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen, Anm. d. Red.), da sie behauptete, die Spuren von Novichok seien „sehr rein“. War das ein Hinweis darauf, dass es niemals durch einen menschlichen Körper gegangen war?

Man kann mit den Russen sympathisieren, die versuchten, die Laborcomputer zu hacken, um herauszufinden, ob von den Experten untereinander Zweifel geäußert wurden oder Verdächtigungen darüber, ob der OPCW dies arrangiert hatte. Da sie wussten, dass sie Opfer einer schamlosen NATO-Verschwörung wurden, mit der ihnen die Schuld zugeschoben wurde, blieb ihnen nur, dies mit allen Mitteln zu enthüllen.

Die Geduld und die Ruhe der Russen angesichts dieser Kampagne aus Lügen und Hass waren schon fast wie von Hei-

Publiziert auf Free21 am 23.06.2019, 12:30 Uhr

Die Aktivitäten des britischen SIS (Secret Intelligence Service), zu dem das im Falle Skripal aktive MI6 gehört, sind so legendär wie umstritten. Das SIS-Gebäude am Vauxhall Cross, London, von der Vauxhall Bridge aus gesehen. (Foto: Tagishsimon, wikimedia, CC BY-SA 3.0)

ligen. Wenn der Westen nicht durch den Atomkrieg ausgelöscht wird, in den sie Russland ständig drängen, dann müssen Großbritannien und alle anderen NATO-Vasallenstaaten, die zu Unrecht Scharen russischer Diplomaten ausgewiesen haben, eines Tages Russland unterwürfig um Entschuldigung bitten und Entschädigung für das Elend zahlen, das dem russischen Volk durch ihre illegalen Sanktionen zugefügt wurde.

Ist es zu viel verlangt, darauf zu hoffen, dass einige Leute im Salisbury Hospital oder bei der örtlichen Polizei, die die Wahrheit kennen, früher oder später den Mut haben, sich zu melden und diese abscheuliche, kriegslüsterne Täuschung und die totalitäre Manipulation der Medien durch die finsteren Kräfte, die Großbritannien heimlich regieren, offenzulegen?

Verschwenden sie einen Gedanken an die Skripals und den Zustand, in dem sie sich gerade befinden – in Einzelhaft, ohne offizielle Anklage gegen sie, nicht von einem Anwalt vertreten, und nicht in der Lage, mit ihrer Familie oder der Öffentlichkeit zu kommunizieren? Sie lassen sich doch nicht von diesem manipulierten Video mit Yulia täuschen? Wo protestieren die Menschenrechtsaktivisten gegen diese totalitäre Zwangsverwahrung? In welcher Welt leben sie?

Kommt es ihnen nicht in den Sinn, dass in einer Zeit der nachgewiesenen Beteiligung des MI6 an Folterungen, sei es in Guantanamo, Abu Graib, in schwarzen Gefängnissen oder außergewöhnlichen Überstellungen an Orte, an denen Menschen zu Tode gefoltert werden können, Yulia Skripal vielleicht jede Nacht mit anhören muss, wie ihr Vater in der nächsten Zelle wimmert, während eine Stimme immer wieder wiederholt: „Du russischer Bastard, sag uns, wann du angefangen hast, uns anzulügen!“

Die wichtigsten Fakten

Die offizielle Version über die Skripals wurde von verschiedenen andersdenkenden Kommentatoren in den alternativen Medien durchlöchert. Das wirft stets die Frage auf: Nun, was ist also wirklich passiert?

Die obige alternative Erzählung, die sowohl die bekannten Fakten als auch Spekulationen kombiniert, um die Lücken zu schließen, in denen die Fakten noch fehlen, sollte es dem Leser ermöglichen, die allgemeine Plausibilität im Vergleich zur offiziellen zu beurteilen.

Um eine alternative Version zur Geschichte eines Kriminellen zu beweisen, muss ein Staatsanwalt nicht jedes einzelne Ereignis in der Kette festlegen, von dem viele unbekannt bleiben werden. Er braucht nur zu beweisen, dass bestimmte Schlüsselereignisse in der Erzählung des Verbrechers den bekannten Fakten widersprechen und dass diese Fakten mit der alternativen Version vereinbar sind.

Die wichtigsten Fakten in diesem Fall sind der Zustand der Nina Ricci Parfümflasche, die eindeutig nie geöffnet wurde, nachdem sie mit Novichok verunreinigt und neu verpackt wurde, und daher auch nie benutzt wurde, um irgendwo Novichok zu versprühen; die Unmöglichkeit, dass ein tödliches Nervenmittel eine dreistündige Verzögerung in seiner Wirkung hat und dann zwei sehr unterschiedliche Menschen gleichzeitig trifft; die Unwahrscheinlichkeit, dass eine hochrangige Armeeschwester ihrer Tochter erlaubt, die Opfer eines Nervengases zu berühren; die Unwahrscheinlichkeit, dass Novichok (und nicht ein Opiat) verwendet wurde, da es keine Auswirkungen auf die Menschen mit Erstkontakt gab und sich die Kinder von Sergeant Bailey ihm nähern durften, ohne Schutzanzüge zu tragen, obwohl die Krankenschwestern welche trugen.

MI6 verbirgt eigene Rolle

Und jetzt nehmen Sie zu diesen grundlegenden Problemen in der offiziellen Version noch die Geschwindigkeit, mit der die britische Regierung Russland für dieses Ereignis verantwortlich machte, als es nicht mehr Verbindungen zwischen Russland und Novichok gab, als zwischen Großbritannien und dem Einsatz des in Großbritannien erfundenen VX-Nervengiftes bei der Ermordung des Halbbruders von Kim Jong-Un auf dem Flughafen in Kuala Lumpur.

Kein Nervengas, dessen Formel veröffentlicht wurde, ist weiterhin das Monopol einer Nation, noch belastet sein Einsatz eine Nation. Diese Eile bei der Verurteilung verrät einen vorsätzlichen Plan Großbritanniens, dieses Ereignis zur Sabotage der russischen Fußballweltmeisterschaft (die sie mit den Olympischen Spielen Hitlers verglichen) als Teil eines langfristigen britischen Ziels zu nutzen, Russland zu isolieren, zu diskreditieren und wirtschaftlich zu ruinieren.

Die Notwendigkeit für den MI6, zu verhindern dass Sergei Skripal das von Skripals MI6 Agentenführern produzierte Steele-Dossier enthüllt, weil es das Aus-

Quellen:

[1] Am 14. Februar 2019 auf Bellingcat <https://www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2019/02/14/third-suspect-in-skripal-poisoning-identified-as-denis-sergeev-high-ranking-gru-officer/>

[[2] Rob Slane hat am 3. März 2019 auf The Blogmire die akribisch zusammengetragenen, unzähligen Ungereimtheiten der offiziellen Version veröffentlicht: <https://www.theblogmire.com/the-salisbury-poisoning-one-year-on-an-open-letter-to-the-metropolitan-police/>

[3] Hier ein Beispiel von vielen im britischen Fernsehsender BBC am 24. März 2018 <https://www.bbc.com/news/uk-43523923>

[4] Über Skripals Verhaftung in Russland, seine Strafe und seinen Austausch im Jahr 2010 berichtet u.a. die Daily Mail am 5./6. März 2018 auf dailymail.co.uk <https://www.dailymail.co.uk/news/article-5465365/How-Sergei-Skripal-narrowly-avoided-execution.html>

[5] Über Skripals Wirken nach seiner Pensionierung als GRU-Offizier und seine Anwerbung für den MI6 wird ausführlich auf der Seite meduza.io geschrieben: <https://meduza.io/en/feature/2018/03/06/a-hundred-grand-and-hundreds-of-betrayed-agents>

[6] Diana West schreibt am 15. Januar 2019 auf The American Spectator über „In a March 21 interview on the John Batchelor Show, Gregory R. Copley, editor and publisher of Defense & Foreign Affairs, posited that Sergei Skripal is the unnamed Russian intelligence source in the Steele dossier." und weitere Zusammenhänge mit der amerikanischen Politik <https://spectator.org/big-dots-do-they-connect-steele-and-skripal-revisited/>

Teil 2 des Interviews mit Gregory R. Copley am 22. März 2018 auf audioboom.com <https://audioboom.com/posts/6739963-cui-bono-skripal-s-silence-2-of-2-gregory-copley-defense-foreign-affairs>

[7] „Viktoria Skripal said that she knew nothing about the boyfriend other than he lived with Yulia and that "he's close to all those structures, you understand." auf nytimes.com, 6. April 2018 <https://www.nytimes.com/2018/04/06/world/europe/yulia-skripal-russia-britain.html>

[8] Patrick Wintour, Diplomatic editor, 21 März/ 6 Juni 2018 auf theguardian.com über Boris Johnsons Äußerung: <https://www.theguardian.com/football/2018/mar/21/boris-johnson-compares-russian-world-cup-to-hitlers-1936-olympics>

[9] Die Inhalte der Seite der Integrity Initiative wurden wegen Datendiebstahls vorübergehend entfernt. https://www.integrityinitiative.net/ Man kann diese jedoch weiterhin verfolgen auf Facebook https://www.facebook.com/InitIntegrity/ und Twitter https://twitter.com/InitIntegrity/

[10] „ (...) In the 1990s, the German Federal Intelligence Service (BND) obtained a sample of a Novichok agent from a Russian scientist, and the sample was analysed in Sweden, according to a 2018 Reuters report. The chemical formula was given to Western NATO countries, who used small amounts to test protective and testing equipment, and antidotes.[33 - Sabine Siebold, Andrea Shalal (16 May 2018). „West's knowledge of Novichok came from sample secured in 1990s: report". Reuters. Retrieved 24 May 2018.] (...)" auf wikipedia.org, 14. April 2019 <https://en.wikipedia.org/wiki/Novichok_agent>

maß der zynischen Einmischung Großbritanniens in die amerikanischen Wahlen zeigen würde, um Trump zu diskreditieren und jede Annäherung an Russland zu zerstören, bildete das Motiv für den MI6, Morde zu begehen, wofür sie hinlänglich bekannt sind.

Die Kombination dieser beiden Dinge, das Töten der Skripals und das Kreuzigen Russlands dafür, wurde vom MI6 zweifellos als großer Coup angesehen. Als noch genialer galt es, diesem angeblichen „Chemiewaffen"-Angriff auf britischem Boden den gefälschten Chemieangriff in Douma durch die Weißhelme, die vom MI6 gegründet und finanziert wurden, folgen zu lassen. Ziel war es, den Krieg wieder in Gang zu bringen, um Assad zu stürzen und Syrien zerlegen, den Amerikanern und Israelis ihre Ölfelder zu geben und zu ermöglichen, dass katarisches Gas nach Europa geleitet wird, um russisches Gas zu ersetzen.

All dies entspricht den bekannten strategischen Zielen Großbritanniens und der NATO. Die Schnelligkeit der reflexartigen Reaktion der NATO-Länder bei der Ausweisung russischer Diplomaten, ohne Debatte oder der Forderung nach Beweisen in irgendeinem Parlament, lässt den Verdacht aufkommen, dass dies nicht nur vom MI6 allein, sondern gemeinsam mit der CIA und anderen NATO-Geheimdiensten geplant wurde, welche weitgehend vorgeblich demokratische Regierungen kontrollieren.

Geopolitische Auswirkungen

Die anhaltenden Schikanen der NATO, die Sanktionen und die Kampagnen von Lügen und falschen Anschuldigungen gegen Russland, einschließlich der unverhohlenen Kriegsrhetorik des britischen Verteidigungsministers, verheißen nichts Gutes für die Zukunft. Dass die USA Atomwaffenverträge zerreißen und dann Russland die Schuld geben, ist mehr als beschämend: Sie zerstören alle Möglichkeiten von Verhandlungen zur Kriegsvermeidung.

Der Vorfall in der Straße von Kertsch, der vom Marionettenregime in Kiew inszeniert wurde, welches Kanonenboote in die Straße von Kertsch schickte, ohne das Protokoll von 2003 einzuhalten, das von ihnen verlangt, den Hafen von Kertsch im Voraus zu benachrichtigen (ein Protokoll, das von Dutzenden von Schiffen eingehalten wird, die jeden Tag friedlich durch die Straße fahren), war eindeutig Teil eines NATO-Plans zum Anzetteln einer großen Marineauseinandersetzung im Schwarzen Meer.

Dieser Konflikt (gefolgt von dem Versuch, die Krim zurückzuerobern oder zumindest ihre prächtige Brücke zu sprengen – eine Schande für einen Mann, der nicht einmal eine Mauer bauen kann (gemeint ist Trump. Anm. d. Red.)) kann in den kommenden Monaten erwartet werden, vielleicht als Ablenkung vom Brexit oder um den Brexit scheitern zu lassen.

Kurz gesagt, die NATO befindet sich auf der Flugbahn Richtung Krieg mit Russland, und in ihrer verblendeten Weltsicht ist die NATO überzeugt, dass sie diesen gewinnen kann. Ihre anfängliche Benutzung Russlands als Sündenbock und Feindbild, um die NATO-Vasallen gegen eine gemeinsame Bedrohung zu vereinen und Europa weiter Amerika zu unterwerfen, ist außer Kontrolle geraten und steuert unter dem Auftrieb einer hysterischen Rhetorik auf einen tatsächlichen Krieg zu.

Wenn sich nicht anständige Menschen zusammenschließen, um diese Eskalation zu stoppen, wird die Atomkatastrophe eintreten. Die Aufdeckung der blanken Lüge der Skripal False Flag kann ein Schritt zur Abwendung dieser globalen Katastrophe sein.

Für den Inhalt der einzelnen Artikel sind die jeweils benannten Autoren verantwortlich. Die Inhalte der Artikel und Kommentare spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Dieser Text wurde zuerst am 17. Februar 2019 auf der Seite thesaker.is veröffentlich. ‹http://thesaker.is/the-alternative-skripal-narrative/› Die Übersetzung stammt von theblogcat.de, danke an Fritz Kollenda.

‹http://www.free21.org/?p=32071›

Das Free21-Aktiv-Abo

Jeder Druck-Abonnent erhält 6x im Jahr je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare sollten an andere Menschen, Freunde, Nachbarn und Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite der kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Druck-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Druck-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber
Name, Vorname:

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Kontoführendes Institut:

IBAN:

BIC:

Abweichende Lieferanschrift:

Name

Str., Nr.:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Heinz-Wassen-Str. 6, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2019: 20.2.19/20.4.19/20.6.19/20.8.19/20.10.19/20.12.19

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2019 gedruckt. Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare werden ca. 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Druck-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Druck-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Free21

Free21 live:
Vortrag
Dr. Daniele Ganser

18.11.19

Konzerthaus Karlsruhe

Tickets: reservix.de

oder an allen bekannten Vorverkaufsstellen

Nicht mehr selbst ausdrucken?

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Wir wollen unsere Website Free21.org weiterentwickeln und suchen dafür auf ehrenamtlicher Basis einen engagierten

Webmaster

der oder die sich mit Wordpress, PHP und CSS solide auskennt. Es müsste ausreichend Expertise vorhanden sein, um für größere Projekte externe Dienstleister briefen und kontrollieren zu können.

Wer uns dabei unterstützen kann, schreibt an: team@free21.org

Unterstütze **Free21:** drucken – lesen – teilen – spenden: **www.free21.org**